

- **Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation**
- **Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft**
- **Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023**
- **Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2023

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



96. Jahrgang, Heft 9/2023

571-580 ■ **Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation**

Stefan Schiman-Vukan

Österreichs BIP schrumpfte im II. Quartal 2023 um 1,1% gegenüber dem Vorjahr. Die weitere Verschlechterung der unternehmerischen Konjunktüreinschätzungen lässt keine baldige Trendwende erwarten. Der Inflationsabstand zum Euro-Raum nahm im August nach einem vorübergehenden Rückgang wieder zu. Der heimische Arbeitsmarkt ist derzeit von einer kräftigen Ausweitung des ausländischen Arbeitskräfteangebots geprägt. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind die Sparzinssätze seit der Zinswende der EZB stärker gestiegen als die Kreditzinssätze. Zugleich konnten heimische Banken ihre Nettozinserträge deutlich ausweiten. Dies hängt u. a. mit dem hohen Anteil variabel verzinsten Wohnbaukredite zusammen.

Deepening Recession with Rising Interest Rates and High Inflation

581 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

583-593 ■ **Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft**

Thomas Url

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2022 das Prämienvolumen um 5,2%, wobei sich die Schaden- und Unfallversicherung besonders dynamisch entwickelte (+8,3%). Das Prämienwachstum der privaten Krankenversicherungen (+4,1%) resultierte aus einer Ausweitung des Versicherungsschutzes, aus Preissteigerungen sowie – in geringerem Ausmaß – aus einem Zuwachs an Versicherten. Die Lebensversicherung (–1,1%) kämpfte dagegen mit langen Vertragslaufzeiten bei gleichzeitig hoher Unsicherheit auf den Kapitalmärkten. Die Leistungen für Versicherungsschäden legten insgesamt um 2,5% zu. Das versicherungstechnische Ergebnis schrumpfte im Jahresvergleich, da das Veranlagungsgeschäft einbrach. Die Entwicklung in Österreich passte 2022 gut zum internationalen Umfeld.

Monetary Policy Turnaround Reduced Investment Result of the Insurance Industry in 2022

595-611 ■ **Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission**

Claudia Kettner, Katharina Falkner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Anna Renhart, Franz Sinabell, Mark Sommer, Corina van Dyck

Das Jahr 2021 war durch einen wirtschaftlichen Rebound (BIP real +4,6%) im Zuge des Abklingens der COVID-19-Pandemie und eine damit einhergehende Zunahme der Treibhausgasemissionen um 4,9% gekennzeichnet. 2022 sanken die Emissionen nach ersten Schätzungen deutlich (–6,4%), obwohl die Wirtschaftsleistung um 4,9% zulegen konnte. Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Emissionsentwicklung war in erster Linie auf preisbedingte Energieeinsparungen zurückzuführen. Daneben beeinflusste auch die Witterung den Treibhausgasausstoß. So dämpfte der milde Winter den Heizbedarf und ein trockener Sommer die Wasserkraftleistung. Die durch den Ukraine-Krieg deutlich gestiegenen Energiepreise trieben die Ausgaben für den Import fossiler Energieträger. Die Kapazität der erneuerbaren Energietechnologien Fotovoltaik und Windenergie wuchs 2022 um 15,9%. Das diesjährige Sonderthema befasst sich mit dem aktuellen Stand der legislativen Umsetzung des "Fit for 55"-Paketes der EU.

Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2023. Special Topic: The European Commission's "Fit for 55" Package

613-632 ■ **Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation**

Gabriel Felbermayr, Benjamin Bittschi, Josef Baumgartner

Dieser Beitrag zeigt Lösungswege auf, wie in den Kollektivvertragsverhandlungen mit den aktuellen Herausforderungen umgegangen werden könnte, um einerseits die Reallöhne zu stützen und andererseits die hohe Inflation zu dämpfen. Zunächst wird die Inflationsentwicklung in Österreich mit jener im Euro-Raum verglichen. Anschließend werden die Beziehungen zwischen Löhnen und Preisen anhand der internationalen Literatur sowie die institutionellen Gegebenheiten für Lohnverhandlungen in Österreich beleuchtet. Als Änderungsvorschläge für die Lohnverhandlungen wird zunächst ein Umstieg von der rollierenden auf die laufende Inflation diskutiert, verbunden mit einer Kompensation für die Arbeitnehmer:innen. Anschließend wird auf die gezielte Nutzung von Einmalzahlungen eingegangen und als zusätzliche Orientierungsgröße für die Produktivitätsentwicklung auf die nominelle sektorale Bruttowertschöpfung verwiesen.

Collective Bargaining in Times of High Inflation

633-645 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

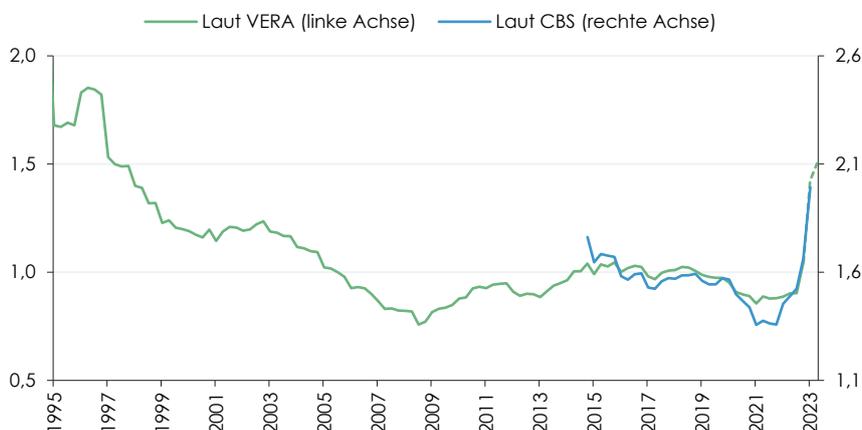
Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation

Stefan Schiman-Vukan

- Österreichs Wirtschaftsleistung war im II. Quartal 2023 um 1,1% geringer als im Vorjahr.
- Die Konjunktüreinschätzungen der Unternehmen verschlechterten sich im August abermals in allen Branchen. Die Stimmung ist vergleichbar mit früheren Wirtschaftskrisen.
- Der kräftige Zuwachs an ausländischen Arbeitskräften schlägt sich in einem Anstieg der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit nieder.
- Der Inflationsabstand Österreichs zum Euro-Raum nahm nach einem vorübergehenden Rückgang zuletzt wieder zu.
- Im Zuge der Leitzinserhöhungen der EZB sind die Sparzinssätze stärker gestiegen als die Kreditzinssätze.
- Zugleich haben die Nettozinserträge heimischer Banken deutlich zugelegt. Dies hängt u. a. mit dem hohen Anteil an variabel verzinsten Wohnbaukrediten zusammen.

Entwicklung des Nettozinsertrags der Banken

In % der Bilanzsumme



"Der sprunghafte Anstieg der Nettozinserträge heimischer Banken seit der Zinswende der EZB hängt u. a. mit dem hohen Anteil variabel verzinsten Wohnbaukrediten an private Haushalte zusammen."

Die Nettozinsertragsquote (Nettozinserträge der Banken in % ihrer Bilanzsumme) ist in Österreich im Zuge der Zinswende sprunghaft gestiegen (Q: EZB, OeNB, WIFO-Berechnungen. Bilanzsumme für den jeweiligen Zeitbereich. CBS . . . Konsolidierte Daten gemäß EZB, Consolidated Banking Data (domestic banks). VERA . . . Unkonsolidierte Daten gemäß Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis, ab 2023 in Österreich meldepflichtige Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1 und § 9 BWG ohne Kreditinstitute, die nur Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a und Z 21 BWG betreiben).

Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation

Stefan Schiman-Vukan

Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation

Österreichs BIP schrumpfte im II. Quartal 2023 um 1,1% gegenüber dem Vorjahr. Die weitere Verschlechterung der unternehmerischen Konjunktüreinschätzungen lässt keine baldige Trendwende erwarten. Der Inflationsabstand zum Euro-Raum nahm im August nach einem vorübergehenden Rückgang wieder zu. Der heimische Arbeitsmarkt ist derzeit von einer kräftigen Ausweitung des ausländischen Arbeitskräfteangebots geprägt. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind die Sparzinssätze seit der Zinswende der EZB stärker gestiegen als die Kreditzinssätze. Zugleich konnten heimische Banken ihre Nettozinsenerträge deutlich ausweiten. Dies hängt u. a. mit dem hohen Anteil variabel verzinsten Wohnbaukredite zusammen.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 9. 2023

Kontakt: Stefan Schiman-Vukan (stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at)

Deepening Recession with Rising Interest Rates and High Inflation

Austria's GDP contracted by 1.1 percent year-on-year in the second quarter of 2023. The further deterioration of sentiment indicators does not suggest an imminent turnaround. The inflation gap to the euro area increased again in August after a temporary decline. The domestic labour market is currently characterised by a strong expansion of foreign labour supply. Contrary to public perception, savings interest rates have risen more strongly than lending rates since the ECB's interest rate reversal. At the same time, domestic banks have been able to significantly increase their net interest income. This is partly due to the high share of variable-rate housing loans.

Die Konjunktur trübte sich zuletzt sowohl im Euro-Raum als auch in Österreich weiter ein. Nach Revision der Daten für Irland, die durch Buchungen dort ansässiger multinationaler Konzerne verzerrt waren, nahm die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum im II. Quartal 2023 kaum mehr zu. In Österreich schrumpfte sie sogar recht deutlich (-0,7% gegenüber dem Vorquartal). Die bis August vorliegenden Stimmungsindikatoren lassen eine weitere Konjunkturabschwächung erwarten, die mitunter kräftig ausfallen und die meisten Euro-Länder sowie alle Branchen betreffen dürfte.

Auf dem heimischen Arbeitsmarkt zeigt sich seit April 2023 ein gleichzeitiger Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, wie er zuletzt im Gefolge der "Ostöffnung" von 2011 bis 2016 zu beobachten war. Dieser Gleichlauf weist auf eine überproportionale (nicht konjunkturell erklärbare) Ausweitung des Arbeitskräfteangebots hin, zu dem insbesondere Personen aus Syrien und der Ukraine beitragen. Die Abnahme der offenen Stellen signalisiert wiederum, dass das Wachstum des Arbeitskräfteangebots auf einen Rückgang der Arbeitskräftenachfrage trifft.

Die Inflationsrate stieg im August in Österreich wieder an, während sie im Euro-Raum stagnierte. Der Inflationsabstand, der im 1. Halbjahr durchgehend über 2 Prozentpunkte betragen hatte und im Juli gesunken war, erhöhte sich dadurch neuerlich auf über 2 Prozentpunkte. Als Reaktion auf die hohe Inflation hat die EZB ihre Leitzinssätze innerhalb eines Jahres kräftig angehoben. Zuletzt wurde vermehrt kritisiert, dass die Geschäftsbanken diese Zinserhöhungen nicht ausreichend an ihre Einlagenkund:innen weitergeben würden.

Die Sparzinssätze sind jedoch seit der Zinswende der EZB sogar etwas stärker gestiegen als die Kreditzinssätze (Neugeschäft). Dies gilt sowohl für private Haushalte als auch für Unternehmen und sowohl für den Euro-Raum insgesamt als auch für Österreich. Die öffentliche Wahrnehmung, die Einlagenzinssätze seien (zu) niedrig, gründet im Wesentlichen auf den Zinsen für täglich fällige Einlagen. Solche Einlagen dienen jedoch nicht primär der Vermögensveranlagung, sondern erfüllen einen ähnlichen Zweck wie (unverzinstes) Bargeld. Bei Leitzinserhöhungen bleiben die Zinssätze für

täglich fällige Einlagen daher niedriger als jene für gebundene Einlagen.

Während demnach die Leitzinserhöhungen bislang auf marktwirtschaftlich nachvollziehbare Weise an Unternehmen und private Haushalte weitergegeben wurden, sind gleichzeitig die Nettozinserträge vieler Geschäftsbanken seit der Zinswende deutlich gestiegen. Diese Zunahme der Profitabilität hängt u. a. mit dem länderspezifisch stark schwankenden Anteil variabel verzinsten

Wohnbaukredite zusammen: In Ländern mit hohem Anteil stieg die Nettozinsertragsquote um bis zu drei Viertel; in Frankreich, wo es kaum eine variable Verzinsung der Wohnbaukredite gibt, schrumpfte sie hingegen. In Österreich, das hinsichtlich der variablen Verzinsung von Wohnbaukrediten im Mittelfeld des Euro-Raums liegt, stiegen die Nettozinserträge zwischen dem II. Quartal 2022 und dem I. Quartal 2023 um rund ein Drittel.

1. Konjunkturschwäche im Euro-Raum hält an

Das reale BIP im Euro-Raum expandierte laut Schnellschätzung von Mitte August im II. Quartal 2023 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal (I. Quartal +0,0%). Allerdings waren die Werte für Irland erneut von den stark schwankenden Buchungen der dort ansässigen multinationalen Konzerne verzerrt. Sie beeinflussten trotz des geringen Gewichts Irlands deutlich die Ergebnisse für den Euro-Raum insgesamt und schwächten damit die Aussagekraft des BIP als Konjunkturindikator. Nach Revision der Daten für Irland wuchs das BIP im Euro-Raum in den ersten beiden Quartalen 2023 um jeweils 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Während Frankreich und Spanien ein Wachstum von 0,5% bzw. 0,4% verzeichneten, stagnierte das BIP in Deutschland, nachdem es in den beiden Vorquartalen geschrumpft war. In Italien folgte auf den kräftigen Zuwachs von 0,6% im I. Quartal eine Kontraktion um 0,4%. Das Beschäftigungswachstum im Euro-Raum verlangsamte sich im II. Quartal auf 0,2% gegenüber dem Vorquartal.

Die Inflationsrate verharrte im August laut Eurostat-Schnellschätzung bei 5,3%, wobei der Energiepreisdruck wieder zu- und die Kerninflation abnahm. Der Konjunkturindikator der Europäischen Kommission (Economic Sentiment Indicator – ESI) sank im August um 1,2 Punkte auf 93,3 Punkte und erreichte damit den niedrigsten Wert seit zehn Jahren, wenn man die COVID-19-Pandemie ausklammert. Die Verschlechterung ruht sowohl sektoral als auch regional auf breiter Basis. Die drei größten EU-Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien verzeichneten Index-Rückgänge, wobei die Stimmung in Italien im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich noch nicht mehrheitlich pessimistisch ist. Auch in Spanien, wo die Erholung von der Pandemie erst spät eingesetzt hatte und die Konjunktur nun von einer lebhaften Tourismussachfrage und der erfolgreichen Inflationsbekämpfung gestützt wird, blieb der ESI über 100 Punkten. Sektoral zeigte sich im Euro-Raum eine weitere Stimmungseintrübung, sowohl in der Industrie als auch in den Dienstleistungsbranchen.

Das BIP des Euro-Raums wuchs im 1. Halbjahr 2023 kaum. Vorlaufindikatoren deuten auf eine weitere Konjunkturreinbringung zu Beginn des 2. Halbjahres hin.

2. Kräftige Leitzinserhöhung in Russland soll Kapitalabfluss stoppen

Die russische Zentralbank hob den Leitzinssatz im August in einer außerordentlichen Sitzung um 3,5 Prozentpunkte auf 12% an, nachdem sie ihn bereits im Juli um 1 Prozentpunkt erhöht hatte. Es handelt sich bei diesen beiden Zinsschritten um die zweite Straffung der Geldpolitik seit dem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Der Überfall hatte eine Kapitalflucht aus Russland ausgelöst, auf die die Zentralbank erfolgreich mit scharfen Zinserhöhungen und Kapitalverkehrscontrollen reagierte. Im Unterschied dazu ging den aktuellen Zinsschritten eine kontinuierliche Abwertung des Rubel ab Dezember 2022 voraus. Auslöser dieser Kapitalabflüsse waren der Importstopp der EU (ohne Ungarn) für russisches Erdöl und die Preisobergrenzen für russische Erdölprodukte,

die die EU gemeinsam mit den G7-Ländern durchgesetzt hatte.

Hatte man im November 2022 für einen Dollar noch 60 Rubel erhalten, so lag der Wechselkurs im August 2023 zeitweise schon bei über 100 Rubel je Dollar – eine Abwertung von 40%. Die Inflation, die bis März 2022 aufgrund der ersten panikartigen Kapitalflucht und der damit einhergehenden Währungsabwertung auf über 16% gestiegen war und dann schrittweise zurückging, nimmt seit Mai 2023 wieder zu und überschritt im Juli erneut den Zielwert von 4%. Der Wechselkurs sank nach der Leitzinserhöhung im August auf unter 95 Rubel je Dollar, ist seither aber wieder angestiegen.

Der kontinuierliche Kapitalabfluss aus Russland schwächt den Rubel und beschleunigt die Inflation.

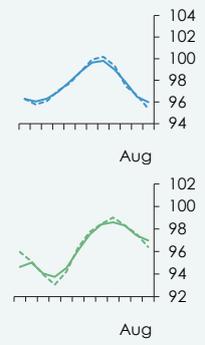
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



Entwicklung in den letzten 12 Monaten



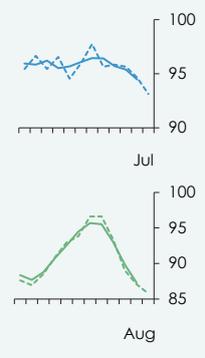
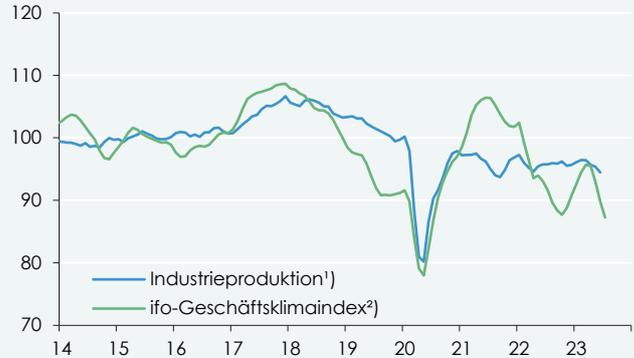
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), S&P Global. – 1) Produzierender Bereich. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

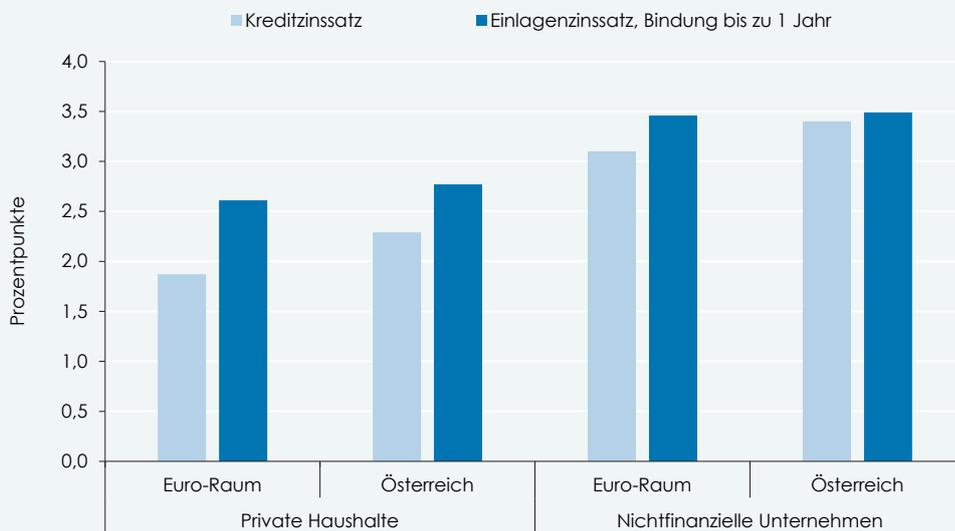
3. EZB-Zinswende ließ Spar- und Kreditzinssätze deutlich steigen

Seit Juli 2022 hat die EZB ihre Leitzinssätze schrittweise um insgesamt 4,25 Prozentpunkte angehoben. Dies verteuerte die Refinanzierung der Geschäftsbanken und damit die Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen. Im Juli 2023 waren die Zinssätze für Neukredite an Unternehmen in Österreich um durchschnittlich 3,4 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor, im Euro-Raum um 3,1 Prozentpunkte (Abbildung 2). Die Zinssätze für neu vergebene Wohnbau-

kredite an private Haushalte stiegen im selben Zeitraum um durchschnittlich 2,3 Prozentpunkte (Euro-Raum +1,9 Prozentpunkte), jene für Einlagen mit einer Bindung von bis zu einem Jahr um durchschnittlich 3,5 Prozentpunkte für nichtfinanzielle Unternehmen und um 2,8 Prozentpunkte für private Haushalte (Euro-Raum +3,5 Prozentpunkte für Unternehmen, +2,6 Prozentpunkte für private Haushalte).

Abbildung 2: **Durchschnittliche Zinssätze für Kredite und Einlagen im Neugeschäft**

Juli 2023, Veränderung gegenüber Juni 2022



Q: EZB, WIFO-Berechnungen. Kreditzinssätze für private Haushalte: Wohnbaukredite, Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen: alle Kredite.

Wie der Vergleich zeigt, sind die Sparzinssätze im Zuge der äußerst raschen geldpolitischen Straffung seit Mitte 2022 durchwegs stärker gestiegen als die entsprechenden Kreditzinssätze. Dennoch ist in Österreich eine Debatte über (zu) geringe Einlagenzinssätze entbrannt, die sich vor allem an den Zinssätzen für täglich fällige Einlagen entzündete. Letztere sind in der Tat nur geringfügig gestiegen, in Österreich für private Haushalte und Unternehmen um durchschnittlich je 0,6 Prozentpunkte, im Euro-Raum um 0,3 Prozentpunkte für private Haushalte und um 0,7 Prozentpunkte für Unternehmen.

In der öffentlichen Diskussion über diese unterschiedlichen Dynamiken wird übersehen, dass Zinssätze für täglich fällige Einlagen in einer Phase der geldpolitischen Straffung stets schwächer steigen als Zinssätze für gebundene Einlagen oder für Kredite. Dies liegt vor allem an einem spezifischen Merkmal

täglich fälliger Einlagen, das sie von gebundenen Einlagen unterscheidet und sich erst bei positiven Zinssätzen bemerkbar macht: ihrem bargeldähnlichen Charakter. Während es sich bei Bargeld und gebundenen Einlagen um verschiedene Wertaufbewahrungsformen handelt, erfüllt Geld am Girokonto den gleichen Zweck wie Bargeld. Es ermöglicht Transaktionen per Kartenzahlung und lässt sich durch Behebung in Bargeld umwandeln. Dementsprechend dämpft die Nichtverzinsung von Bargeld die Verzinsung täglich fälliger Einlagen und hält sie vergleichsweise niedrig.

In Phasen steigender bzw. positiver Leitzinssätze entsteht demnach eine Zinsdifferenz zwischen gebundenen und täglich fälligen Einlagen. Dieser Umstand dürfte aufgrund der jahrelangen Nullzinspolitik in Vergessenheit geraten sein. In Österreich beträgt die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Zinssatz für Einlagen mit einer Bindung von

Die Sparzinssätze sind seit Juni 2022 etwas stärker gestiegen als die Kreditzinssätze. Ungebundene Einlagen bleiben aufgrund ihrer Ähnlichkeit zum Bargeld niedrig verzinst.

bis zu einem Jahr und jenem für täglich fällige Einlagen privater Haushalte derzeit 2,2 Prozentpunkte (Euro-Raum 2,6 Prozentpunkte). Während und kurz nach der geldpolitischen Straffung zwischen November 2005 und Dezember 2008 war diese Differenz 13 Monate hindurch (Euro-Raum 19 Monate hindurch) noch höher und betrug bis zu 2,6 Prozentpunkte (Euro-Raum bis zu 3,4 Prozentpunkte).

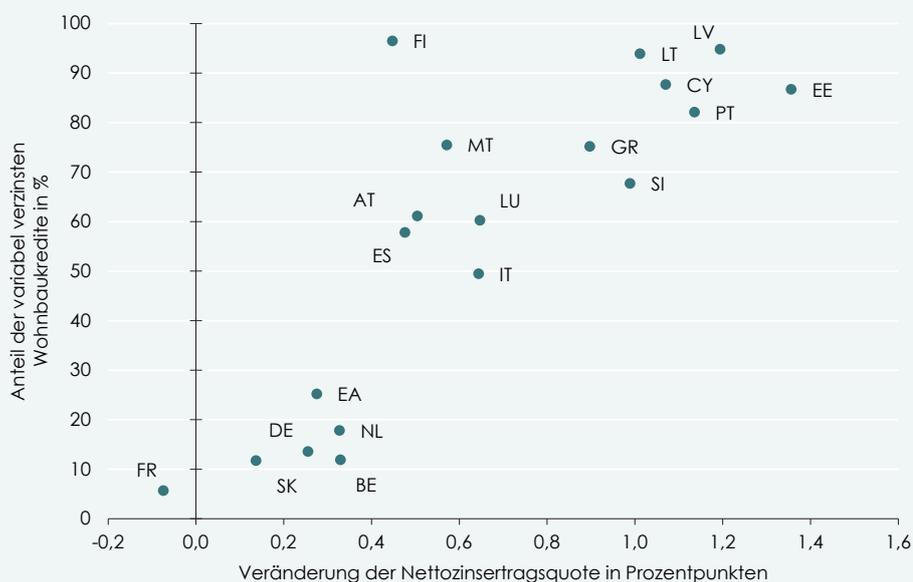
Die Bankprofite aus dem Zinsgeschäft sind seit der Zinswende umso höher, je mehr variabel verzinsten Kredite vergeben wurden.

Die rezente Entwicklung der Kredit- und Einlagenzinssätze entspricht also weitgehend den bekannten empirischen Mustern und ist marktwirtschaftlich nachvollziehbar. Die Leitzinserhöhungen sorgen aber nicht nur für eine Spreizung der Verzinsung gebundener und ungebundener Einlagen, sondern auch für einen Anstieg der Profite vieler Banken aufgrund einer Verbesserung ihres Nettozinsertrags. Wie stark die Geldinstitute profitieren, hängt vor allem mit dem Anteil variabel verzinsten Kredite zusammen. Je höher er ist,

umso stärker steigt der Nettozinsertrag, wogegen ein hoher Anteil fix verzinsten Wohnbaurdarlehen die Verzinsung des gesamten Kreditbestands dämpft.

Im Euro-Raum reichte der Anteil neu vergebenen, variabel verzinsten Wohnbaurdarlehen am Wohnbaurkreditvolumen insgesamt im Durchschnitt 2008/2022 von 5% in Frankreich bis zu über 90% in Lettland, Litauen und Finnland. Österreich liegt mit rund 61% im Mittelfeld. Der Nettozinsertrag sank im Zuge der Zinsschritte vom II. Quartal 2022 bis zum I. Quartal 2023 nur in Frankreich, während er in Euro-Ländern mit sehr hohen Anteilen variabler Kredite um über 50% bis knapp 80% anstieg (Abbildung 3). In Österreich legte in diesem Zeitraum der Nettozinsertrag gemessen am Bankvermögen insgesamt (Nettozinsertragsquote) um 34% zu. Im II. Quartal 2023 stieg er neuerlich und erreichte in etwa das Niveau von Mitte der 1990er-Jahre.

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen der Veränderung der Nettozinsertragsquote von Banken und dem Anteil variabler Wohnbaurkredite der privaten Haushalte



Q: EZB, konsolidierte Daten gemäß Consolidated Banking Data – CBS (domestic banks); WIFO-Berechnungen. Veränderung der Nettozinsertragsquote zwischen dem II. Quartal 2022 und dem I. Quartal 2023. Durchschnittlicher Anteil neu an private Haushalte vergebener variabler Wohnbaurkredite am Wohnbaurkreditvolumen insgesamt im Zeitraum 2008 bis 2022.

4. Österreich: Konjunktur trübt sich weiter ein

Wie in der WIFO-Schnellschätzung von Ende Juli erwartet, schrumpfte Österreichs Wirtschaftsleistung im II. Quartal 2023. Laut der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria sank das reale BIP um 1,1% gegenüber dem Vorjahr bzw. um 0,7% gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich handelt es sich um

den ersten Rückgang seit der pandemiebedingten Rezession vor zwei Jahren. Die Konjunkturertrübung hat inzwischen weite Teile der Wirtschaft erfasst; die Herstellung von Waren, das Bauwesen und zahlreiche Dienstleistungsbereiche verzeichneten im II. Quartal Wertschöpfungsverluste.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom August zeigen eine weitere Verschlechterung der unternehmerischen Konjunkturschätzungen. Der saisonbereinigte WIFO-Konjunkturklimaindex für die Gesamtwirtschaft sackte im Vormonatsvergleich um 3,6 Punkte ab und war damit bereits den dritten Monat in Folge negativ. Zum Rückgang trugen beide Teilindikatoren bei: Sowohl in der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch hinsichtlich der unternehmerischen Erwartungen für die kommenden Monate überwiegen die pessimistischen Rückmeldungen mittlerweile deutlich die optimistischen. Die unternehmerische Unsicherheit – gemessen an der Abschätzbarkeit der künftigen eigenen Geschäftslage – blieb

auch im August überdurchschnittlich hoch. Die Verkaufspreiserwartungen sanken dagegen in allen Branchen.

Besonders fortgeschritten ist der Pessimismus in der Sachgütererzeugung, wo sich die Lagebeurteilung seit Sommer 2022 verschlechterte. Inzwischen überwiegen in allen drei Teilbereichen (Vorprodukt-, Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrie) die negativen Einschätzungen, sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Erwartungen. In der Bauwirtschaft hat der vormals äußerst ausgeprägte Optimismus im Zuge der Zinserhöhungen kontinuierlich abgenommen; im August überwogen erstmals die negativen Einschätzungen.

Im Bauwesen war die Stimmung im August erstmals überwiegend negativ. In der Industrie verstärkte sich der Pessimismus. Alarmierend sind auch die negativen Einschätzungen im Dienstleistungsbereich.

Abbildung 4: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Im Dienstleistungsbereich verstärkte sich der Überhang an negativen Rückmeldungen von Juli auf August. Dies ist besonders bemerkenswert, da der Saldo in diesem größ-

ten Sektor der Volkswirtschaft seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1997 erst dreimal negativ war: nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center (von Oktober 2001 bis

Jänner 2002), während der Großen Rezession (von November 2008 bis Jänner 2010) und während der COVID-19-Pandemie (von April 2020 bis März 2021). Außerhalb dieser drei krisenhaften Perioden überwogen stets die positiven Rückmeldungen.

4.1 Inflationsabstand zum Euro-Raum im August wieder größer

Der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich im August nach vorläufiger Schätzung auf 7,5%, nach 7,0% im Juli (laut VPI). Anhaltend kräftig waren die Preissteigerungen im Juli bei Erdgas (+79%) und Fernwärme (+60%). Trotz ihres geringen Anteils von jeweils 0,7% am Warenkorb trugen diese beiden Energieträger gut 0,5 bzw. 0,4 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei. Die neuerliche Verteuerung von Erdgas und Fernwärme ist umso bemerkenswerter, als der Preisanstieg bereits seit 2021 andauert. Im Juli 2023 war der Erdgaspreis für den Endverbrauch gut dreimal so hoch wie im Juli 2021, was einer Steigerung um durchschnittlich 4,8% pro Monat entspricht. Fernwärme war im Juli 2023 um 87% teurer als im Dezember 2021 – ein Anstieg um durchschnittlich 3,4% pro Monat.

Weitere wichtige Preistreiber waren Bewirtungsdienstleistungen (+11,6%, Beitrag 1,3 Prozentpunkte), Nahrungsmittel (+10,3%, 1,0 Prozentpunkt), die Instandhaltung und Reparatur von Wohnungen (+12,4%, 0,7 Prozentpunkte), Pauschalreisen (+14,1%, 0,3 Prozentpunkte) und Beherbergungsdienstleis-

tungen (+16,5%, 0,3 Prozentpunkte). Dämpfend wirkten im Juli vor allem die Preise von Benzin und Diesel, die sich im Vorjahresvergleich um etwa ein Viertel verbilligten und die Inflationsrate um 1,1 Prozentpunkte verringerten. Dieser Effekt dürfte aufgrund des Anstiegs der Rohstoffpreise im August nachgelassen haben. Erstmals seit Dezember 2022 war im Juli auch elektrischer Strom billiger als im Vorjahr.

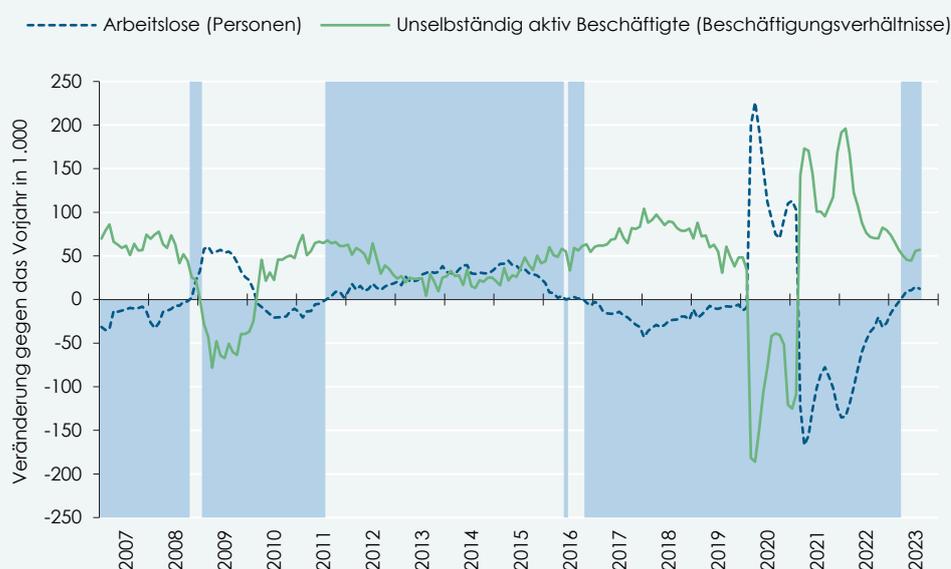
4.2 Kräftige Zunahme des ausländischen Arbeitskräfteangebots schlägt sich in Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nieder

Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zeigt sich seit April 2023 ein Phänomen, das zuletzt zwischen 2011 und 2016 beobachtet wurde: ein gleichzeitiger Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich (Abbildung 5). Üblicherweise korrelieren diese beiden Größen negativ, d. h. es überwiegen die Effekte der Arbeitskräftenachfrage: Bei steigender Nachfrage (Konjunkturaufschwung) nimmt die Beschäftigung zu und die Arbeitslosigkeit ab, bei sinkender Nachfrage (Konjunkturabschwung) nimmt die Beschäftigung ab und die Arbeitslosigkeit zu. Dominieren hingegen Impulse aus dem Arbeitskräfteangebot, wird die Korrelation positiv: Bei exogen steigendem Arbeitskräfteangebot nehmen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zu, bei exogen sinkendem Arbeitskräfteangebot nehmen sie gleichzeitig ab.

Der Inflationsabstand zum Euro-Raum blieb wegen anhaltend hoher Preise bei Erdgas, Fernwärme und in der Gastronomie bestehen.

Seit April 2023 nehmen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit gleichzeitig zu. Einen solchen Gleichlauf gab es zuletzt nach der "Östöffnung" des Arbeitsmarkts von 2011 bis 2016.

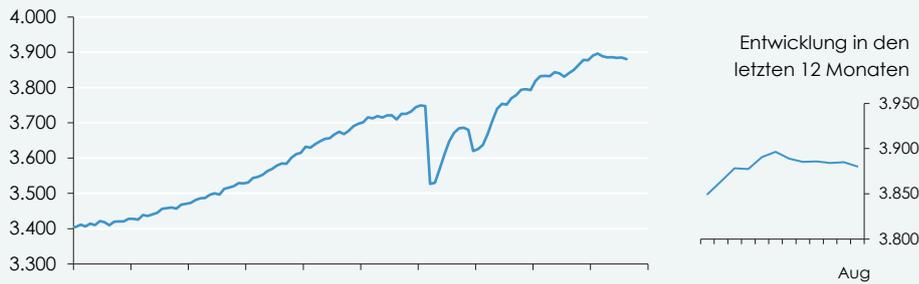
Abbildung 5: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



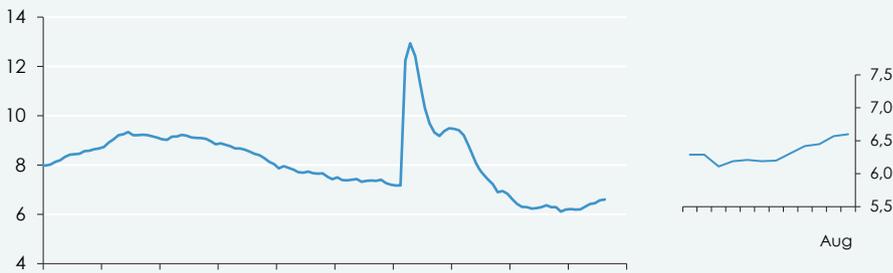
Q: AMS; Dachverband der Sozialversicherungsträger; August 2023: Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (Schätzung der Beschäftigung); WDS – WIFO-Datensystem, Macrobond. Schattierte Bereiche oberhalb der Nulllinie kennzeichnen Perioden, in denen sich Arbeitslosigkeit und Beschäftigung gleichläufig entwickelten, jene unterhalb der Nulllinie eine gegenläufige Entwicklung.

Abbildung 6: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



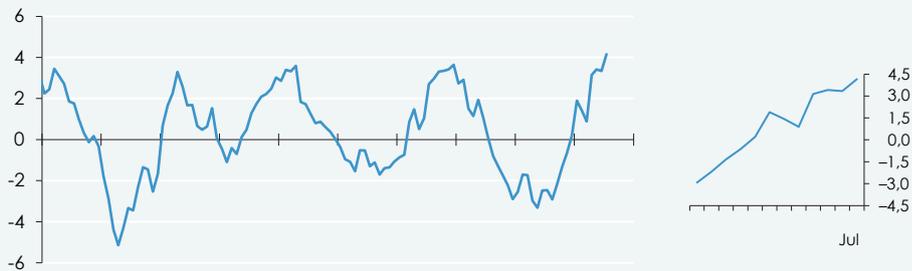
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Die Jahre 2011 bis 2016 waren geprägt von einer hohen Zuwanderung im Gefolge der Öffnung des Arbeitsmarkts für Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern¹⁾. Der derzeitige Gleichlauf von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit fällt abermals mit einem Anstieg des Arbeitskräfteangebots aus dem Ausland zusammen. Während im August um knapp 5% bzw. 12.300 mehr Arbeitslose registriert waren als im Vorjahr, dürfte der Beschäftigungszuwachs gut viereinhalb Mal so kräftig ausgefallen sein (Schätzung für die unselbständig aktive Beschäftigung laut Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft +57.000). Zuletzt trugen neben Personen aus

Syrien und der Ukraine vor allem Arbeitskräfte aus Ungarn, Deutschland, Rumänien und Kroatien zum Beschäftigungsanstieg bei.

Gleichzeitig ist die Zahl der offenen Stellen, ein Vorlaufindikator der Konjunktorentwicklung, stark zurückgegangen. Dies steht in Einklang mit den Konjunkturmfragen und weist darauf hin, dass der aktuelle Anstieg des Arbeitskräfteangebots, der für den kräftigen Zuwachs an Beschäftigten mitverantwortlich ist, auf einen konjunkturbedingten Rückgang der Arbeitskräftenachfrage trifft.

¹⁾ Siehe Schiman, S. (2021). Labor supply shocks and the Beveridge Curve – Empirical evidence from EU

enlargement. *Review of Economic Dynamics*, 40, 108-127.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte

4te ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl




In Auftrag gegeben von:


Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

Juli 2023
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass sich die Abkühlung der internationalen und heimischen Konjunktur auch im Einzelhandel widerspiegelt. Im April und Mai 2023 fiel der Geschäftsgang merklich gedämpft aus. Vor allem im Nahrungsmittelbereich war die Umsatzentwicklung schwach. Auch Stimmungsindikatoren der Einzelhandelsunternehmen verschlechterten sich zuletzt. Die weiterhin hohen Preissteigerungen belasteten den privaten Konsum. Vorlaufindikatoren zeigen trotz leichter Verbesserung eine eher skeptische Stimmung unter den Konsument:innen.

Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • Juli 2023 • 21 Seiten • 30 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70867>

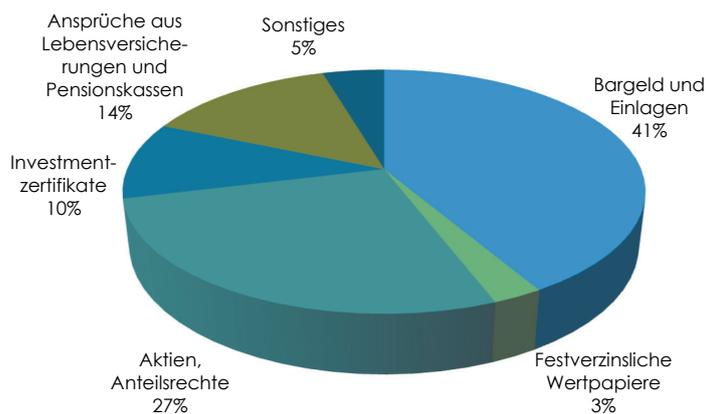
Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft

Thomas Url

- Die österreichische Privatversicherungswirtschaft weitete 2022 das Prämienvolumen in der Kranken- und der Schaden- und Unfallversicherung aus. In der Lebensversicherung schrumpfte es leicht.
- Dieses Muster stimmt mit der Entwicklung der weltweiten Versicherungsmärkte überein.
- Die heimischen Tarife für Versicherungsprodukte stiegen 2022 deutlich schwächer als der Verbraucherpreisindex.
- In der Lebensversicherung verlagerte sich das Neugeschäft zu den fonds- und indexgebundenen Policen.
- Das Prämienwachstum der privaten Krankenversicherungen resultierte aus einer Ausweitung des Versicherungsschutzes, aus Preissteigerungen sowie – in geringerem Ausmaß – aus einem Zuwachs an Versicherten.
- In der Schaden- und Unfallversicherung sank die Schadenquote, blieb aber weiter über dem langjährigen Durchschnitt.
- Kursverluste auf den Kapitalmärkten dämpften das Veranlagungsergebnis.

Verteilung des privaten Geldvermögens 2022



"Angesichts der hohen Unsicherheit weiteten die österreichischen privaten Haushalte 2022 ihre Bestände an Bargeld und Einlagen in der Kreditwirtschaft aus, während sie langfristige Bindungen in Form von Lebensversicherungen mieden."

Das Geldvermögen der privaten Haushalte schrumpfte 2022 aufgrund erheblicher Kursverluste um 21,5 Mrd. € (-2,7% gegenüber dem Vorjahr). Von der hohen Unsicherheit auf den Kapitalmärkten profitierten die Bargeldhaltung und die täglich fälligen Einlagen in der Kreditwirtschaft. Langfristig gebundene Veranlagungen in Form von Lebensversicherungen verloren an Marktanteil (Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 788,3 Mrd. €).

Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft

Thomas Url

Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2022 das Prämienvolumen um 5,2%, wobei sich die Schaden- und Unfallversicherung besonders dynamisch entwickelte (+8,3%). Das Prämienwachstum der privaten Krankenversicherungen (+4,1%) resultierte aus einer Ausweitung des Versicherungsschutzes, aus Preissteigerungen sowie – in geringerem Ausmaß – aus einem Zuwachs an Versicherten. Die Lebensversicherung (–1,1%) kämpfte dagegen mit langen Vertragslaufzeiten bei gleichzeitig hoher Unsicherheit auf den Kapitalmärkten. Die Leistungen für Versicherungsschäden legten insgesamt um 2,5% zu. Das versicherungstechnische Ergebnis schrumpfte im Jahresvergleich, da das Veranlagungsgeschäft einbrach. Die Entwicklung in Österreich passte 2022 gut zum internationalen Umfeld.

Monetary Policy Turnaround Reduced Investment Result of the Insurance Industry in 2022

The Austrian private insurance industry increased its premium volume by 5.2 percent in 2022, with property-casualty insurance showing particularly dynamic growth (+8.3 percent). Premium growth in private supplementary health insurance (+4.1 percent) resulted from an expansion of insurance coverage, price increases, and marginally from an increase in the number of insured persons. Life insurance struggled with long contract terms coupled with high uncertainty on capital markets (–1.1 percent). Insurance claims increased by 2.5 percent overall. Due to collapsing results from the investment business, the underwriting result decreased year-on-year. The development in Austria was well in line with the international environment in 2022.

JEL-Codes: G22, E21, G18 • **Keywords:** Privatversicherung, Geldvermögensbildung

Begutachtung: Josef Baumgartner • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 22. 9. 2023

Kontakt: Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Die schwungvolle Erholung von der COVID-19-Krise und die hohe Inflation führten 2022 zu einem Anstieg des österreichischen Bruttoinlandsproduktes um 10% (nominell). Die Versicherungswirtschaft konnte in diesem dynamischen Umfeld ihr Prämienvolumen nur um 5,2% ausweiten (Übersicht 1), wobei die Einnahmen der Lebensversicherung nach der kurzzeitigen Erholung 2021 wieder

leicht schrumpften (–1,1%). In der Krankenversicherung erwies sich die Prämienentwicklung als robust (+4,1%), während die Einnahmen der Schaden- und Unfallversicherung stärker auf Anpassungsklauseln in den Altverträgen und teilweise auch auf höhere Tarife in Neuverträgen reagierten (+8,3%). Die Versicherungsdurchdringung verminderte sich 2022 weiter.

1. Die Privatversicherungswirtschaft im internationalen Vergleich

Nach dem kräftigen Lebenszeichen im Vorjahr riss das Prämienwachstum des Privatversicherungsgeschäftes im Europäischen Wirtschaftsraum 2022 ab. Im Vorjahresvergleich verzeichneten die Versicherungsunternehmen insgesamt um 2% geringere verrechnete Prämien im direkten Geschäft (Solounternehmen laut EIOPA)¹⁾. Während die Nicht-Lebensversicherung ihr Prämienvolumen ausweiten konnte (+6,3%), blieben die Einnahmen in der Lebensversicherung hinter dem Vorjahr zurück (–7,4%). Dieses Muster gilt auch für die drei größten Versicherungsmärkte des europäischen Binnenmarktes,

Deutschland, Frankreich und Italien. In Italien brach das Geschäft der Lebensversicherung sogar um 10,9% ein. Hohe Zuwächse im Bereich der Nicht-Lebensversicherung verzeichneten Irland (+25%), Estland (+21,3%) und Litauen (+18,3%). In Lettland gab das Prämienvolumen deutlich nach (–13,5%), in Liechtenstein (+0,8%) und auf den skandinavischen Märkten blieb die Dynamik schwach (Dänemark –0,3%, Finnland +2,9%). In der Lebensversicherung erzielten Zypern (+15,8%), Bulgarien (+13,7%), Liechtenstein (+12,7%) und Litauen (+11,8%) hohe Zuwachsraten, während Portugal (–22,1%), Schweden

¹⁾ Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung

(<https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/statistics-and-risk-dashboards/insurance-statistics>).

(-21,6%), Norwegen (-19,7%) und Finnland (-14,5%) sowie Irland (-13,4%) umfangreiche Einbußen auswies. Die Lebensversicherung unterliegt traditionell großen Schwankungen im Prämienvolumen, weil die Einführung oder der Wegfall steuerlicher Förderungen große Nachfrageverschiebungen verur-

sacht. Die Märkte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – mit Ausnahme Ungarns – waren 2022 in vergleichsweise guter Verfassung, sodass für das Geschäft der international tätigen österreichischen Versicherungsgruppen gute Voraussetzungen bestanden.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung ¹⁾
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
2018	18.504	30,0	12,0	57,9	4,5
2019	18.804	28,9	12,4	58,7	4,5
2020	19.076	28,1	12,8	59,2	4,7
2021	19.676	27,3	12,8	59,9	4,6
2022	20.699	25,7	12,7	61,6	4,3

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – 1) Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Der globale Versicherungsmarkt entwickelte sich 2022 ähnlich wie der europäische. Während die Nicht-Lebensversicherung in gemeinsamer Währung (Dollar) und nach Berücksichtigung der Inflation expandierte (+0,5%), lagen die Prämieinnahmen in der Lebensversicherung um 3,1% unter dem Vorjahresniveau (Swiss Re, 2023). Für die Jahre 2023 und 2024 erwartet Swiss Re (2023) ein reales Prämienwachstum von 1,1% bzw. 1,7%. Die Nicht-Lebensversicherung dürfte von der verbesserten Fähigkeit zur Durchsetzung höherer Tarife und von der abflachenden Inflation für Reparaturdienstleistungen profitieren. Die Lebensversicherung wird allmählich die rasch steigenden Anleihezinssätze und die inflationsbedingt hohen Einkommenssteigerungen für sich nutzen können. Insgesamt rechnet Swiss Re für 2023 und 2024 mit einer steigenden Profitabilität der Versicherungsbranche.

Die EIOPA schätzt regelmäßig Risikofaktoren für die europäische Versicherungswirtschaft ein. Im Juli 2023 deuteten alle Indikatoren mit Ausnahme der makroökonomischen auf eine mittlere Risikolage. Die makroökonomischen Risiken werden derzeit durch ein schwaches Wirtschaftswachstum, die weiterhin hohe Inflation und die restriktive Geldpolitik erhöht. Die Marktrisiken haben sich dagegen zuletzt vermindert. Da die Volatilität auf den Aktienmärkten abgenommen hat, ist auch die Gefahr von Kursverlusten kleiner geworden. Trotzdem erwartet die EIOPA für die Zukunft wieder eine Zunahme der Marktrisiken. Ein höheres Risiko wird auch in den Bereichen Cyberrisk sowie Umwelt und Soziale Ziele (ESG) erwartet, weil die Zahl der Cyberangriffe weiter steigt und der Anteil von Veranlagungen mit einem klimarelevanten Risiko zuletzt angestiegen ist.

Aus Sicht der EIOPA besteht derzeit ein mittleres Risiko in Hinsicht auf die Profitabilität und die Solvenz der Versicherer in Europa. Da festverzinsten Wertpapiere einen hohen

Anteil im Portfolio des veranlagten Kapitals haben, erzeugten die nicht realisierten Kursverluste, die mit dem scharfen Anstieg der Zinssätze einher gingen, einen potenziellen Abschreibungsbedarf. In der Versicherungswirtschaft sind Liquiditätsrisiken allerdings weniger ausgeprägt als im Kreditwesen, weil die Einlagen der Versicherten langfristig gebunden und nicht täglich fällig sind. Daher besteht ein ausreichend großer zeitlicher Spielraum, um Wertpapiere bis zum Verfallstag zu halten. Da die Tilgung dann zum Nominalwert erfolgt, sind schlussendlich sogar Kursgewinne möglich.

Im Jahr 2022 war dieses Phänomen in den Kapitalerträgen von Solounternehmen in der europäischen Lebensversicherung deutlich sichtbar. Unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf nicht realisierte Kursverluste erzielten die Lebensversicherer 2022 ein Veranlagungsergebnis von -22% (Median). Ohne Berücksichtigung des potenziellen Abschreibungsbedarfs ging die Ertragsrate hingegen nur leicht auf +0,9% zurück (2021 +2%). Deshalb setzte die EIOPA auch die Aussichten für Profitabilität und Solvenz auf stabil.

Die Solvenzkapitalquote (SCR-Quote) misst die Leistungsfähigkeit von Versicherungsunternehmen, wenn unerwartet hohe Schadenzahlungen und Verluste in der Veranlagung zusammentreffen. Die SCR-Quote ist das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel eines Versicherungsunternehmens zu dessen Solvenzkapitalerfordernis (SCR). Das SCR schätzt die Höhe unvorhergesehener Verluste in den nächsten 12 Monaten auf einem Sicherheitsniveau von 99,5%. Im Durchschnitt des europäischen Binnenmarktes lag die SCR-Quote Ende 2022 bei 2,6, d. h. das Eigenkapital der Versicherungsunternehmen war mehr als zweieinhalbfach so hoch wie ihr SCR. Sie konnten damit den Wert von Ende 2021 halten. Die österreichischen Versicherer übertrafen mit einer SCR-Quote von 3,1 den

Der europäische Versicherungsmarkt entwickelte sich 2022 im Gleichklang mit dem Weltmarkt.

Die Risikolage der europäischen Versicherungswirtschaft wird derzeit von makroökonomischen Risiken bestimmt.

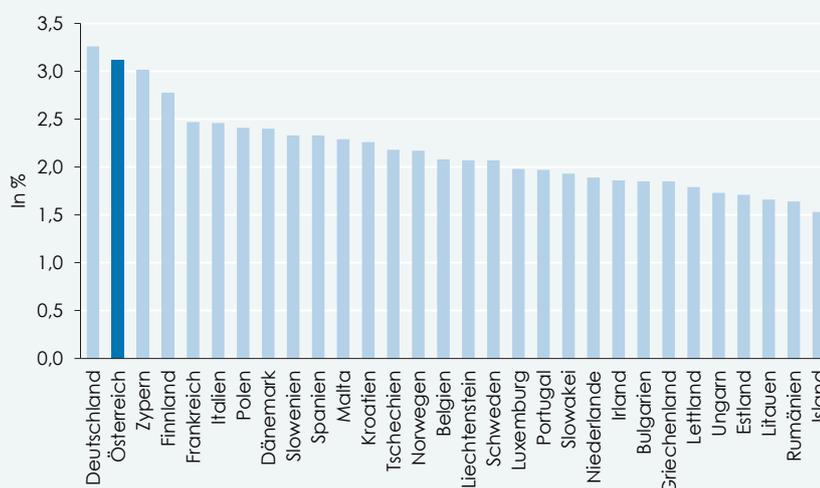
Abschreibungen auf nicht realisierte Kursverluste drückten 2022 das Veranlagungsergebnis.

Österreichische Versicherungsunternehmen steigerten im schwierigen Jahr 2022 ihre Solvenzkapitalquote.

Vorjahreswert um 0,5 Punkte (Abbildung 1). Ende 2022 wiesen mehr als die Hälfte der

österreichischen Versicherer eine SCR-Quote von über 2,4 auf.

Abbildung 1: Solvenzkapitalanforderung (SCR-Quoten) im europäischen Vergleich 2022



Q: EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung). SCR-Quote . . . Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel zur Solvenzkapitalanforderung. EWR . . . Europäischer Wirtschaftsraum.

2. Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte blieben 2022 deutlich unter der Gesamtinflationsrate

Die Inflation stieg in Österreich im Jahresverlauf 2022 kräftiger als im Euro-Raum und erreichte im Jahresdurchschnitt mit 8,6% das höchste Niveau seit den 1970er-Jahren. Vor allem die Preise für Nahrungsmittel und Energie erhielten durch den Angriff Russlands auf die Ukraine einen starken Schub, der in Österreich vorrangig durch staatliche Kompensationszahlungen an private Haushalte und Unternehmen ausgeglichen wurde. Andere europäische Länder setzten dagegen stärker auf regulatorische Eingriffe zur Deckelung der Groß- oder Einzelhandelspreise unterschiedlicher Energieträger bzw. auf eine Senkung der energiebezogenen Steuersätze. Damit gelang es ihnen besser als Österreich, den allgemeinen Preisdruck zu dämpfen (Baumgartner et al., 2022). Die Ausrichtung der österreichischen Wirtschaftspolitik auf Kompensationszahlungen hatte allerdings den Nebeneffekt, dass Haushalte und Unternehmen verstärkt energiesparende Maßnahmen setzten bzw. in nachhaltige Technologien investierten. Das brachte Österreich nicht nur näher an die Klimaziele, sondern wird sich auch langfristig positiv auf die Nachfrage nach Versicherungsschutz für Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie auswirken.

weiteren Jahresverlauf mit einer Entspannung auf rund 5% im IV. Quartal rechnet (Glocker & Scheiblecker, 2023). Bei den Versicherungsprodukten dürfte diese Entspannung ausbleiben, weil 2023 erstmals deutliche Tarifierhöhungen stattfanden, die Tarife üblicherweise in der ersten Jahreshälfte und meist nur einmal jährlich angepasst werden.

Aufgrund dieser verzögerten Anpassung der Versicherungstarife an die allgemeine Teuerung dämpften die Produkte der Privatversicherungen 2022 den allgemeinen Preisauftrieb. Die für den VPI-Warenkorb wichtigen Prämien der Kfz-Haftpflichtversicherung wurden 2022 nur geringfügig angehoben; jene der allgemeinen Hausratsversicherung gaben sogar nach (Übersicht 2). Eigenheim- und Rechtsschutzversicherungen zeigten 2022 die höchste Tarifynamik. Insgesamt legten die Preise für Versicherungsprodukte um 1,9% zu und blieben damit deutlich unter der Gesamtinflationsrate (+8,6%).

Die durchschnittliche Prämie je Risiko in der Schadenversicherung verteuerte sich 2022 um 6,5% und damit deutlich stärker als die Versicherungsprodukte im VPI. Der Abstand beruht auf automatischen Indexierungen der Prämien in mehrjährigen Verträgen bzw. in Verträgen mit automatischer Verlängerung. Daneben könnten auch alternative Elemente der Preisgestaltung intensiver für Preissteigerungen eingesetzt worden sein, zumal die Entwicklung der Durchschnitts-

Die heimische Versicherungswirtschaft steigert ihre Tarife zeitverzögert.

2023 sank der allgemeine Inflationsdruck in Österreich von gut 11% zu Jahresbeginn auf 7% im Juli. Die durchschnittliche Inflationsrate betrug in den ersten sieben Monaten 9,2% (Übersicht 2), wobei das WIFO für den

prämie auch Prämienrückerstattungen, Leistungseinschränkungen, Haftungsausschlüsse oder Rabatte berücksichtigt. In der Sachversicherung insgesamt (einschließlich Kfz) legte die Durchschnittsprämie mit 4,8% ebenfalls stärker zu als für die Produkte im VPI (Über-

sicht 2). Die durchschnittlichen Prämien der Kfz-Versicherung wirkten mit einem Zuwachs um 2,4% dämpfend, in der Insassenunfallversicherung setzte sich mit -6,5% der Abwärtstrend der letzten Jahre fort.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	2023 ¹⁾	2019	2020	2021	2022	2023 ¹⁾	2023	
	Gewicht						Jänner	Juli
	in %						Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tarifprämien für								
Hausratsversicherung	0,299	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,7	- 2,5	+ 6,5	+ 6,5	+ 6,5
Bündelversicherung für Eigenheim	0,664	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,3	+10,8	+10,8	+10,8
Private Gesundheitsversicherung	1,578	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 4,5	+ 2,8	+ 6,6
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,204	- 1,0	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,4	+10,9	+ 8,9	+12,7
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,035	+ 1,9	- 1,0	+ 1,1	+ 4,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 5,1
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,177	+ 3,2	+ 0,9	- 1,0	+ 2,5	+13,7	+11,3	+15,6
Privatversicherungsformen insgesamt	3,958	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 8,1	+ 6,7	+ 9,6
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 9,2	+11,2	+ 7,0
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,05	+ 0,06	+ 0,05	+ 0,07	+ 0,32	+ 0,27	+ 0,38

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Jänner bis Juli.

Nach dem Ausnahmejahr 2021 (68,4%), das durch umfangreiche Unwetterschäden geprägt war (Url, 2022), näherte sich die Schadenquote mit 63,7% zwar wieder dem langfristigen Mittelwert von 61,9% an, das Verhältnis zwischen Leistungen und Prämien im direkten Geschäft blieb aber vergleichsweise ungünstig. Im Jahr 2022 stachen vor allem die Feuer- und die Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung durch weit überdurchschnittliche Schadenquoten hervor. Diese beiden Produkte sind immer wieder von Großschäden mit entsprechend hohen Auszahlungen betroffen. In der Feuer-

Betriebsunterbrechungsversicherung liegen die Leistungen nunmehr bereits seit fünf Jahren weit über den Prämieeinnahmen. Daher sind Tarifierhebungen zu erwarten. In der Einbruchversicherung besteht hingegen Spielraum für Tarifsenkungen. Swiss Re (2023) rechnet für 2023 in der Nicht-Lebensversicherung sowohl für Privat- als auch für Geschäftskund:innen mit Tarifierhebungen, die auch durch höhere Reparaturkosten verursacht werden. Die vorläufigen Daten im VPI (bis Juli 2023) untermauern diese Prognose für Österreich (Übersicht 2).

Die Schadenquote normalisierte sich nach dem Ausnahmejahr 2021 wieder.

3. Lebensversicherung weiterhin durch hohe Liquiditätspräferenz der privaten Haushalte gedämpft

Das nominelle verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg 2022 inflationsbedingt stark an (+8,2%). Erste Aufholeffekte machten sich in den Lohnabschlüssen vom Herbst 2022 bemerkbar und die Beschäftigung entwickelte sich günstig (+2,7%). Die Einschränkung der Konsummöglichkeiten durch Lockdowns war nur noch zu Jahresbeginn und in wenigen Wirtschaftsbereichen spürbar. Dadurch entfiel das "Zwangssparen" der Vorjahre und die Sparquote (einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche) sank auf 8,5% des verfügbaren Einkommens (2021: 12%). Das Geldvermögen der privaten Haushalte schrumpfte 2022 aufgrund der erheblichen Kursverluste für Wertpapiere (Url, 2023) um 21,5 Mrd. € (-2,7% gegenüber dem Vorjahr).

Die Verteilung des Geldvermögens auf die einzelnen Veranlagungsformen ist in Abbildung 2 dargestellt. Von der hohen Unsicherheit auf den Kapitalmärkten profitierten einerseits die Bargeldhaltung und die täglich

fälligen Einlagen in der Kreditwirtschaft (41,5% nach 39,6% im Jahr 2021), andererseits dürften die Erwartungen zum Jahresende zuversichtlicher geworden sein, weil der Anteil von Aktien und Anteilsrechten am Portfolio zulegen (27,0% nach 26,5% im Jahr 2021). Die Ansprüche aus Lebensversicherungen und Pensionskassen schrumpften im Vorjahresvergleich um 17,8 Mrd. €, womit auch ihr Anteil am Finanzvermögen rückläufig war (14,0% nach 15,9% im Jahr 2021). Lebensversicherungen hatten dabei mit Abschichtungen zu kämpfen: ihr Anteil am Geldvermögen verringerte sich von 9,9% (2021) auf 8,0% (2022).

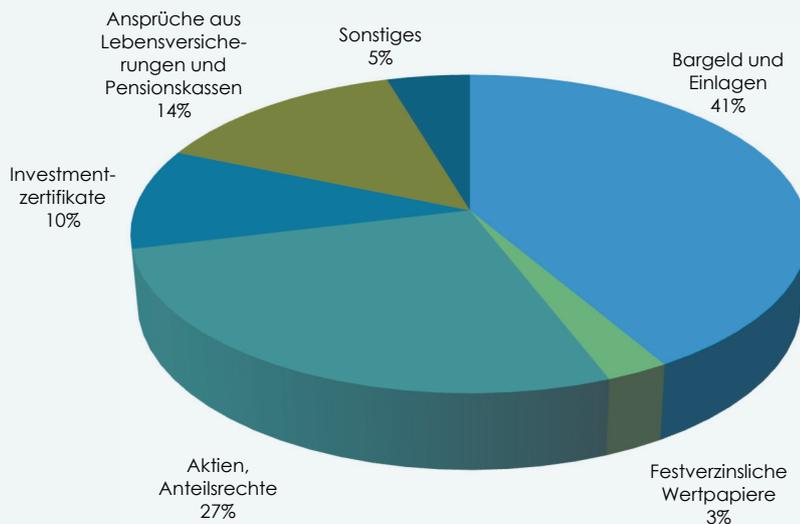
Die Europäische Zentralbank vollzog Mitte 2022 eine Kehrtwende in der Geldpolitik und erhöhte den Hauptrefinanzierungssatz für die Kreditwirtschaft bis Dezember schrittweise auf 2,5%; die Ankaufsprogramme für festverzinsliche Wertpapiere wurden schon davor eingestellt (Url, 2023). Die Sekundärmarktrendite für festverzinsliche Staatsanleihen mit

Die privaten Haushalte bevorzugen weiterhin liquide Wertaufbewahrungsformen.

einer Restlaufzeit von 10 Jahren (Benchmark) zog im Jahresverlauf 2022 sogar noch stärker an als die Leitzinssätze: von 0,2% zu Jahresbeginn auf 2,7% am Jahresende. Der Anstieg der Zinssätze für sichere Veranlagungen konnte jedoch die Nachfrage der privaten Haushalte nach langfristig gebundenen Veranlagungsformen nicht beleben, vor allem weil die Realverzinsung weiterhin nega-

tiv blieb: Im Jänner 2022 ergab sich für österreichische Benchmark-Anleihen nach Abzug der Inflationsrate noch eine reale Verzinsung von -4,8%, die sich bis Dezember weiter auf -7,5% verringerte. Angesichts der hohen Unsicherheit hinsichtlich der realen Ertragsaussichten zogen die privaten Haushalte liquide Wertaufbewahrungsformen vor.

Abbildung 2: Verteilung des privaten Geldvermögens 2022



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 788,3 Mrd. €.

Anfang Juli 2022 trat die Verordnung über den neuen höchstzulässigen Zinssatz für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Lebensversicherung in Kraft. Die Finanzmarktaufsicht berechnet diesen Zinssatz, indem sie von der umlaufgewichteten Durchschnittsrendite der Bundesanleihen in den letzten zehn Jahren einen Abschlagssatz von 40% abzieht. Wegen der niedrigen Zinsen während der letzten Dekade dürfen neu abgeschlossene Lebensversicherungen seit 1. Juli 2022 nur noch einen höchstzulässigen garantierten Zinssatz zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen von 0% enthalten. Insgesamt trugen diese Rahmenbedingungen zu einem leichten Rückgang des Prämienvolumens in der Lebensversicherung bei (Übersicht 3). Gleichzeitig behielten die Versicherer die gezeichneten Risiken nahezu vollständig im eigenen Portfolio, und die Selbstbehaltquote blieb konstant.

nahezu stabil blieb (-0,6%). Im Gegensatz dazu belebte sich das Neugeschäft mit laufenden Prämien in fonds- und indexgebundenen Produkten etwas (+1,8%); im Bereich der Eimalerläge konnte das Prämienvolumen sogar um knapp ein Zehntel ausgeweitet werden. Es ist aus den vorliegenden Daten nicht klar ersichtlich, ob die Verlagerung zu Produkten, bei denen die Versicherten das Veranlagungsrisiko tragen, nachfragegetrieben war. Alternativ könnte sie auch angebotsseitig begründet sein, da die Anforderungen an die Hinterlegung von Garantien mit Eigenkapital verschärft wurden. Hybride Produkte kombinieren fonds- und indexgebundene mit klassischen Lebensversicherungen. Die Versicherungswirtschaft versucht damit, die Nachfrage nach garantierten Leistungskomponenten mit den für die Versicherten risikoreicheren fonds- und indexgebundenen Produkten zu verbinden. 2022 kühlte sich die Nachfrage nach diesen Kombinationsprodukten ab (-9,2%).

Die Lebensversicherung konnte 2022 nur mit fonds- und indexgebundenen Produkten Prämienzuwächse erreichen.

Im Neugeschäft mit laufenden Prämien brachen die Einnahmen klassischer Lebensversicherungsprodukte sowohl in der Kapitalversicherung (-18,9%) als auch in der Rentenversicherung (-21,1%) deutlich ein. Die vom Volumen her bedeutendere Kapitalversicherung mit Einmalerlägen musste sogar einen Prämienrückgang um 45,9% hinnehmen, während das Neugeschäft mit Einmalerlägen in klassischen Rentenversicherungen

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge schrumpfte 2022 abermals. Die Zahl der aktiven Verträge ging auf 903.000 zurück (2021: 967.000) und im Neugeschäft konnten nur 6.100 Verträge (2021: 7.800) gezeichnet werden. Das Prämienvolumen entsprach mit 704 Mio. € nur mehr rund einem Achtel der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung insgesamt. Zum Höhepunkt der prä-

mienbegünstigten Zukunftsvorsorge im Jahr 2012 waren es noch 16% gewesen. Der Abwärtstrend setzte nach der Halbierung der staatlichen Förderung im Jahr 2012 ein, obwohl andere Steuervorteile weiter in Kraft blieben. Ungünstige rechtliche Vorgaben und Kursverluste auf dem Kapitalmarkt veranlassten mehrere Anbieter zum Rückzug.

Im Jahr 2022 erzielte die prämiengünstigte Zukunftsvorsorge eine volumengewichtete Rendite von -8,8% (Finanzmarktaufsicht, 2023b). Die durchschnittliche jährliche Einzahlung stieg 2022 auf 780 €, lag aber deutlich unter dem gesetzlich zulässigen Höchstwert von 3.123 €.

Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien ¹⁾	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €		In %		Mio. €	
2018	5.558	5.469	98,4	1.655	6.669	- 1.475
2019	5.434	5.337	98,2	1.771	7.319	469
2020	5.355	5.269	98,4	1.396	7.934	- 1.959
2021	5.376	5.288	98,4	1.661	7.202	314
2022	5.318	5.234	98,4	1.326	7.233	- 4.075
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2018	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 11,1	- 7,2	.
2019	- 2,2	- 2,4	- 0,2	+ 7,0	+ 9,7	.
2020	- 1,4	- 1,3	+ 0,2	- 21,2	+ 8,4	.
2021	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 19,0	- 9,2	.
2022	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	- 20,2	+ 0,4	.

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

Mit der geldpolitischen Wende in den USA und im Euro-Raum entstanden auch Turbulenzen auf den Aktienmärkten. Der globale MSCI-Index gab im Jahresverlauf 2022 umgerechnet in Euro und einschließlich der Dividendenzahlungen um 12,3% nach, während der ATX um 19% einbrach. Gleichzeitig kam es auf den Anleihenmärkten durch erhebliche Kursverluste zu einem Anstieg der Sekundärmarktrenditen. Der deutsche Rentenmarktindex (REX) ging im Jahresverlauf 2022 um 12,7% zurück. Damit waren umfangreiche Abschreibungen bzw. stille Verluste verbunden. Der Überschuss aus der Finanzgebarung war 2022 dementsprechend niedrig

(Übersicht 3) und dämpfte das Potenzial zur Rückstellungsbildung. Die Leistungen an die Versicherten blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Das versicherungstechnische Ergebnis der Lebensversicherung war im Gegensatz zum Jahr 2020 vom schwachen Erfolg in der Kapitalveranlagung unbeeinflusst und blieb positiv. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) schrumpfte jedoch um rund ein Fünftel auf 90 Mio. €. Da die Versicherungswirtschaft auch ihr Eigenkapital etwas erhöhte, verringerte sich die Eigenkapitalverzinsung auf 3,7% (2021: 4,7%).

4. Höchstzahl an Leistungsfällen in der Krankenzusatzversicherung

Im Laufe des Jahres 2022 normalisierte sich die Lage im österreichischen Gesundheitswesen zusehends. Die COVID-19-bezogenen Zusatzausgaben liefen langsam aus und rückten gegenüber regulären Aktivitäten in den Hintergrund. Trotz Wegfalls dieses Mehraufwands stiegen die Gesundheitsausgaben für laufende Behandlungen um 3,4% auf 50,8 Mrd. € oder 11,4% des nominellen Bruttoinlandsproduktes (2021: 12,1%). Da die öffentlichen Ausgaben schwächer zulegten, verschob sich die Verteilung zwischen privaten und öffentlichen Gesundheitsausgaben wieder leicht zugunsten der privaten Ausgaben (2022: 22,2%). Die Investitionstätigkeit im Gesundheitswesen wurde 2022 um 7,7% reduziert; sie wird in etwa zu gleichen Teilen

aus privaten und öffentlichen Quellen gespeist.

Nach dem Höchstwert im Jahr 2021 legten die öffentlichen Gesundheitsausgaben im Jahr 2022 neuerlich um 2,1% zu und übertrafen damit die in der "Zielsteuerung-Gesundheit" vorgesehene Ausgabenobergrenze kumuliert um rund 17%. Die Zielwerte dieses Ausgabenplans, auf den sich Bund, Länder und Sozialversicherungsträger geeinigt hatten, um die Dynamik der Gesundheitsausgaben einzudämmen, wurden damit das dritte Jahr in Folge verfehlt. Für 2023 und 2024 erwarten Haindl et al. (2023) eine Vergrößerung des Abstands zum Zielpfad. Falls es der öffentlichen Hand 2023 nicht gelingt, die

Die Überschreitung der in der "Zielsteuerung-Gesundheit" vorgesehenen Ausgabenobergrenze birgt Chancen für die private Krankenzusatzversicherung.

COVID-19-bedingten Ausgaben weiter zu senken bzw. Kostensteigerungen hintanzuhalten, wird die Ausweitung des öffentlichen Angebots an Gesundheitsdienstleistungen in Zukunft an Finanzierungsschranken stoßen. Für die Privatversicherungswirtschaft eröffnet diese Beschränkung zusätzliche Chancen im Vertrieb von Produkten zur Deckung privater Gesundheitsausgaben.

2022 wurden zahlreiche, wegen der Pandemie aufgeschobene Operationen nachgeholt. Dies steigerte die Schaden- und Leistungsfälle um mehr als ein Zehntel.

In der privaten Krankenzusatzversicherung stieg 2022 die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle um 11,5%, die damit verbundenen Aufwendungen wuchsen sogar noch etwas stärker (Übersicht 4). Der größte Posten ist der Krankenhauskostenersatz (Hauskosten für Spitäler und Arzthonorare in Krankenanstalten) mit einem Anteil von rund 60% an den Gesamtleistungen. Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren, in denen die Ausgaben wegen der COVID-19-Pandemie gesunken waren, stiegen die Aufwendungen für den Krankenhauskostenersatz 2022 um 8,6%. Weitere wichtige Komponenten sind die Ausgaben für Arztleistungen im niederge-

lassenen Bereich und für besondere Untersuchungen und Heilbehandlungen mit einem Anteil von jeweils rund 13%; sie legten 2022 mit rund 13% überdurchschnittlich zu. Besonders dynamisch entwickelten sich die vom Umfang her weniger bedeutenden Kurleistungen mit +29%, wobei hier der Einbruch des Jahres 2020 wettgemacht wurde.

Die versicherten Risiken in der privaten Krankenversicherung stiegen 2022 kaum (+0,4%), sodass der Großteil des Prämienwachstums durch Preiserhöhungen oder Ausweitungen des Versicherungsschutzes entstand. Die im Verbraucherpreisindex erfassten Grundtarife wurden 2022 nur um 2,1% angehoben. Ein großer Teil des Prämienwachstums dürfte daher auf Strukturverschiebungen zugunsten umfangreicherer Deckungen zurückgehen. Der Anstieg der durchschnittlichen Prämie je Risiko um 3,6% auf 754 € pro Jahr bestätigt diese Vermutung; alternativ könnten auch höhere Preisanpassungen im Bestand erfolgt sein.

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanzgebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
2018	2.229	1.487	66,7	186	445
2019	2.339	1.592	68,1	237	456
2020	2.433	1.512	62,2	189	590
2021	2.524	1.519	60,2	217	608
2022	2.628	1.709	65,0	174	546
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
2018	+ 4,2	+ 3,9	- 0,3	- 21,7	+ 4,5
2019	+ 4,9	+ 7,1	+ 2,0	+ 27,4	+ 2,6
2020	+ 4,0	- 5,0	- 8,7	- 20,5	+ 29,3
2021	+ 3,8	+ 0,4	- 3,2	+ 15,2	+ 3,0
2022	+ 4,1	+ 12,5	+ 8,1	- 20,1	- 10,1

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Der Verfall der Wertpapierkurse dämpfte auch in der Krankenversicherung den Veranlagungserfolg.

Die private Zusatzversicherung beruht in Österreich auf einem Modell, in dem die Prämienhöhe nur beim Vertragsabschluss vom Lebensalter abhängt. Über die Vertragslaufzeit werden gleichbleibende Prämien für den vorab definierten Leistungskatalog angenommen. Da die Gesundheitsausgaben für eine Person mit dem Alter zunehmen, ist in der Krankenversicherung der Aufbau einer Rückstellung notwendig, die die höheren Leistungen für ältere Versicherte deckt. Während der Aufbauphase der Rückstellung kann der damit verbundene Deckungsstock investiert werden und wirft Kapitalerträge ab, die ebenfalls zur Finanzierung der Leistungen zur Verfügung stehen. Im Jahr 2022 litt auch in der Krankenversicherung der Veranlagungserfolg unter dem gleichzeitigen Kursrückgang auf den Aktien- und Anleihenmärkten: der Überschuss aus der Finanzge-

barung brach um ein Fünftel ein und die Rückstellungsbildung wurde um ein Zehntel gekürzt.

Das versicherungstechnische Ergebnis sackte auf 66 Mio. € ab (2021: 160 Mio. €) und erreichte den niedrigsten Wert seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008. Da das Veranlagungsergebnis um ein Fünftel einbrach, konnte kein Überschuss aus der Finanzgebarung in die eigene Rechnung übertragen werden. Das EGT wich daher mit 65 Mio. € kaum vom versicherungstechnischen Ergebnis ab. Die Versicherer nutzten 2022 ihren Jahresgewinn vorwiegend zur Aufstockung des Eigenkapitals. Dementsprechend sank die Eigenkapitalrendite auf 13% (2021: 35,6%), womit die Krankenversicherung auch 2022 der profitabelste Versicherungszweig blieb.

5. Hohe Inflation stützt Prämieinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung

Die hohe Inflation machte sich 2022 in der Schaden- und Unfallversicherung in Form leicht anziehender Tarife für Neuverträge bemerkbar. In der Bündel- und Kfz-Rechtsschutzversicherung wurden z. B. Tarifsteigerungen von über 4% gemessen (Übersicht 2). In der Schadenversicherung konnte die durchschnittliche Prämie je Risiko hingegen um 6,4% gesteigert werden, was die Bedeutung der automatischen Prämienindexierung mit der Inflationsrate in bestehenden Verträgen aufzeigt. In der Kfz-Haftpflichtversicherung war der Unterschied zwischen der Preissteigerung laut VPI und dem Anstieg der Durchschnittsprämien deutlich geringer, sodass dort überwiegend Mengeneffekte das Prämienvolumen beeinflussten.

Das Prämienwachstum in der Schaden- und Unfallversicherung beschleunigte sich 2022 erheblich (Übersicht 5). Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Versicherungswirtschaft waren einerseits günstig; so stieg die Zahl der privaten Haushalte um 1,2%. Andererseits sanken die Kfz-Neuzulassungen (-17,8%). Im Transportgewerbe setzten die Unternehmen vermehrt auf eine längere Nutzungsdauer, wodurch die Neuzulassungen dort besonders stark zurückgingen. Die Pkw-Neuzulassungen waren 2022 um ein Zehntel niedriger als im Vorjahr. Da es trotzdem gelang, die Zahl der versicherten Risiken um 240.000 zu steigern, dürfte neben der Ausweitung des Kfz-Bestands (+0,8%) auch die Mehrfachabsicherung von Kfz eine Rolle gespielt haben.

Wie die Analyse der Schadenquoten zeigte, kam es 2022 nach dem Ausnahmejahr 2021 zu einer Normalisierung auf der Leistungsseite. Mit dem Rückgang von 68,4% auf 63,7% wurde der langfristige Durchschnittswert zwar noch nicht erreicht, aber die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen im Vergleich zu 2021 nur leicht an (Übersicht 5). Die Schadenversicherung verzeichnete 2022 um 1,4% weniger Schadenfälle als im Vorjahr und dementsprechend geringere Abwicklungsausgaben. Das Ausbleiben größerer Naturkatastrophen dämpfte die Zahl der Schadenfälle in der Sturmschaden-Elementarversicherung deutlich (-17,5%). In der Transportversicherung erreichten die Schadenfälle mit der Erholung von Lockdowns und Lieferkettenproblemen wieder das Niveau vor der COVID-19-Pandemie. Relativ viele Schadenfälle meldeten auch die Einbruch-Diebstahl- (+20,9%) und die Maschinen- und Elektrogeräteversicherung (+20%). Da die Schadenquoten dort stagnierten bzw. rückläufig waren, dürfte es sich jedoch um kleine Schadensummen gehandelt haben. Im Gegensatz dazu gab es in der Feuerversicherung Großschäden, die zu einer 50-prozentigen Steigerung des durchschnittlichen Schadens führten. In der Kreditversicherung wirkte sich 2022 die Rückkehr zum herkömmlichen Insolvenzgeschehen in höheren Leistungen aus. In der Schadenversicherung insgesamt sank die durchschnittliche Schadenzahlung auf 2.136 € (2021: 2.245 €).

Das Prämienwachstum in der Schaden- und Unfallversicherung beschleunigte sich 2022 erheblich.

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2018	10.717	686	6.822	15
2019	11.032	976	6.900	30
2020	11.288	287	6.989	10
2021	11.776	1.217	8.274	18
2022	12.753	705	8.474	25
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2018	+ 5,0	- 5,5	- 0,5	- 38,3
2019	+ 2,9	+ 42,3	+ 1,1	+ 107,1
2020	+ 2,3	- 70,5	+ 1,3	- 67,9
2021	+ 4,3	+ 323,3	+ 18,4	+ 85,1
2022	+ 8,3	- 42,0	+ 2,4	+ 40,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg 2022 um fast ein Drittel auf 6.058 Fälle. Diese Entwicklung passt gut zum Anstieg der Schaden- und Leistungsfälle in der Einbruch-Diebstahlversicherung (+20,9%). Der lange beobachtete Abwärtstrend in der Zahl der Ver-

sicherungsfälle könnte demnach abgerissen sein.

Der Überschuss aus der Finanzgebarung knickte 2022 auch in der Schaden- und Unfallversicherung ein (Übersicht 5). Allerdings

legt das Muster der Jahre 2020 und 2021 nahe, dass es zu abrechnungsbedingten Verschiebungen zwischen beiden Jahren kam. Der Vergleich von 2022 mit dem durchschnittlichen Kapitalertrag 2020/21 zeigt eine stabile Entwicklung, die deutlich von den beiden anderen Versicherungsabteilungen (Lebens- und Krankenversicherung) abweicht. Mit einem Rückgang um 6,2% relativ zum Durchschnittswert gelang der Schaden- und Unfallversicherung ein vergleichsweise

gutes Ergebnis. Die versicherungstechnischen Rückstellungen wurden weiter aufgebaut, und das versicherungstechnische Ergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um nur 11,4%. Deutlich stärker reagierte das EGT auf das Ausbleiben der Kapitalerträge und brach auf 1,09 Mrd. € ein. Durch den gleichzeitigen leichten Aufbau des Eigenkapitals ging die Eigenkapitalrendite auf 2,4% zurück (2021: 3,8%).

6. Kursverluste für Wertpapiere dämpften 2022 das Veranlagungsergebnis

Ab der Jahresmitte 2022 wurde die europäische Geldpolitik deutlich gestrafft. In mehreren, teilweise großen Schritten hob die EZB die Leitzinssätze an; die Sekundärmarktrenditen für Staatsanleihen machten diese Bewegung mit. Gleichzeitig vergrößerte sich der Zinsabstand zwischen österreichischen und deutschen Benchmark-Anleihen. Die Aktienmärkte, auf denen es bereits zuvor zu Kurskorrekturen gekommen war, zeigten sich bis zum Jahresende 2022 in schlechter Verfassung. Dazu trug auch die Einstellung der Wertpapierankäufe durch die EZB bei: ab Herbst 2022 stellte die EZB sogar auf einen Nettoverkauf von Wertpapieren um. Die Sekundärmarktrendite für österreichische Bundesanleihen drehte von negativen Werten in den drei Vorjahren auf +1,3% (2022; Über-

sicht 6). Die damit verbundenen Kursverluste in der Veranlagung erzeugten ein Potenzial für Abschreibungen: Einerseits müssen Anleihen, die nicht bis zum Abreifen vom Versicherungsunternehmen gehalten werden, auf den aktuellen Kurswert abgeschrieben werden. Andererseits können Anleihen, die bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden, zum Kaufpreis in der Bilanz verbleiben; dazu ist aber eine Vorab-Widmung notwendig. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinserträge reagierten 2022 heftig auf die Marktlage: Mit einem Zuwachs um 1,3 Mrd. € verdoppelten sie sich im Vorjahresvergleich. Die Differenz zwischen der Veranlagungsrendite in der Lebensversicherung und der Sekundärmarktrendite verkleinerte sich auf 1,3 Prozentpunkte (2021: 3,5 Prozentpunkte).

Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
2018	0,3	3,1	2,6	2,8
2019	- 0,1	3,3	3,1	4,0
2020	- 0,3	2,7	2,3	1,1
2021	- 0,3	3,2	2,5	4,6
2022	1,3	2,6	1,8	2,6

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

Die Versicherungswirtschaft investiert ihr Anlagevermögen wegen der Mindestertragsgarantien in der klassischen Lebensversicherung konservativ. Das Portfolio verschob sich 2022 zugunsten der Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (26%). Der Anteil von Anleihen ging auf 38% zurück und Investmentzertifikate verloren im Portfolio ebenfalls an Bedeutung (18%). Geringfügig zulegen konnten Immobilien (9%; FMA, 2023a).

Die in Übersicht 6 angegebenen Renditen beruhen auf dem Veranlagungsergebnis für den Deckungsstock klassischer Lebensversicherungen (Erträge aus Kapitalanlagen und Zinserträge) nach Abzug von Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen (Url, 1996). Dies entspricht nicht der Gutsschrift für Kapitalerträge auf den Konten der Versicherten, sondern dem Veranlagungserfolg der Gesamtbranche (ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherung).

7. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Scheiblecker, M., & Url, T. (2022). *Maintaining credibility is currently the top priority*. *Monetary Dialogue Papers*. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA\(2022\)733995_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA(2022)733995_EN.pdf).

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2023a). *2022 – Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde*.

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2023b). *Der Markt für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge 2022*.

- Glocker, C., & Scheiblecker, M. (2023). Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (2). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70813>.
- Haindl, A., Bachner, F., Gredinger, G., Stumpfl, S., & Zuba, M. (2023). *Monitoringbericht Zielsteuerung-Gesundheit. Gesundheit Österreich GmbH*. <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:b16e0d62-af43-47be-b68d-34d444509ca8/Zielsteuerung-Gesundheit%20-%20Monitoringbericht%202023.pdf>.
- Swiss Re (2023). World Insurance: Stirred, and not Shaken. *Sigma*, (3).
- Url, T. (1996). Kennzahlen zur österreichischen Versicherungswirtschaft. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/21313>.
- Url, T. (2022). Schadenversicherungen deckten 2021 hohe Schäden aus Naturkatastrophen. *WIFO-Monatsberichte*, 95(9), 573-584. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69829>.
- Url, T. (2023). Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik. *WIFO-Monatsberichte*, 96(4), 269-281. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70747>.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

12/2023 **Tourismusanalyse: Die Gäste kommen zurück, aber Teuerung dämpft reale Umsätze**

Oliver Fritz, Sabine Ehn-Fragner

Trotz anhaltender Teuerung und insgesamt volatiler Rahmenbedingungen war die Nachfrage in Österreichs Beherbergungsbetrieben in der ersten Sommerhälfte 2023 stärker als vor der Krise (Ankünfte +1,0%, Nächtigungen +2,0%). Nicht nur Binnenreisende nächtigten von Mai bis Juli häufiger als im Vergleichszeitraum 2019 (+3,2%), sondern erstmals auch die internationalen Gäste (+1,5%). Für die gesamte Saison wird ein neuer Höchstwert von 79,8 Mio. Nächtigungen erwartet (Mai bis Oktober 2019/2023 +1,1%). Im Kalenderjahr 2023 könnte mit geschätzt etwa 150 Mio. Nächtigungen das zweitbeste Ergebnis nach 2019 erzielt werden (-1,7%). Die Tourismuseinnahmen dürften jedoch aufgrund der nach wie vor hohen Inflation sowie der zunehmenden Sparsamkeit der Gäste real spürbar zurückgehen und sich damit gegenläufig zur Nächtigungsnachfrage entwickeln.

September 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71110>

Frühere Ausgaben

11/2023 **Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2023. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose und Nowcasts**

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

Juli 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70888>

10/2023 **Wende auf dem Immobilienmarkt. Anzeigedaten verdeutlichen Nachfrageeinbruch in Österreich**

Michael Klien, Peter Reschenhofer

Juli 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70851>

9/2023 **Austria's (Over)Inflation and Its Main Sources**

Stefan Schiman-Vukan

Juni 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70798>

8/2023 **Tourismusanalyse: Nachfrage im Winter 2022/23 nahe am Vorkrisenniveau, positive Aussichten für den Sommer 2023**

Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Oliver Fritz

Juni 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70792>

7/2023 **Österreichs Anti-Teuerungsmaßnahmen 2022 bis 2026. Treffsicherheit und ökologische Aspekte**

Claudia Kettner, Margit Schratzenstaller, Andrea Sutrich

Mai 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70776>

6/2023 **The Price-Dampening Effect of Non-profit Housing**

Michael Klien, Peter Huber, Peter Reschenhofer (WIFO), Gerlinde Gutheil-Knopp-Kirchwald, Gerald Kössl (GBV)

Mai 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70772>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

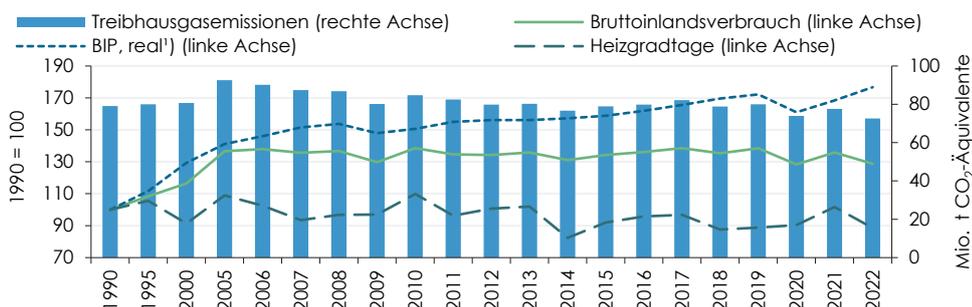
Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023

Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission

Katharina Falkner, Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Anna Renhart, Franz Sinabell, Mark Sommer, Corina van Dyck

- Österreichs Treibhausgasemissionen stiegen 2021 nach dem pandemiebedingten Rückgang um 4,9% bzw. 3,6 Mio. t CO₂-Äquivalente an.
- Dafür verantwortlich waren eine Ausweitung der Stahlproduktion und der Stromproduktion in Gaskraftwerken, ein witterungsbedingter Mehrverbrauch von Heizöl und Erdgas zur Wärmeerzeugung sowie ein Rebound im Verkehrssektor.
- Für das Jahr 2022 wird ein Rückgang der Emissionen um 5,0 Mio. t CO₂-Äquivalente (-6,4%) prognostiziert. Dieser ist in erster Linie auf die infolge des Ukraine-Krieges stark gestiegenen Energiepreise, insbesondere für Erdgas, zurückzuführen.
- Der Einsatz erneuerbarer Energie ging 2022 aufgrund der Trockenheit im Sommer und der damit verbundenen geringeren Stromerzeugung aus Wasserkraft (-10%) um 4% zurück, wengleich die Energiebereitstellung mittels Fotovoltaik und Windenergie um 15,9% zulegte.
- Die Mehrzahl der Legislativvorschläge im "Fit for 55"-Paket zur Erreichung der Klimaneutralität in der EU bis 2050 wurde trotz des Ukraine-Krieges und der Energiekrise bis Sommer 2023 beschlossen, teilweise mit ambitionierteren Zielsetzungen.

Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch, Bruttowertschöpfung und Heizgradtage in Österreich



"Nach dem kurzzeitigen Anstieg im Vorjahr ging der Energieverbrauch im Jahr 2022 erneut zurück (-5% auf 1.355 PJ). Der Gasverbrauch sank am stärksten (-11%), bedingt vor allem durch die hohen Preissteigerungen infolge des Ukraine-Krieges, aber auch aufgrund des milden Winters."

Für 2022 werden in allen Sektoren Emissionsrückgänge erwartet; insbesondere im Kleinverbrauch (Gebäude und Dienstleistungen, -14,7%), in der Industrie (-6,4%) und im Verkehrssektor -5,4%; Q: Umweltbundesamt, 2023a; Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022: vorläufige Emissionsdaten aus der Nahzeitprognose "Nowcast" des Umweltbundesamtes bzw. vorläufige Energiebilanz Österreich 2022. – ¹⁾ Referenzjahr 2015).

Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023

Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission

Claudia Kettner, Katharina Falkner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Anna Renhart, Franz Sinabell, Mark Sommer, Corina van Dyck

Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission

Das Jahr 2021 war durch einen wirtschaftlichen Rebound (BIP real +4,6%) im Zuge des Abklingens der COVID-19-Pandemie und eine damit einhergehende Zunahme der Treibhausgasemissionen um 4,9% gekennzeichnet. 2022 sanken die Emissionen nach ersten Schätzungen deutlich (-6,4%), obwohl die Wirtschaftsleistung um 4,9% zulegen konnte. Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Emissionsentwicklung war in erster Linie auf preisbedingte Energieeinsparungen zurückzuführen. Daneben beeinflusste auch die Witterung den Treibhausgasausstoß. So dämpfte der milde Winter den Heizbedarf und ein trockener Sommer die Wasserkraftleistung. Die durch den Ukraine-Krieg deutlich gestiegenen Energiepreise trieben die Ausgaben für den Import fossiler Energieträger. Die Kapazität der erneuerbaren Energietechnologien Photovoltaik und Windenergie wuchs 2022 um 15,9%. Das diesjährige Sonderthema befasst sich mit dem aktuellen Stand der legislativen Umsetzung des "Fit for 55"-Pakets der EU.

JEL-Codes: Q15, Q18, Q41, Q42, Q43, Q58 • **Keywords:** Klimawandel, Klimapolitik, Energiepolitik, Agrarproduktion, Umweltindikatoren, "Fit for 55"

Begutachtung: Michael Böheim • **Wissenschaftliche Assistenz:** Susanne Markytan (susanne.markytan@wifo.ac.at), Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 9. 2023

Kontakt: Claudia Kettner (claudia.kettner@wifo.ac.at), Daniela Kletzan-Slamanig (daniela.kletzan-slamanig@wifo.ac.at), Angela Köppl (angela.koeppel@wifo.ac.at), Ina Meyer (ina.meyer@wifo.ac.at), Asjad Naqvi (asjad.naqvi@wifo.ac.at), Anna Renhart (anna.renhart@wifo.ac.at), Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at), Mark Sommer (mark.sommer@wifo.ac.at), Corina van Dyck (corina.van-dyck@wifo.ac.at)

Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2023. Special Topic: The European Commission's "Fit for 55" Package

The year 2021 was characterised by an economic rebound (real GDP +4,6 percent) as the COVID-19 pandemic subsided, and an accompanying 4.9 percent increase in greenhouse gas emissions. In 2022 emissions fell significantly by -6.4 percent according to initial estimates, although economic output grew by 4.9 percent. The decoupling of economic growth and emissions development was primarily due to price-related energy savings. In addition, weather-conditions also influenced greenhouse gas emissions. For example, a mild winter curbed heating demand and a dry summer reduced hydropower output. The significant increase in energy prices due to the Ukraine war drove up expenditure on fossil energy imports. The capacity of the renewable energy technologies photovoltaics and wind energy was increased by 15.9 percent. This year's special topic deals with the current status of the legislative implementation of the EU's "Fit for 55" package.

Der vorliegende 16. WIFO-Bericht über die Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft dokumentiert und analysiert deren Entwicklung im Jahr 2021 und – soweit entsprechende Zahlen verfügbar sind – im Jahr 2022. Er stützt sich auf aktuelle Daten zu den Treibhausgasemissionen in Österreich (Umweltbundesamt, 2023a, 2023b) und den Energieflüssen laut Energiebilanz (Statistik Austria, 2022b, 2023c).

Nach 2020 war auch das Jahr 2021 wesentlich durch die COVID-19-Pandemie und die damit einhergehenden Lockdowns und Reisebeschränkungen charakterisiert. Der produzierende Bereich gewann dennoch deutlich an Fahrt und trug dazu bei, dass die österreichische Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr wieder wuchs (BIP real +4,6%;

2020 -6,5%). Die Treibhausgasemissionen stiegen im Vergleich zum Wirtschaftswachstum überproportional an, wenn auch nicht auf das Niveau vor der Pandemie (+4,9%; 2020 -7,6%). Die Entwicklungen im Jahr 2022 waren in erster Linie durch die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine geprägt. Er führte zu Turbulenzen auf den weltweiten Energiemärkten und zu volatilen und stark steigenden Energiepreisen, insbesondere bei Erdgas auf den europäischen Märkten. Die Inflation beschleunigte sich in der Folge beträchtlich. Das Wirtschaftswachstum (2022 +4,9%) erwies sich inmitten dieser Turbulenzen als ebenso robust wie die erneuerbaren Energietechnologien Photovoltaik und Windkraft, die um 15,9% expandierten (2022/21). Die Treibhausgasemissionen sanken 2022 laut "Nowcast" des Umwelt-

bundesamtes (2023b) um 6,4%, nicht zuletzt wegen der erheblichen Energieeinsparungen auf Seiten der privaten Haushalte und der Unternehmen.

Die Entwicklungen im Bereich des Energieverbrauchs, der Energiebereitstellung und der Treibhausgasemissionen werden im Fol-

genden für Österreichs Gesamtwirtschaft und deren Sektoren hinsichtlich der klimapolitischen Ziele analysiert. Das diesjährige Sonderthema widmet sich dem Umsetzungsstand des EU-Pakets "Fit for 55" und gibt einen Überblick über die Instrumente zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2050 einschließlich der Zwischenziele.

1. Indikatoren für Klima und Energie

1.1 Energetischer Bruttoinlandsverbrauch der EU 27 stieg nach der COVID-19-Pandemie neuerlich an

Der Bruttoinlandsenergieverbrauch der EU 27 stieg 2021 deutlich an und erreichte mit 59.522 PJ (+6,1% gegenüber 2020) wieder annähernd das Niveau von 2019. Der Anstieg war primär auf die Erholung der Wirtschaft nach dem Abklingen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Das BIP der EU 27 wuchs um 5,4% im Vergleich zum Vorjahr. In Österreich lag das BIP-Wachstum bei 4,6%.

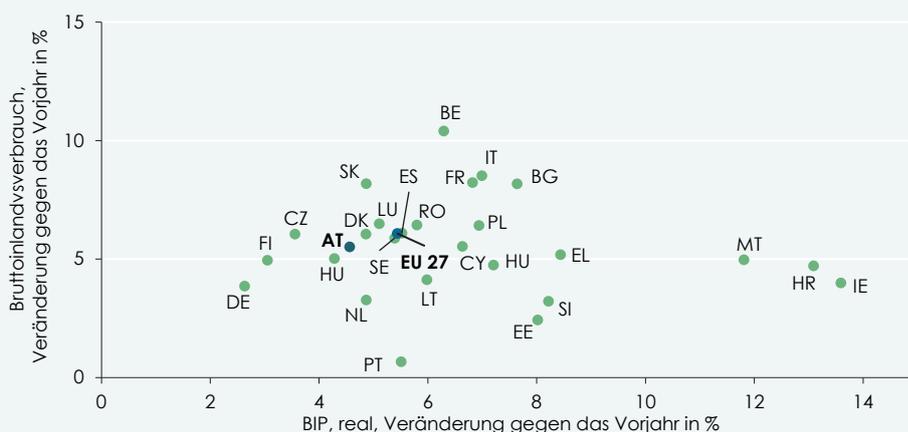
Ein Vergleich der Entwicklung des BIP und des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie in

der EU 27 zeigt einen Anstieg beider Kennzahlen, für eine Reihe von Ländern sogar empfindliche Steigerungen (Abbildung 1): Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie lag 2021 in allen EU-Ländern über dem Niveau von 2020. Gleiches gilt für die Wirtschaftsleistung, die insbesondere in Irland, Malta und Kroatien stark zulegte. Der Einsatz fossiler Energieträger nahm erstmals seit 2016 wieder zu (EU 27 +10,6% gegenüber 2020). Auch der Aufwärtstrend beim Einsatz erneuerbarer Energieträger setzte sich fort (+5%). Mit 21,8% war ihr Anteil am Bruttoinlandsenergieverbrauch der EU 27 etwas geringer als 2020.

2021 stieg das BIP in der EU 27 aufgrund der Erholung von der COVID-19-Pandemie deutlich an. Dementsprechend erreichte der Energieeinsatz annähernd wieder das Niveau von 2019.

Abbildung 1: **Entwicklung des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie in Relation zur BIP-Entwicklung in den EU-Ländern**

2021



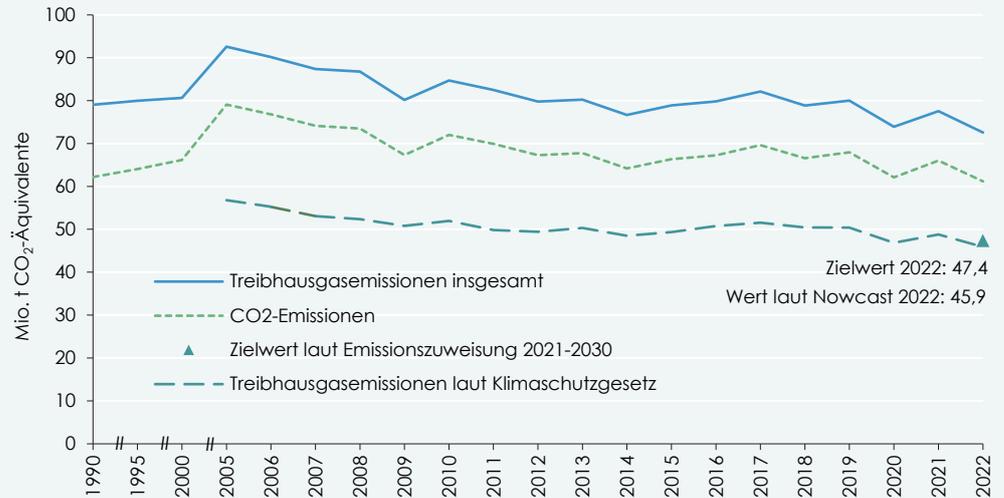
Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch stiegen 2021 stärker als das Bruttoinlandsprodukt; für 2022 wird ein deutlicher Rückgang erwartet.

auf die Energieerzeugung und 21 Mio. t auf die Industrie entfielen. Der Mehrausstoß ist auf die Ausweitung der Stahlproduktion und der Stromproduktion in Gaskraftwerken, den witterungsbedingten Mehrverbrauch von Heizöl und Erdgas im Gebäudesektor sowie einen Anstieg der Fahrleistung im Verkehr zurückzuführen.

Verglichen mit dem BIP-Zuwachs (+4,6%, real) nahm der Energieverbrauch 2021

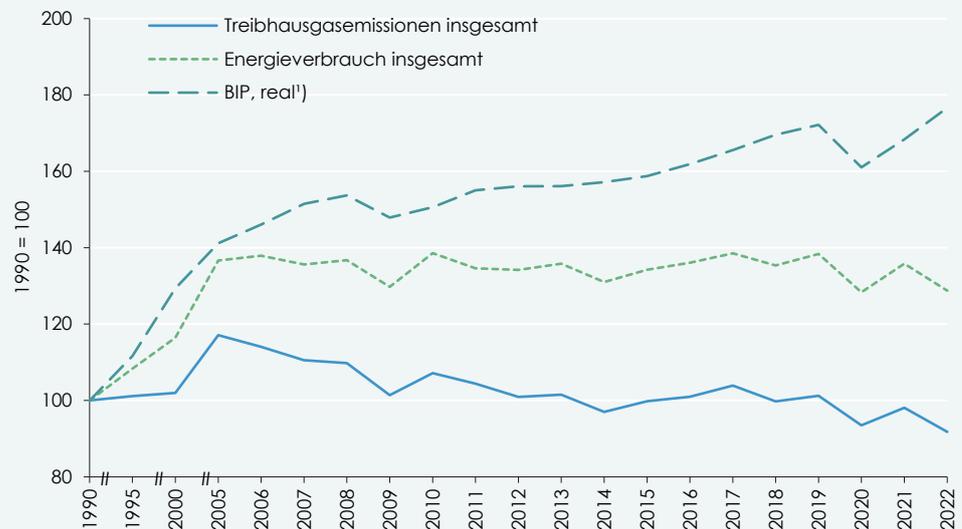
deutlich stärker zu (+5,8%). Bei den Treibhausgasemissionen wurde ein Wachstum von 4,9% verzeichnet (Abbildung 3). Besonders kräftig fiel der Anstieg mit 9,2% bei den prozessbedingten Treibhausgasemissionen aus (siehe Kapitel 1.4). Die energiebedingten Treibhausgasemissionen stiegen 2021 um 4,4%, vorwiegend wegen des verstärkten Einsatzes von Öl und Gas. Die nichtenergetischen Emissionen aus der Land- und Abfallwirtschaft sanken hingegen leicht um 0,3%.

Abbildung 2: Treibhausgasemissionen in Österreich und Kyoto-Ziel



Q: Umweltbundesamt, 2022: Vorläufige Emissionsdaten aus der Nahzeitprognose "Nowcast" des Umweltbundesamtes bzw. vorläufige Energiebilanz Österreich 2022.

Abbildung 3: Treibhausgasemissionen und Wirtschaftswachstum in Österreich



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2022: Vorläufige Emissionsdaten aus der Nahzeitprognose "Nowcast" des Umweltbundesamtes bzw. vorläufige Energiebilanz Österreich 2022. – 1) Referenzjahr 2015.

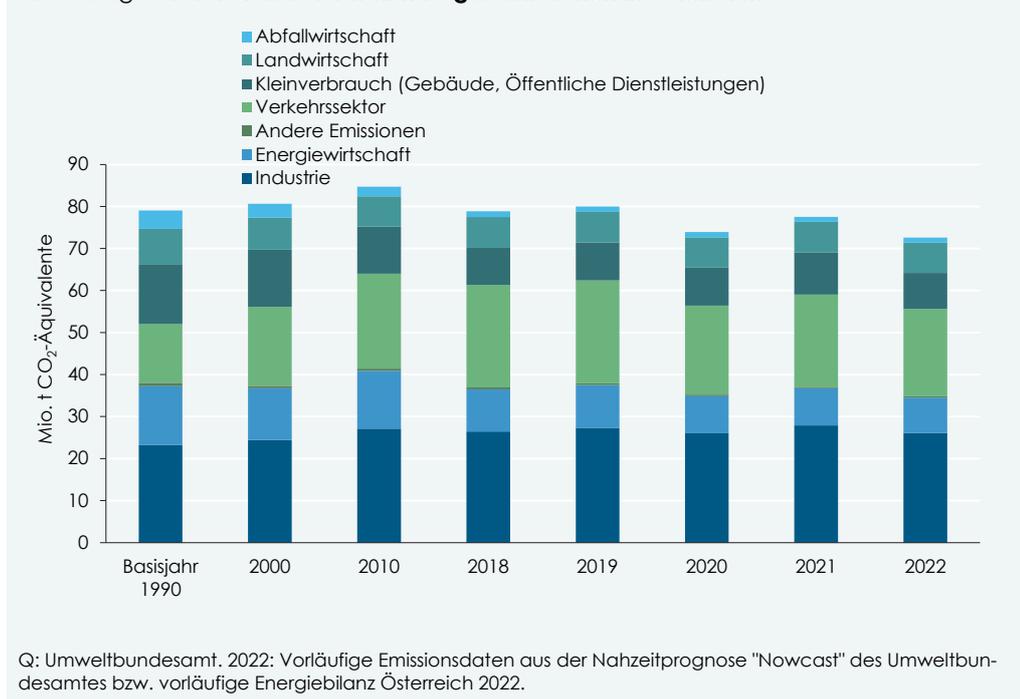
1.3 Energiekrise dürfte Treibhausgasausstoß deutlich gedämpft haben

Nach Sektoren stiegen die heimischen Treibhausgasemissionen 2021 in allen Bereichen mit Ausnahme der Abfallwirtschaft und der sonstigen Verursacher (Abbildung 4). Besonders hohe Wachstumsraten verzeichnete aufgrund eines deutlichen Anstiegs der Heizgradtage der Kleinverbrauch (Gebäude und Dienstleistungen) mit 11,1%, vor der Industrie mit 7,0% und dem Verkehr mit 3,6%. In der Energiebereitstellung und der Landwirtschaft waren die Emissionen um 0,6% bzw. 0,3% höher als 2020. Auch absolut stiegen die Emissionen am stärksten in der Industrie (+1,8 Mio. t CO₂-Äquivalente) und im Kleinverbrauch (+1,0 Mio. t CO₂-Äquivalente).

Für das Jahr 2022 rechnet die Nahzeitprognose des Umweltbundesamtes (2023b) aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der starken Verteuerung von Energie trotz des BIP-Wachstums von 4,9% mit einem Rückgang der Emissionen um 6,4% (-5,0 Mio. t auf 72,6 Mio. t CO₂-Äquivalente). Im Vorjahresvergleich dürften die Emissionen in allen Sektoren gesunken sein, insbesondere im Kleinverbrauch (-14,7% bzw. -1,5 Mio. t CO₂-Äquivalente), in der Industrie (-6,4% bzw. -1,8 Mio. t CO₂-Äquivalente) und im Verkehrssektor (-5,4% bzw. -1,1 Mio. t CO₂-Äquivalente). Ein wesentlicher Treiber dieses Rückgangs ist der starke Anstieg der Energiepreise. Im Kleinverbrauch spielt auch eine geringere Zahl an Heizgradtagen eine Rolle.

Aufgrund der Energiekrise sanken Österreichs Treibhausgasemissionen 2022 deutlich. Die Sektoren Kleinverbrauch und Industrie, in denen die Emissionen 2021 am stärksten gestiegen waren, dürften 2022 weit weniger emittiert haben.

Abbildung 4: **Verursacher der Treibhausgasemissionen in Österreich**



1.4 Kräftiger Anstieg der Industrieemissionen im Jahr 2021

Die Industrie trug im Jahr 2021 mit 27,9 Mio. t CO₂-Äquivalenten (+7,0%) 36,0% zu den Gesamtemissionen bei (Abbildung 5), wodurch ihr Anteil weiter kontinuierlich anstieg (+4 Prozentpunkte seit 2010). 17 Mio. t entfielen auf Prozessemissionen, die im Vorjahresvergleich um 9% zulegten. Der Energieverbrauch der Industrie erhöhte sich um 5,0% auf 318 TJ. Der Anstieg der Emissionen und des Energieverbrauchs ist auf die um 9,6% höhere Bruttowertschöpfung der Industrie nach dem pandemiebedingten Rückgang 2020 zurückzuführen.

Trotz des Anstiegs der Wirtschaftstätigkeit zeigte sich im Industriesektor nach 2018 erneut eine relative Entkoppelung der Emissionen (Emissionsintensität, -2,3%) und des Energieverbrauchs je Produktionseinheit (Energieintensität, -4,2%).

1.5 Emissionen des Verkehrssektors unterdurchschnittlich gestiegen

Im Verkehr²⁾ stiegen die Emissionen³⁾ nach dem starken Rückgang um über 13% im Jahr 2020 wieder um 3,7% an. Trotz dieses Rebound-Effekts war der Anstieg schwächer als in der Gesamtwirtschaft (+4,9%) und

In Bezug auf die Bruttowertschöpfung der Industrie (+9,6%) entkoppelte sich 2021 die Entwicklung von Emissionen und Energieverbrauch (+7% bzw. +5%).

Die Emissionen im Verkehr legten 2021 nach dem Einbruch im Vorjahr um 3,7% zu.

²⁾ Der Energieverbrauch und die Emissionen des Verkehrssektors werden grundsätzlich auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen berechnet.

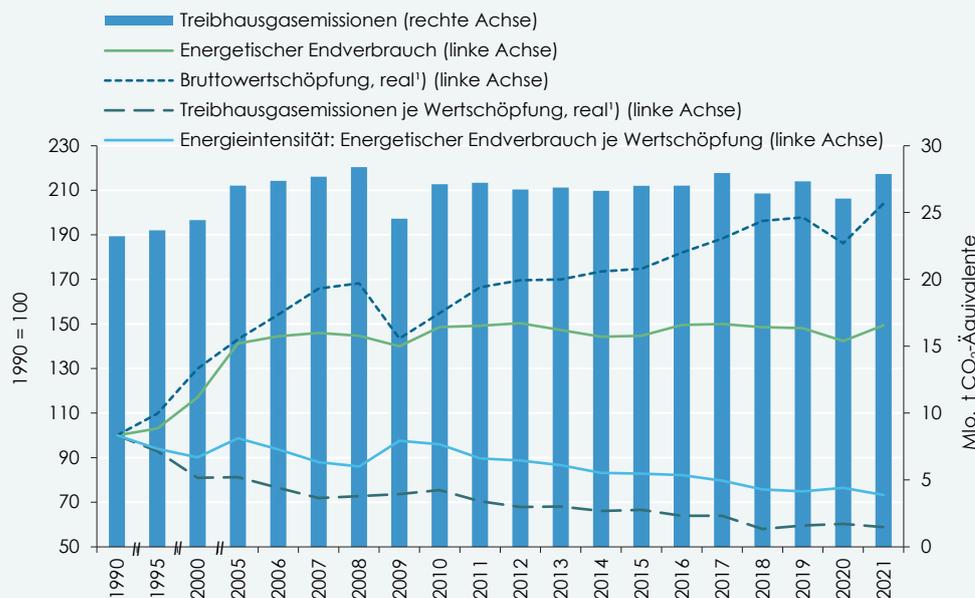
³⁾ Emissionen laut Umweltbundesamt ohne internationalen Flugverkehr und einschließlich Transport in Rohrfernleitungen (rund 0,05 Mio. t CO₂-Äquivalente).

auch schwächer als das BIP-Wachstum (+4,6%).

Der Endenergieverbrauch des Verkehrssektors erhöhte sich 2021 um 4,4% auf 351 PJ und lag somit auf dem Niveau des Jahres

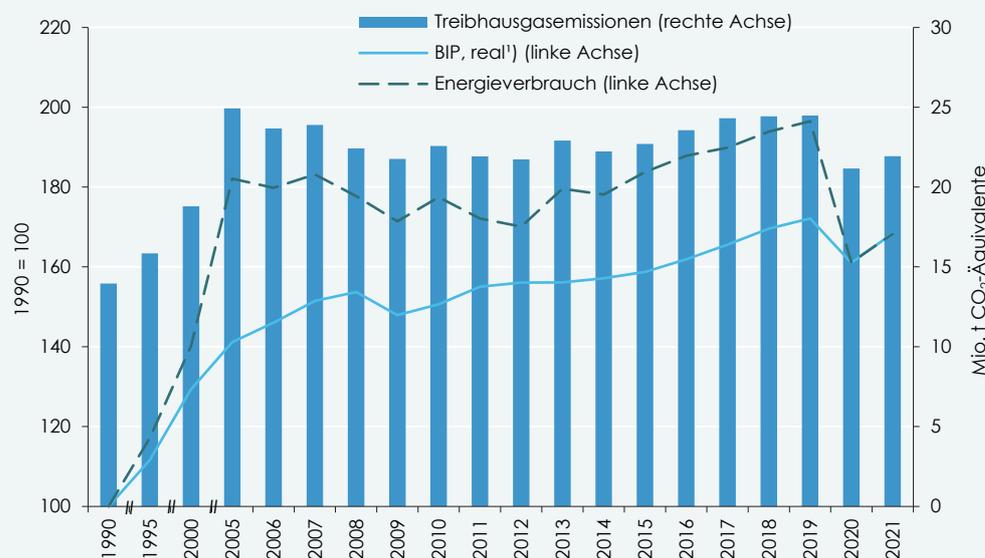
2003. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Emissionen und des Endenergieverbrauchs liegt darin begründet, dass die Verbrauchsdaten den internationalen Flugverkehr enthalten, die Emissionsdaten jedoch nicht.

Abbildung 5: Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch und Bruttowertschöpfung der Industrie



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Sachgütererzeugung einschließlich Bergbau, zu Herstellungspreisen, Referenzjahr 2015.

Abbildung 6: Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch des Verkehrssektors und Wirtschaftswachstum in Österreich



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021. – 1) Referenzjahr 2015.

1.6 Treibhausgasemissionen des Kleinverbrauchs deutlich höher als 2020

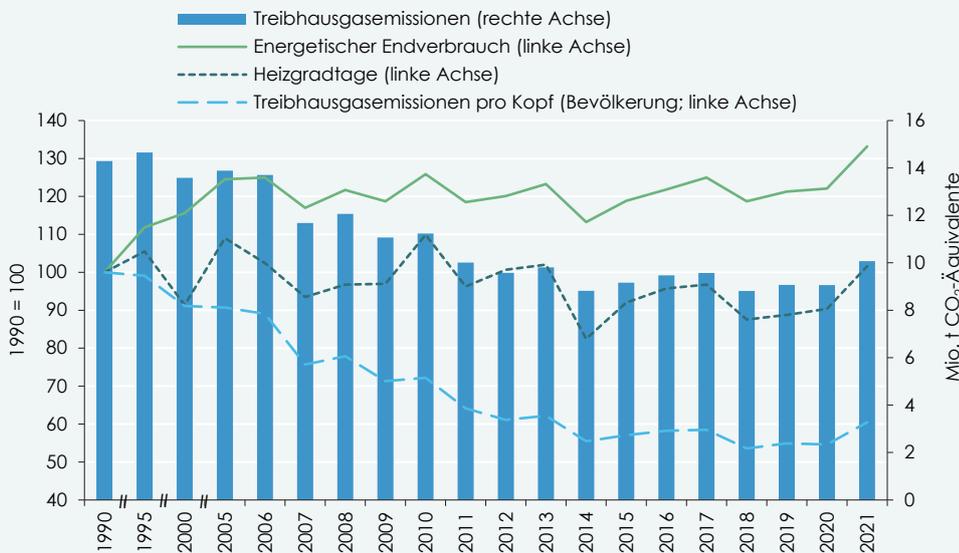
In den Sektoren private Haushalte, Dienstleistungen und Landwirtschaft nahmen 2021 sowohl der Endenergieverbrauch als auch die Treibhausgasemissionen deutlich zu: Der energetische Endverbrauch war mit 453 PJ um 38 PJ (9%) höher als im Vorjahr. Mit 34 PJ entfiel der Großteil des Mehrverbrauchs auf die Raumwärmeerzeugung, für die wegen der höheren Zahl an Heizgradtagen deutlich mehr Energie aufgewendet wurde. Nach Energieträgern nahm insbesondere die

Verwendung von Erdgas (+9 PJ), Brennholz (+7 PJ), Fernwärme (+6 PJ) und Gasöl für Heizzwecke (+5 PJ) zu. Folglich stiegen die Treibhausgasemissionen aus dem Kleinverbrauch um 11,1% (Abbildung 7).

Auf die Nutzenergiekategorie "Raumklima und Warmwasser" entfielen 2021 78% des energetischen Endverbrauchs der Sektoren private Haushalte, Dienstleistungen und Landwirtschaft (ohne Verkehr). Mit großem Abstand folgen die Kategorien "Standmotoren" (9%) sowie "Beleuchtung und EDV" (6%; Statistik Austria, 2022a).

Aufgrund der höheren Zahl an Heizgradtagen (+12,5%) und konjunkturbedingt stiegen 2021 Energiebedarf und Emissionen im Kleinverbrauch.

Abbildung 7: Treibhausgasemissionen der Gebäude, Energieverbrauch von privaten Haushalten, Dienstleistungen und Landwirtschaft sowie Zahl der Heizgradtage



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

1.7 Stagnation der Treibhausgasemissionen aus der Bereitstellung von Elektrizität und Fernwärme

Nach dem deutlichen Rückgang im Vorjahr stiegen die Treibhausgasemissionen aus der Bereitstellung von Elektrizität und Fernwärme 2021 leicht (+0,6% auf 8,85 Mio. t CO₂-Äquivalente), der dafür aufgewendete Energieeinsatz ging mit -0,4% allerdings zurück (Abbildung 8).

Der Grund für diese Diskrepanz ist einerseits die geringere Stromerzeugung aus Wasserkraft aufgrund der Trockenheit, und andererseits die höhere Zahl an Heizgradtagen im Jahr 2021. Der gestiegene Stromverbrauch (+5%) wurde folglich durch Nettoimporte (+19 PJ) sowie Strom aus erneuerbaren Energieträgern und Erdgas gedeckt, der höhere Fernwärmebedarf mit Biomasse und Erdgas. Stromimporte senken den heimischen Energieeinsatz, während die Verbrennung von Erdgas die Emissionen erhöht. Der Rückgang

der Strom- und Fernwärmeerzeugung aus Kohle dämpfte dagegen den Anstieg der Emissionen.

1.8 Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs geprägt durch den verstärkten Einsatz fossiler Energieträger

Auf das Krisenjahr 2020 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie auf 1.350 PJ (-7,3%) folgte 2021 ein Anstieg auf 1.426 PJ (+5,6%). Diesem lagen der wirtschaftliche Aufschwung und der relativ kalte Winter zugrunde. Das Vorkrisenniveau von 2019 (1.456 PJ) wurde dennoch nicht erreicht.

Der Mehrverbrauch wurde vor allem mit fossilen Energieträgern abgedeckt. Zwar stieg mengenmäßig sowohl der Verbrauch an fossiler (+6%) als auch an erneuerbarer Energie (+2%), allerdings sank der Anteil erneuerbarer Energieträger gegenüber 2020 um einen Prozentpunkt auf 31%. Im langfristigen

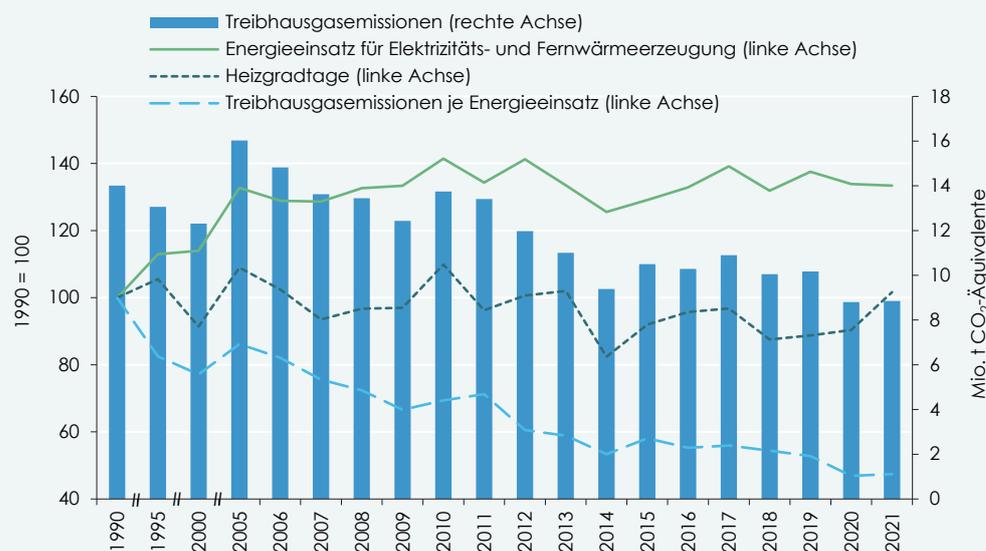
Die Elektrizitätserzeugung ging 2021 abermals zurück (-3%), am deutlichsten jene aus Steinkohle (-75%) und Wasserkraft (-8%). Die Bereitstellung von Fernwärme stieg demgegenüber leicht an (+9%).

Die wirtschaftliche Erholung erhöhte 2021 den Bruttoinlandsenergieverbrauch.

Vergleich zeigt sich ein ähnliches Bild. Hatte die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der erneuerbaren Energieträger von 2000/2010 noch 3,6% betragen, so lag sie in der Periode 2010/2020 nur mehr bei 1,0%. Es besteht also großer Handlungsbedarf, um das österreichische Ziel der Klimaneutralität bis 2040 und die europäischen Klimaziele zu erreichen.

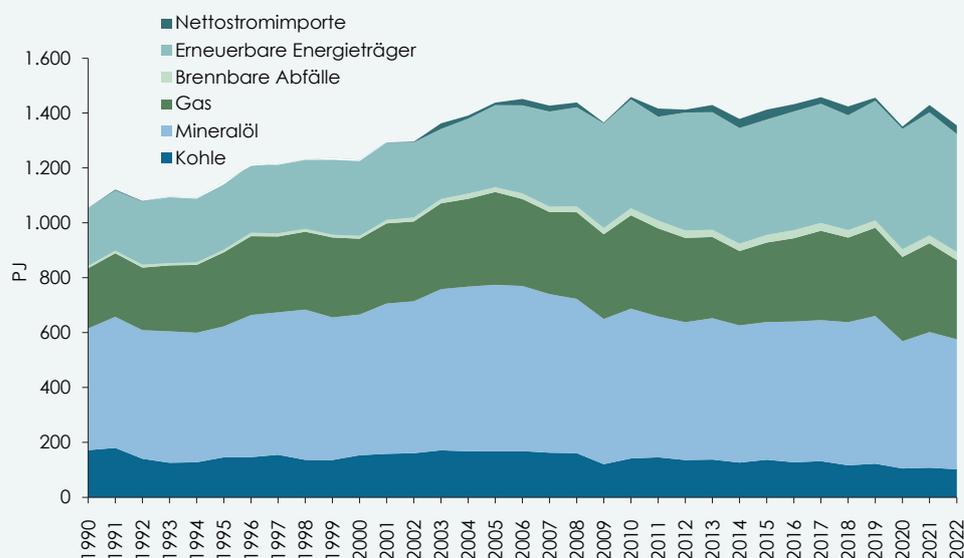
Österreich ist seit 2001 Nettoimporteur von Strom. 2021 wurden um über 27 PJ mehr importiert als exportiert, um gut 19 PJ mehr als 2020. Damals war die Elektrizitätsnachfrage aufgrund des Wirtschaftseinbruchs gesunken und die Nettoimporte von Strom hatten einen Tiefststand erreicht.

Abbildung 8: Treibhausgasemissionen und Energieeinsatz für Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung der Energieversorgungsunternehmen



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Abbildung 9: Bruttoinlandsverbrauch nach Energieträgern in Österreich



Q: Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021. 2022: vorläufige Energiebilanz Österreich 2022.

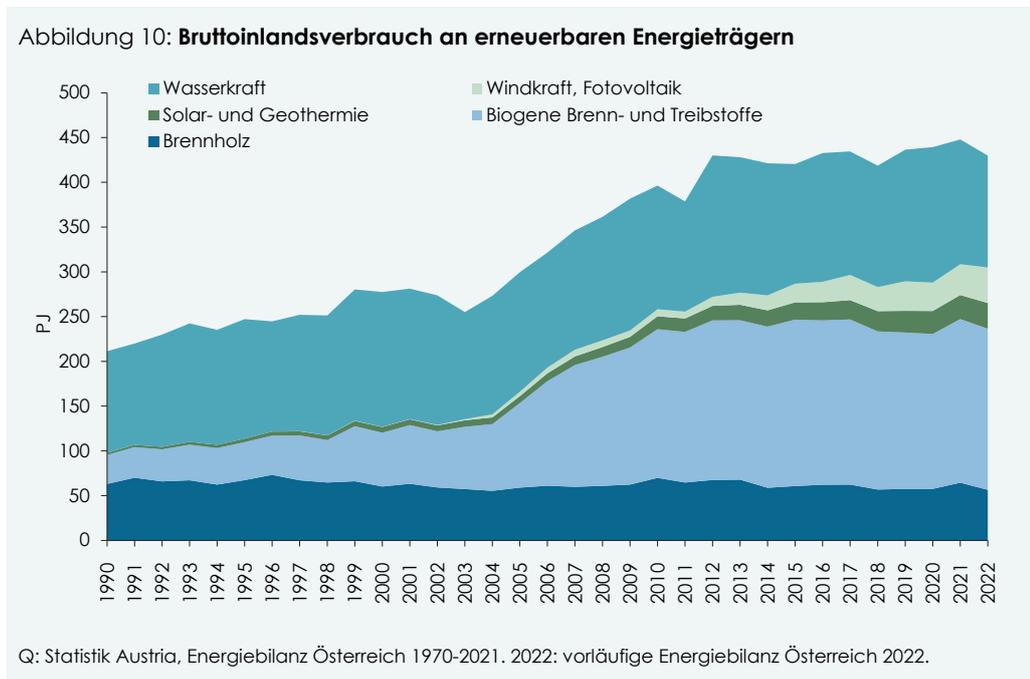
1.9 Ausgewählte Entwicklungen laut vorläufiger Energiebilanz 2022

Nach dem kurzzeitigen Anstieg im Jahr 2021 sank der Energieverbrauch im Jahr 2022 laut vorläufiger Energiebilanz erneut (-5%). Der Prognosewert von 1.355 PJ entspricht ungefähr dem Niveau des Jahres 2020. Ein Auslöser für den Abwärtstrend im Jahr 2022 war die Energiekrise.

Die Verknappung und die Verteuerung von Energie dämpften 2022 sowohl den Verbrauch an fossilen Energieträgern (-6,6%) als auch deren Anteil im Energiemix (von 64,9% auf 63,8%). Der Gasverbrauch sank am stärksten (-11%) bedingt vor allem durch die hohen Preissteigerungen infolge der Invasion Russlands in der Ukraine, aber auch durch einen geringeren Gasbedarf für die Bereit-

stellung von Raumwärme aufgrund des milden Winters. Der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch stieg laut vorläufigen Daten leicht (+0,3 Prozentpunkte), in absoluten Mengen wurde jedoch ein Rückgang verzeichnet (-4,0%). Die Gründe dafür waren vor allem die Trockenheit im Sommer 2022, die die Stromerzeugung aus Wasserkraft dämpfte (-10%), und ein geringerer Brennholzeinsatz (-13%) infolge der milden Witterung im Winter. Biogene Brenn- und Treibstoffe blieben 2022 mit einem Anteil von 42% die wichtigsten erneuerbaren Energieträger, vor Wasserkraft mit 29% und Brennholz mit 13%. Das verstärkte Bestreben, von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden, zeigt sich in den Wachstumsraten von Solar- und Geothermie (+6,6%) sowie von Windkraft und Fotovoltaik (+15,9%).

Der Krieg in der Ukraine und die Trockenheit im Sommer führten 2022 über höhere Preise zu einem Rückgang des Energieverbrauches.



1.10 Ausgaben für Nettoenergieimporte 2022 um fast ein Drittel gestiegen

Die hohe Abhängigkeit Österreichs von fossilen Energieträgern spiegelt sich in einer hohen Importabhängigkeit. Die damit einhergehenden erhöhten Finanzabflüsse werden besonders in der gegenwärtigen Energiekrise mit drastisch gestiegenen Energiepreisen deutlich. Die Ausgaben für Energieimporte stiegen 2022 um knapp 28%, obwohl die Importmenge um rund 25% sank (Übersicht 1).

Neben den finanziellen Lasten ist die Energieversorgungssicherheit ein drängendes Argument dafür, die Importabhängigkeit zu verringern und die Bezugsquellen zu diversifizieren. Um dies zu erreichen, müsste einerseits der Steigerung der Energieeffizienz und damit der Verringerung der Energienachfrage stärkeres Augenmerk geschenkt wer-

den. Andererseits muss die Kapazität der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen rasch erhöht werden, um so auch dem Klimaschutz Rechnung zu tragen.

Der kräftigste Zuwachs der nominellen Importausgaben wurde 2022 bei Strom verzeichnet (+136,4% bzw. +2,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr), gefolgt von Erdgas (+15,9% bzw. +658 Mio. €). Auch die Ausgaben für Erdölimporte legten deutlich zu (+5,6% bzw. +191 Mio. €). Den Mehrausgaben entspricht jedoch keine Mengenausweitung, vielmehr sanken die Einfuhren an Erdgas (-39,3%), Erdöl (-32,1%) und Kohle (-32,2%) erheblich. Jene von Heizöl (+20,4%), Benzin (+44,0%) und Diesel (+13,3%) sowie Strom (+8,2%) nahmen hingegen deutlich zu. Am augenfälligsten ist die Abhängigkeit von den steigenden und volatilen Energiemarktpreisen somit bei Erdgas.

Österreich gab 2022 deutlich mehr für Energieimporte aus (+28%). Der Ausgabenanstieg war preisgetrieben, die Importmengen gingen dagegen um etwa 25% zurück.

Österreichs Einnahmen aus Energieexporten lagen 2022 bei 3,8 Mrd. € und waren somit um 11,7% höher als 2021. Auch bei den Exporten wirkten sich die höheren Preise aus,

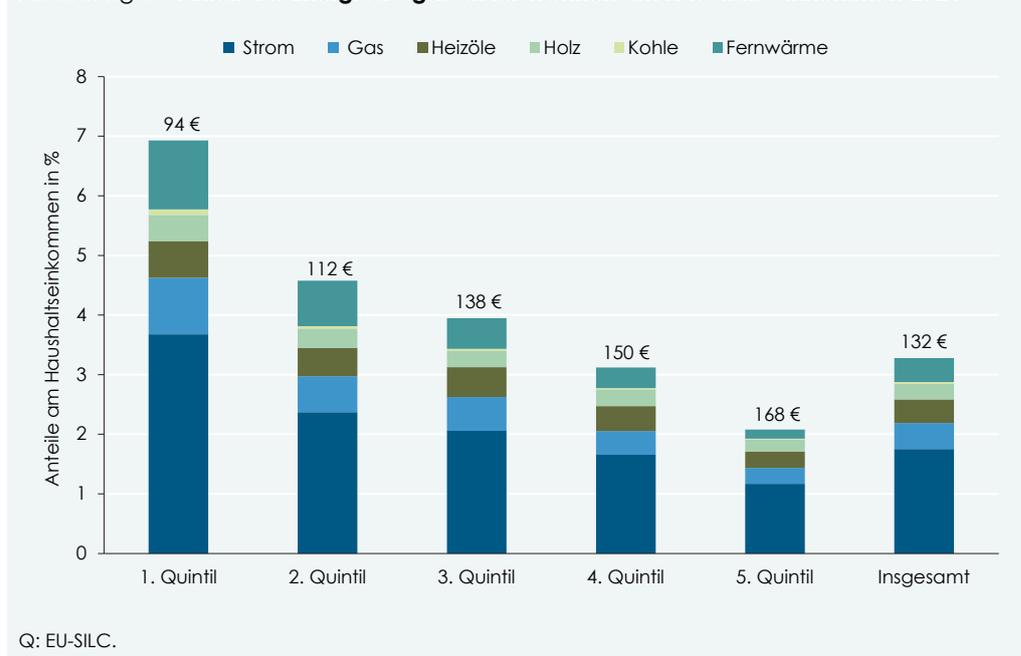
während die exportierten Mengen um knapp 15,5% bzw. 37 PJ zurückgingen, vor allem bei Benzin (-39,6%), Diesel (48,4%) und Heizöl (-27,1%).

Übersicht 1: Außenhandel mit Energieträgern

	Exporte				Importe				Saldo							
	2015	2020	2021	2022	2015	2020	2021	2022	2015	2020	2021	2022				
	Mio. €															
Kohle	2	1	2	2	475	462	501	539	-	472,7	-	460,6	-	499,1	-	537,1
Erdöl	0	0	0	0	3.097	2.174	3.434	3.625	-	3.097,3	-	2.174,5	-	3.434,3	-	3.625,2
Heizöl	121	0	0	0	33	15	22	23	+	88,1	-	15,1	-	21,9	-	22,7
Benzin	476	370	596	618	499	244	396	425	-	22,7	+	125,4	+	200,8	+	193,1
Dieselmkraftstoff	478	453	792	810	2.177	2.030	2.927	3.086	-	1.698,9	-	1.576,9	-	2.135,6	-	2.276,2
Erdgas	315	348	438	576	2.701	1.995	4.131	4.789	-	2.386,7	-	1.647,0	-	3.693,2	-	4.212,4
Strom	857	1.121	1.620	1.846	1.103	884	1.935	4.574	-	245,8	+	237,5	-	315,0	-	2.727,8
Insgesamt	2.249	2.294	3.448	3.853	10.085	7.805	13.346	17.061	-	7.836,0	-	5.511,2	-	9.898,3	-	13.208,2
	PJ															
Kohle	0,3	0,0	0,0	0,0	119,4	102,3	108,0	73,2	-	119,1	-	102,3	-	108,0	-	73,2
Erdöl	0,0	0,0	0,0	0,0	344,6	319,8	321,6	218,3	-	344,6	-	319,8	-	321,6	-	218,3
Heizöl	21,6	19,5	15,4	11,2	0,5	2,8	1,3	1,6	+	21,1	+	16,7	+	14,0	+	9,6
Benzin	38,6	39,0	39,0	23,6	33,3	22,1	22,5	32,4	+	5,3	+	17,0	+	16,5	-	8,9
Dieselmkraftstoff	34,0	39,5	48,6	25,1	155,6	165,5	167,7	190,1	-	121,6	-	126,0	-	119,1	-	165,0
Erdgas ¹⁾	49,4	91,4	69,8	72,1	454,4	636,2	524,6	318,6	-	405,0	-	544,8	-	454,9	-	246,4
Strom	69,6	80,4	68,0	71,6	105,8	88,3	95,2	102,9	-	36,2	-	7,9	-	27,2	-	31,3
Insgesamt	213,4	269,8	240,8	203,6	1.213,6	1.337,0	1.241,0	937,2	-	1.000,2	-	1.067,2	-	1.000,1	-	733,6

Q: Statistik Austria, Energiebilanz Österreich 1970-2021, vorläufige Energiebilanz 2022, Außenhandelsstatistik; WDS – WIFO-Daten-System. – ¹⁾ In der aktuellen Energiebilanz wird der Erdgastransit durch Österreich nicht mehr ausgewiesen. Die hier abgedruckten Werte für die Ein- und Ausfuhr von Erdgas stammen aus der Außenhandelsstatistik und beinhalten auch Transit.

Abbildung 11: Anteil der Energieausgaben für Wohnen am Haushaltseinkommen 2021



Der aus Mengen und Ausgaben berechnete implizite Importpreis für eine fiktive importierte Energiemenge war im Jahr 2021 mit 10,8 Mio. € je PJ um 4,6 Mio. € höher als 2020

und stieg 2022 weiter auf 18,2 Mio. € je PJ (+7,4 Mio. € je PJ).

Der nominelle Außenhandelsaldo für Energie verschlechterte sich 2022 um etwa

3,3 Mrd. € auf –13,2 Mrd. €, während sich der mengenmäßige Saldo um etwa 334 PJ verbesserte.

1.11 Energieausgaben belasten einkommensschwache Haushalte am stärksten

Die Energieausgaben österreichischer Haushalte für Wohnen (vor allem für Raumwärme, Warmwasser, Kochen) lagen 2021 bei durchschnittlich 132 € pro Monat und waren damit ähnlich hoch wie in den beiden Vorjahren (Abbildung 11). Im untersten Einkommensquintil waren die Ausgaben mit 94 € pro Monat in absoluten Zahlen zwar am geringsten und um 74 € niedriger als im 5. Einkommensquintil. Gemessen am Haushaltseinkommen war die Belastung der ein-

kommensschwächsten Haushalte (1. Quintil) aber mehr als dreimal so hoch wie jene der einkommensstärksten (6,9% gegenüber 2,1% im 5. Quintil).

Die Energieausgaben für Wohnen werden maßgeblich von Faktoren wie der Wohnungsgröße, der Bausubstanz und der Heizungsart, aber auch von der Verfügbarkeit finanzieller Mittel für energiesparende Investitionen (z. B. Gebäudesanierung, Heizungstausch) und dem individuellen Verhalten bestimmt. Eine Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden ist nicht nur klimapolitisch von hoher Bedeutung, sondern würde auch zu einer finanziellen Entlastung führen, insbesondere für einkommensschwache Haushalte.

Die unteren Einkommensquintile würden stärker von Investitionen in energieeffiziente Gebäude profitieren, da sie höhere Anteile ihres Einkommens für Wohnenergie aufwenden.

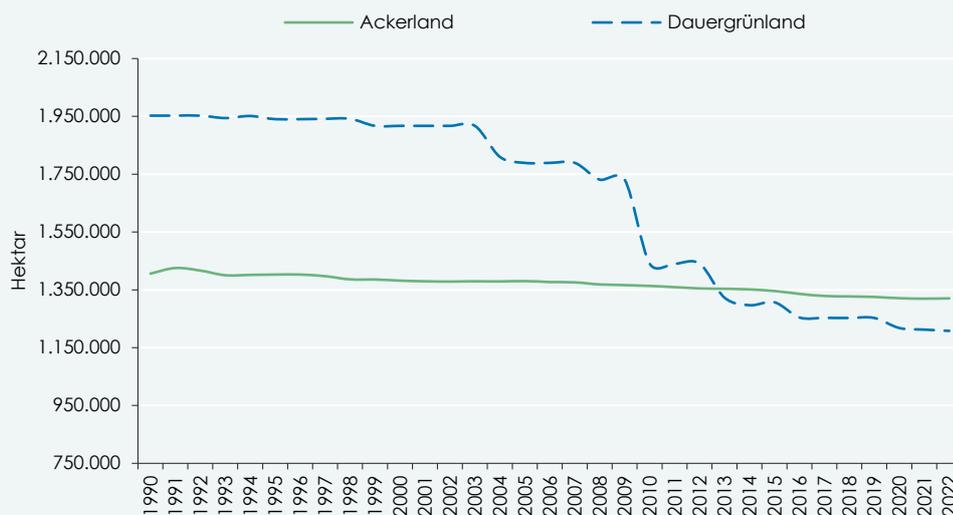
2. Landwirtschaftliche Produktion und Stickstoffbilanz in Österreich

Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle für die Ernährungssicherheit und leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Biodiversitätsschutz. So bindet lebende Biomasse Kohlenstoff aus der Atmosphäre (Meyer et al., 2023). Zwischen 1990 und 2022 schrumpfte die Ackerfläche in Österreich um 85.800 ha, das Dauergrünland (einschließlich Almen) sogar um 744.400 ha

(Abbildung 12; Statistik Austria, 2022c). Pro Kopf verkleinerte sich die verfügbare, landwirtschaftlich genutzte Fläche von 4.485 m² (1990) auf 2.867 m² (2022). Dieser Effekt ist neben dem Flächenrückgang auch auf eine steigende Bevölkerung zurückzuführen (Statistik Austria, 2023a).

Seit 1990 sinkt die landwirtschaftliche Nutzfläche stetig. Der Anstieg der Hektarerträge kann den Flächenrückgang nicht kompensieren. Die Produktion stagniert seit Jahrzehnten.

Abbildung 12: Entwicklung der Ackerland- und Dauergrünlandfläche in Österreich seit 1990

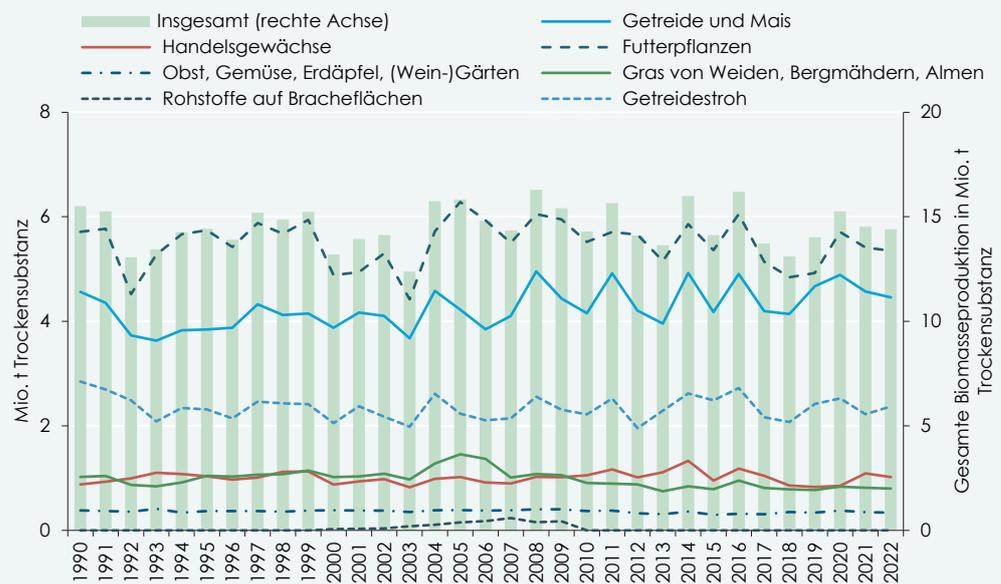


Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt (1992); Statistik Austria, (2022c); Statistik Austria, Anbau auf dem Ackerland – Feldfrucht- und Dauerwiesenproduktion, verschiedene Jahre (<https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/pflanzenbau/ackerbau-dauergruenland>); Statistik Austria, Agrarstruktur- und Bodennutzung, verschiedene Jahre (<https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/betriebsstruktur/bodennutzung>); STATcube von Statistik Austria, Feldfruchtproduktion ab 1970; STATcube von Statistik Austria, Agrarstruktur- und Bodennutzung 2020 – Bodennutzung.

Die Produktion von Biomasse auf Ackerland folgt aufgrund steigender Hektarerträge nicht dem abnehmenden Trend der Ackerfläche. Der Output an nutzbarer Biomasse durch die Landwirtschaft stagniert jedoch seit Jahrzehnten, mit erheblichen jährlichen Schwankungen, die vor allem witterungs-

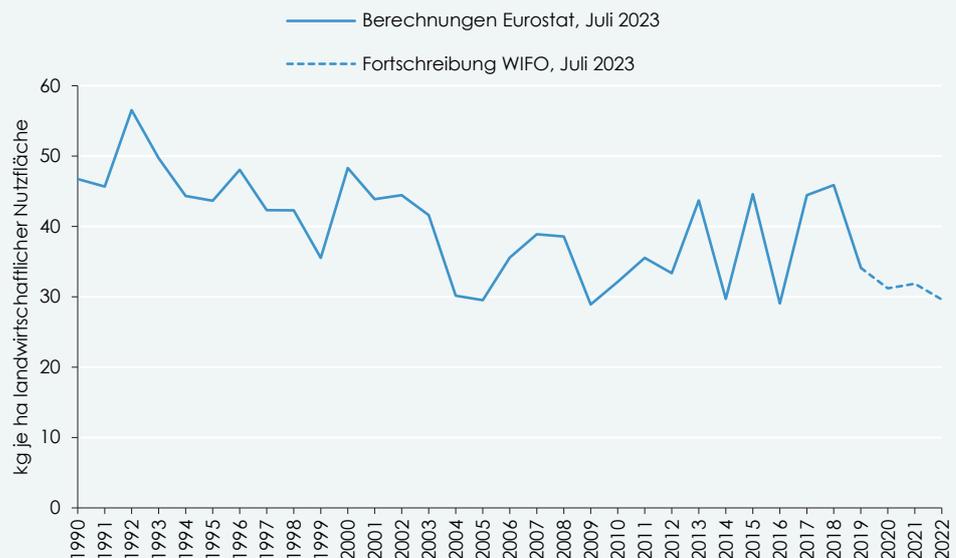
bedingt sind (Abbildung 13). Vor dem Hintergrund des Nachfrageanstiegs durch eine wachsende Bevölkerung und ohne eine nachfrageseitige Veränderung im Ernährungsverhalten trägt die heimische Landwirtschaft somit immer weniger zur Ernährungssicherheit bei.

Abbildung 13: **Produktion von wirtschaftlich nutzbarer Biomasse durch die Landwirtschaft in Österreich**



Q: WIFO-Berechnungen auf Basis von Buchgraber et al. (2003); DLG Futterwerttabelle; Resch (2007). Stroh ist ein Nebenprodukt der Getreideerzeugung (ohne Mais); unterstellt wird ein einheitliches Korn-Stroh-Verhältnis von 1 : 0,9. Verlustfaktoren Futterwirtschaft gemäß Buchgraber et al. (2003), Versorgungsbilanzen laut Statistik Austria (2023b).

Abbildung 14: **Stickstoffbilanz**



Q: Eurostat, Bruttonährstoffbilanz 1990-2019 (Daten abgerufen am 18. 8. 2023, Datenstand 21. 7. 2023); WIFO-Berechnungen. Die Daten wurden bis 2012 vom Umweltbundesamt anhand der OECD-Methode ermittelt. Die Methoden von Eurostat und OECD unterscheiden sich im Hinblick auf die erfassten Flächen und Quellen (z. B. atmosphärische Deposition). Erläuternde Hinweise liefern Kletzan-Slamanič et al. (2014).

Für die Produktion von Biomasse, die als Lebens- und Futtermittel bzw. als Rohstoff für industrielle Anwendungen dient, ist Stickstoff als wesentlicher Bestandteil von Proteinen unerlässlich. Mit der Abfuhr des Erntegutes wird dem Boden Stickstoff entzogen, dessen

Ersatz durch Stickstoffdünger eine Voraussetzung für hohe Erträge von Nutzpflanzen ist. Dazu stehen der Landwirtschaft leicht lösliche mineralische Dünger und organische Dünger (z. B. Wirtschaftsdünger, Kompost) zur Verfügung. Stickstoff ist aber auch eine

Quelle von Treibhausgasen. Nährstoffe, die von Pflanzen nicht aufgenommen werden, können ins Grundwasser gelangen oder in Gasform in die Atmosphäre entweichen.

Die Stickstoffbilanz gemäß der von der OECD entwickelten und von Eurostat modifizierten Methode (Abbildung 14) berücksichtigt neben Düngemitteln auch die Synthese von Luftstickstoff durch das Wurzelsystem mancher Pflanzen (insbesondere Leguminosen) und die atmosphärische Deposition. Die Summe der Nährstoffmengen aller Stickstoffquellen wird dem Entzug durch das Erntegut gegenübergestellt. Bei einer positiven Bilanz

wurde dem landwirtschaftlichen Kreislauf mehr Stickstoff zugeführt als entzogen. Mit steigendem Bilanzüberschuss steigt die Gefahr unerwünschter Einträge ins Grundwasser oder von Treibhausgasemissionen. Die jährlichen Schwankungen sind einerseits durch den zum Zeitpunkt der Düngung noch nicht absehbaren Nährstoffbedarf von Nutzpflanzen begründet. Andererseits erfasst die Statistik die am Markt abgesetzten und nicht die tatsächlich ausgebrachten Mengen. Insgesamt ist die Menge an ausgebrachtem Stickstoffdünger seit 1990 leicht rückläufig – ein Trend, der sich auch in der Stickstoffbilanz abzeichnet.

Stickstoff(-dünger) ist notwendig für die Erzeugung von Biomasse und die Erzielung von hohen Erträgen, gleichzeitig aber auch eine bedeutende Quelle von Treibhausgasen.

3. Sonderthema: Umsetzung des "Fit for 55"-Pakets

3.1 Vorschläge der Europäischen Kommission zur Erreichung der Klimaneutralität in der EU

Mit dem Europäischen Green Deal (Europäische Kommission, 2019) setzten sich die EU-Mitgliedsländer die Vorgabe, bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen. 2021 wurde dieses Ziel im Europäischen Klimagesetz (Europäische Kommission, 2021c) verpflichtend festgeschrieben, mit dem Zwischenziel, bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 55% zu verringern.

Im Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 legte die Europäische Kommission (2020) im Juli 2021 mit dem "Fit for 55"-Paket (Europäische Kommission, 2021a) ein umfassendes Bündel an Legislativvorschlägen zur Reduktion der Treibhausgase um 55% bis 2030 vor. Es sieht neben einer Novellierung der geltenden Energie- und Klimagesetzgebung auch die Einführung neuer Rechtsvorschriften vor (für einen Überblick siehe Kettner & Feichtinger, 2021).

Um die langfristige Herausforderung des Klimawandels zu bewältigen und das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, umfasst das Legislativpaket eine breite Palette an politischen Instrumenten, darunter:

- Instrumente der Bepreisung von Treibhausgasen,
- Instrumente zur Festsetzung von Zielvorgaben sowie
- Standards und unterstützende Maßnahmen.

Unabhängig vom politischen Instrument stellen der enge Zeithorizont bis 2030 und das ehrgeizige Emissionsreduktionsziel große Herausforderungen für die Umsetzung dar und setzen den Rahmen für langfristige strukturelle Veränderungen.

Die im "Fit for 55"-Paket vorgeschlagenen Richtlinien und Verordnungen befinden sich mittlerweile in unterschiedlichen Stadien des

Gesetzwerdungsprozesses. Eine Dynamik hat die Diskussion zudem durch die Energiekrise infolge des Ukraine-Krieges erhalten. Dies spiegelt sich im "REPower-EU"-Plan (Europäische Kommission, 2022). Darin schlug die Kommission ausgehend vom "Fit for 55"-Prozess u. a. eine Erhöhung des Energieeffizienzziels für 2030 von 9% auf 13% vor und hob insbesondere die Potenziale der Gebäude-Richtlinie und der Ökodesign-Richtlinie zur Verbesserung der Energieeffizienz hervor. Um den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu beschleunigen, wurde eine Anhebung des Anteils erneuerbarer Energieträger vom vereinbarten 40%-Ziel auf 45% bis zum Jahr 2030 vorgeschlagen. Die Zielerreichung soll durch eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Ausweisung bevorzugter Gebiete für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen, sogenannter "go-to"-Gebiete, erleichtert werden.

3.2 Umsetzungsfortschritte zum "Fit for 55"-Paket

Übersicht 2 fasst die im "Fit for 55"-Paket enthaltenen Maßnahmen, die ursprünglichen Zielvorgaben, den Verhandlungsstand im August 2023 sowie den aktuellen Stand im Gesetzwerdungsprozess zusammen.

3.2.1 Preisbasierte Instrumente

EU-Emissionshandel – bestehendes System

Im Mai 2023 wurde eine umfangreiche Revision des EU-Emissionshandels (EU-ETS) beschlossen (Europäische Kommission, 2023b). Zu den wesentlichen Neuerungen zählt ein höheres Emissionsreduktionsziel von 62% bis 2030 (gegenüber dem Ausstoß von 2005), womit das im "Fit for 55"-Paket ursprünglich vorgeschlagene Ziel um 1 Prozentpunkt angehoben wurde. Damit einhergehend wurde der lineare Reduktionsfaktor für die Periode 2024/2027 auf 4,3% und für die Periode 2028/2030 auf 4,4% angepasst. Die Marktstabilitätsreserve soll Ungleichgewichte zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten ausgleichen. Es be-

Die im "Fit for 55"-Paket vorgesehenen Instrumente sollen die Erreichung der Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts sicherstellen.

Trotz der Energiekrise hält die EU an der Umsetzung des "Fit for 55"-Pakets fest.

steht die Möglichkeit, Zertifikate endgültig zu löschen, wenn mehr als 400 Mio. Stück in der Marktstabilitätsreserve gehalten werden. Damit sollten die noch immer bestehenden hohen Überschüsse an Zertifikaten auf dem Markt bald abgebaut sein. Die Seeschifffahrt soll ab 2024 schrittweise in den Emissionshandel einbezogen werden. Zudem ist ein allmählicher Abbau der Gratiszuteilung von Zertifikaten im Zeitraum 2026/2034 vorgesehen, einhergehend mit der Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Auktionserlöse sollen über den Innovation Fund die Transformation der emissionsintensiven Industrie beschleunigen.

EU-Emissionshandel – separates System für Gebäude und Straßenverkehr

Zusätzlich zur Reform des bestehenden Emissionshandelssystems wird ein zweites System (ETS 2) für die Bereiche Gebäude, Verkehr und andere Sektoren (vor allem weniger emissionsintensive Industriezweige) eingeführt. Die Vorbereitungen beginnen 2025. Als Allokationsmechanismus wurde eine Auktionsierung von Zertifikaten bestimmt. Operativ wirksam wird das ETS 2 im Jahr 2027, bei einem jährlichen linearen Reduktionsfaktor von 5,38%. Sollte der Zertifikatspreis im ETS 2 zwei Monate in Folge 45 € überschreiten, soll das Angebot mit dafür vorgesehenen zusätzlichen Zertifikaten aus der Marktstabilitätsreserve aufgestockt werden. Die Auktionserlöse für Zertifikate des ETS 2 fließen in einen neu geschaffenen Klimasozialfonds. Die Mittel sollen dazu dienen, von der CO₂-Bepreisung besonders betroffene Privathaushalte und Unternehmen zu unterstützen und Härtefälle zu vermeiden.

CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM)

Um dem Risiko einer Verlagerung von Emissionen ins Ausland zu begegnen, wird ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus geschaffen. Er tritt mit einer Transitionsphase im Oktober 2023 in Kraft und betrifft die Sektoren Zement, Aluminium, Düngemittel, Elektrizität, Wasserstoff, Eisen und Stahl sowie einige Vorproduktbranchen. In der Transitionsphase sind keine Zahlungen vorgesehen. Mit der Aktivierung des regulären Systems ab 2026 sind Importeure von Produkten der regulierten Sektoren zum Kauf und zur Abgabe von CBAM-Zertifikaten verpflichtet. Der Zertifikatspreis richtet sich nach den durchschnittlichen wöchentlichen Auktionspreisen des EU-Emissionshandels (Europäische Kommission, 2023e).

3.2.2 Instrumente zur Festsetzung von Zielvorgaben

Erneuerbare-Energien-Richtlinie

Mit der Revision der Richtlinie für erneuerbare Energien (RED III; Europäischer Rat,

2021d) wurden die Ziele der bisherigen Fassung (RED II; Europäische Kommission, 2018a) angehoben. Das neue verbindliche Ziel ist ein Anteil von 42,5% erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch der EU 27 bis zum Jahr 2030 (Europäischer Rat, 2023c). Dies entspricht einer deutlichen Erhöhung gegenüber der bisherigen Fassung (32%), aber auch gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag (40%).

Gemäß der vorläufigen Einigung zwischen Rat und Parlament werden die Mitgliedsländer darüber hinaus angehalten, den Anteil bis 2030 auf 45% zu steigern. Zusätzlich soll jedes Mitgliedsland ein indikatives Ziel für innovative erneuerbare Energietechnologien setzen, auf die bis 2030 mindestens 5% der neu installierten Kapazität für erneuerbare Energien entfallen sollen.

LULUCF-Verordnung

Die EU-Verordnung zu Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF-Verordnung) regelt die Umwandlung, Nutzung und Bewirtschaftung von Landflächen und Wäldern und die damit verbundenen Emissionen. Der Sektor fungiert als Kohlenstoffsenke. Er absorbiert mehr CO₂ aus der Atmosphäre als er emittiert. Die im "Fit for 55"-Paket vorgeschlagene Überarbeitung der bisherigen Verordnung (Europäische Kommission, 2018b) wurde im April 2023 beschlossen. Sie sieht einen Abbau von 310 Mio. t CO₂-Äquivalenten (statt bisher 225 Mio. t) bis 2030 vor (Europäische Kommission, 2023d). Dies entspricht knapp 9% des gesamten Treibhausgasausstoßes der EU 27 von 2021 (Europäische Umweltagentur, 2023).

Lastenteilungsverordnung und Energieeffizienzrichtlinie

Weiters wurden im März 2023 die Lastenteilungsverordnung sowie die Energieeffizienzrichtlinie aktualisiert: Erstere legt Emissionsziele für Sektoren fest, die nicht vom EU ETS erfasst sind, wie der Verkehrssektor, Gebäude, die Landwirtschaft, die Abfallwirtschaft und kleine Gewerbebetriebe. Das von der Kommission vorgeschlagene Ziel einer Reduktion der Treibhausgase um 40% gegenüber 2005 wurde bekräftigt (Europäische Kommission, 2023f). Mit der aktualisierten Energieeffizienzrichtlinie soll der End- und Primärenergiebedarf bis 2030 im Vergleich zur Prognose von 2020 um 11,7% gesenkt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Mitgliedsländer angehalten, ihre Energieeinsparungen von 2024 bis 2030 jährlich zu steigern. Der öffentliche Sektor soll als Vorbild fungieren und unterliegt gesonderten Vorgaben, etwa der Verpflichtung, jährlich 3% der Gebäudefläche zu renovieren (Europäischer Rat, 2023a).

Für nahezu alle Gesetzesentwürfe des "Fit for 55"-Pakets liegen bereits politische Einigungen und finale Gesetzestexte vor. Die Verhandlungsergebnisse sind tendenziell ambitionierter als die ursprünglichen Vorschläge.

Übersicht 2: Vorgeschlagene und beschlossene Ziele des "Fit for 55"-Pakets

Instrument	Ziele des Entwurfs	Aktueller Stand	Zeitpunkt der letzten Änderung	Quelle
Preisbasierte Instrumente				
Emissionshandelssystem				
Revision und ambitioniertere Ziele des bestehenden Emissionshandels und Ausweitung auf den Seeverkehr	Emissionsreduktion um 61% im Vergleich zu 2005, Anpassung des linearen Reduktionsfaktors auf 4,2% p. a.; Ausweitung auf den Seeverkehr	Emissionsreduktion um 62% im Vergleich zu 2005 Seeverkehr: schrittweise Einführung 2024 bis 2026	Verabschiedet April 2023	1)
Überarbeitung der Marktstabilitätsreserve			Verabschiedet April 2023	1)
			Beschluss März 2023	2)
Einführung eines separaten Emissionshandels für Straßenverkehr und Gebäude	Neues Emissionshandelssystem für Straßenverkehr und Gebäude: Vorbereitungsphase ab 2025, Abgabe der Zertifikate ab 2026	Einführung ab 2027 Preisobergrenze 45 € je t CO ₂	Verabschiedet April 2023	1)
Einführung Klima-Sozialfonds			Verabschiedet April 2023	3)
Einführung eines neuen CO ₂ -Grenzausgleichssystems (CBAM)	Importeure kaufen Emissionszertifikate für in der Produktion entstandenen Emissionen, Preis wie im Emissionshandelssystem	Schrittweise Einführung Kostenlose Zuteilung endet bis 2034	Verabschiedet April 2023	4)
Aktualisierung der Energiebesteuerungsrichtlinie	Mindeststeuersatz auf den Energiegehalt Keine Unterscheidung zwischen Arten der Verwendung Kontinuierliche Anpassung des Mindeststeuersatzes	Keine Änderung und kein Fortschritt gegenüber dem Vorschlag zur Aktualisierung der Energiebesteuerungsrichtlinie		5)
Zielvorgaben				
Aktualisierung der Lastenteilungsverordnung	Emissionsreduktion um 40% bis 2030 im Vergleich zu 2005	Emissionsreduktion um 40% bis 2030 im Vergleich zu 2005	Verabschiedet März 2023	6)
Aktualisierung der Verordnung über Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft	EU-Ziel Nettoreduktion von Treibhausgasen um mindestens 310 Mio. t CO ₂ -Äquivalente bis 2030	EU-Ziel Nettoreduktion von Treibhausgasen um mindestens 310 Mio. t CO ₂ -Äquivalente bis 2030	Verabschiedet April 2023	7)
Aktualisierung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie	Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energieträger am Endverbrauch auf 40% bis 2030	Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energieträger auf 42,5% mit zusätzlicher indikativer Steigerung auf 45%	Vorläufige Einigung März 2023	8)
Aktualisierung der Energieeffizienzrichtlinie	Reduktion des End- und Primärenergiebedarfs um 9% gegenüber dem jetzigen Ziel auf 786 bzw. 1.023 Mio. t Öleinheiten	Reduktion des End- und Primärenergiebedarfs um 11,7% gegenüber der Prognose 2020 auf 763 bzw. 993 Mio. t Öleinheiten	Verabschiedet Juli 2023	9)
Standards und unterstützende Maßnahmen				
Verschärfung der CO ₂ -Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge	Neuzulassungen müssen ab 2035 emissionsfrei sein	Neuzulassungen müssen ab 2035 emissionsfrei sein – Verwendung von E-Fuels ist möglich	Verabschiedet März 2023	10)
Aufbau der Infrastruktur für die Nutzung alternativer Kraftstoffe	Rascherer Aufbau von Schnellladepunkten für Elektrofahrzeuge an den wichtigsten Verkehrskorridoren	Rascherer Aufbau von Schnellladepunkten für Elektrofahrzeuge an den wichtigsten Verkehrskorridoren	Verabschiedet Juli 2023	11)
"ReFuelEU": Förderung nachhaltiger Flugkraftstoffe	Verringerung des ökologischen Fußabdrucks des Luftverkehrs	Flugkraftstoff muss ab 2025 einen Mindestanteil an nachhaltigen und ab 2030 einen Mindestanteil an synthetischen Kraftstoffen enthalten, der bis 2050 schrittweise angehoben wird.	Vorläufige Einigung April 2023	12)
"FuelEU": Förderung umweltfreundlicherer Schiffskraftstoffe	Reduktion der Treibhausgasintensität des Schiffsverkehrs um bis zu 75% bis 2050	Reduktion der Treibhausgasintensität des Schiffsverkehrs um bis zu 75% bis 2050	Verabschiedet Juli 2023	13)
Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden	Neue Gebäude dürfen ab 2030, bestehende Gebäude ab 2050 keine Emissionen mehr verursachen	Ab 2028 dürfen Neubauten im öffentlichen Eigentum keine Emissionen mehr verursachen. Für bestehende Nicht-Wohngebäude gelten Schwellenwerte für die Gesamtenergieeffizienz.	Allgemeine Ausrichtung Rat Oktober 2022	14)

Q: WIFO-Darstellung. – 1) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-9-2023-INIT/en/pdf>. – 2) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-5-2023-INIT/en/pdf>. – 3) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-11-2023-INIT/en/pdf>. – 4) <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R0956&qid=1693834127526>. – 5) <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0563>. – 6) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-72-2022-INIT/en/pdf>. – 7) <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2023/839/oj>. – 8) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10488-2022-INIT/en/pdf>. – 9) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10697-2022-INIT/en/pdf>. – 10) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-66-2022-INIT/en/pdf>. – 11) [https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/04-26/TRAN_LA\(2023\)003058_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/04-26/TRAN_LA(2023)003058_EN.pdf). [https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2021_0223\(COD\)&l=en](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2021_0223(COD)&l=en). – 12) [https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/06-16/TRAN_LA\(2023\)003926_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/06-16/TRAN_LA(2023)003926_EN.pdf). – 13) [https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/04-26/TRAN_LA\(2023\)003055_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/04-26/TRAN_LA(2023)003055_EN.pdf). – 14) <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13280-2022-INIT/en/pdf>. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13280-2022-COR-1/en/pdf>.

3.2.3 Standards und unterstützende Maßnahmen

Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge

Durch die Verordnung (Europäische Kommission, 2023g) wurden die CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge festgelegt. Bis 2035 sollen nur noch emissionsfrei betriebene Neuwagen auf den Markt gebracht werden. Abweichend vom Legislativentwurf werden in der im März 2023 verabschiedeten Fassung auch E-Fuels als Treibstoffe zugelassen. Die Details dazu werden in einem in Ausarbeitung befindlichen Delegierten Akt geregelt, gegen den sich das Europäische Parlament theoretisch noch aussprechen könnte.

"ReFuelEU" und "FuelEU" – nachhaltigere Flug- bzw. Schiffskraftstoffe

Die beiden Verordnungen legen Vorgaben für die schrittweise Dekarbonisierung der Luft- bzw. Schifffahrt vor. Gemäß der vorläufigen Einigung vom April 2023 sollen Flugkraftstoffe ab 2025 einen Mindestanteil an nachhaltigen Kraftstoffen und ab 2030 auch einen Mindestanteil an synthetischen Kraftstoffen enthalten. Die Anteile sollen bis 2050 schrittweise auf 70% bzw. 35% angehoben werden (Europäisches Parlament, 2023). Diese Zielwerte sind ambitionierter als der ursprüngliche Kommissionsvorschlag (Europäische Kommission, 2021e). In der Schifffahrt soll laut der im Juli 2023 verabschiedeten Verordnung (Europäische Kommission, 2023a) die Treibhausgasintensität bis 2050 abgestuft um bis zu 75% gesenkt werden,

u. a. durch den Einsatz nachhaltiger Treibstoffe, aber auch durch eine verpflichtende Landstromversorgung (Europäische Kommission, 2023a).

Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Die geplante Aktualisierung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Europäischer Rat, 2023b) sieht vor, dass Neubauten bis 2030 emissionsfrei sein müssen. Weiters sind Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz verpflichtend. Bis 2050 soll der gesamte Gebäudebestand in der EU emissionsfrei und vollständig dekarbonisiert sein. Der Hebel dafür sind Mindestnormen für die Gesamtenergieeffizienz. Die allgemeine Ausrichtung des Rates vom Oktober 2022 sieht überdies die Verpflichtung vor, neue Gebäude der öffentlichen Hand ab 2028 als Nullemissionsgebäude zu errichten. Für bestehende Nicht-Wohngebäude wurden zudem Schwellenwerte für die Gesamtenergieeffizienz für 2030 und 2034 festgelegt.

3.3 Fazit

Entgegen den Befürchtungen, die Energiekrise im Gefolge des Ukraine-Krieges werde die Klimaschutzziele der EU in den Hintergrund drängen, wurde bis Sommer 2023 die Mehrzahl der Legislativvorschläge des "Fit for 55"-Pakets mit zum Teil verschärften Zielsetzungen beschlossen. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird die erfolgreiche Umsetzung der beschlossenen Rechtsakte sein, um die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.

4. Literaturhinweise

Buchgraber, K., Resch, R., & Blashka, A. (2003). Entwicklung, Produktivität und Perspektiven der österreichischen Grünlandwirtschaft. In Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Hrsg.), 9. Alpenländisches Expertenforum, 27.-28. März 2003 (S. 9-18).

Europäische Kommission (2018a). *Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.*

Europäische Kommission (2018b). *Verordnung (EU) 2018/841 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 und des Beschlusses Nr. 529/2013/EU.*

Europäische Kommission (2019). *Der europäische grüne Deal.* Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. COM(2019) 640 final.

Europäische Kommission (2020). *Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 (Europäisches Klimagesetz).* COM(2020) 563 final.

Europäische Kommission (2021 a). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. "Fit für 55": auf dem Weg zur Klimaneutralität – Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030.* COM(2021) 550 final.

Europäische Kommission (2021b). *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz (Neufassung).* COM(2021) 558 final.

Europäische Kommission (2021c). *Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 ("Europäisches Klimagesetz").*

Europäische Kommission (2021 d). *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parla-*

ments und des Rates im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates. COM(2021) 557 final.

Europäische Kommission (2021e). *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr*. COM/2021/561 final.

Europäische Kommission (2022). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den europäischen Rat, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen*. REPower-EU-Plan. COM(2022) 230 final.

Europäische Kommission (2023a). *Regulation (EU) 2023/... of the European Parliament and the Council of ... on the use of renewable and low-carbon fuels in maritime transport, and amending Directive 2009/16/EC*. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-26-2023-INIT/en/pdf>.

Europäische Kommission (2023b). *Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und des Beschlusses (EU) 2015/1814 über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union*.

Europäische Kommission (2023c). *Directive (EU) 2023/ ... of the European Parliament and of the Council of ... on energy efficiency and amending Regulation (EU) 2023/955*. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-15-2023-INIT/en/pdf>.

Europäische Kommission (2023d). *Verordnung (EU) 2023/839 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/841 hinsichtlich des Geltungsbereichs, der Vereinfachung der Berichterstattungs- und Compliance-Vorschriften und der Festlegung der Zielvorgaben der Mitgliedstaaten für 2030 sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 hinsichtlich der Verbesserung der Überwachung, der Berichterstattung, der Verfolgung der Fortschritte und der Überprüfung*.

Europäische Kommission (2023e). *Verordnung (EU) 2023/956 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems*.

Europäische Kommission (2023f). *Verordnung (EU) 2023/857 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/842 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999*.

Europäische Kommission (2023g). *Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/631 im Hinblick auf eine Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Einklang mit den ehrgeizigeren Klimazielen der Union*.

Europäisches Parlament (2023). *Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council on ensuring a level playing field for sustainable air transport (ReFuelEU Aviation)*. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/06-16/TRAN_LA\(2023\)003926_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/commissions/tran/lcag/2023/06-16/TRAN_LA(2023)003926_EN.pdf).

Europäischer Rat (2023a). *Erneuerbare-Energien-Richtlinie: Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung*. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/30/council-and-parliament-reach-provisional-deal-on-renewable-energy-directive/>.

Europäischer Rat (2023b). *"Fit für 55": Rat einigt sich auf strengere Vorschriften für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden*. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/25/fit-for-55-council-agrees-on-stricter-rules-for-energy-performance-of-buildings/>.

Europäische Umweltagentur (2023). *EEA greenhouse gases – data viewer*. <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/data-viewers/greenhouse-gases-viewer>.

Kettner, C., & Feichtinger, G. (2021). *Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU*. *WIFO-Monatsberichte*, 94(9), 665-677. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67993>.

Kletzan-Slamanić, D., Sinabell, F., Pennerstorfer, D., Böhs, G., Schönhart, M., & Schmid, E. (2014). *Ökonomische Analyse 2013 auf der Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie*. WIFO, BOKU. <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/50929>.

Meyer, I., Sinabell, F., Streicher, G., Spiegel, H., & Bohner, A. (2023). *Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen*. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 189-199. <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70702>.

Österreichisches Statistisches Zentralamt (1992). *Land- und Forstwirtschaftliche Betriebszählung 1990, Teil Landwirtschaft*. Österreichische Staatsdruckerei.

Resch, R. (2007). *Neue Futterwerttabellen für den Alpenraum*. 34. Viehwirtschaftliche Fachtagung, Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft.

Statistik Austria (2022a). *Nutzenergieanalyse 1995-2021*.

Statistik Austria (2022b). *Energiebilanz Österreich 1970-2021*.

Statistik Austria (2022c). *Agrarstrukturserhebung 2020*.

Statistik Austria (2023a). *Demographisches Jahrbuch 2021*. Verlag Österreich GmbH.

Statistik Austria (2023b). *Versorgungsbilanzen für pflanzliche Produkte 2021/22*. *Statistik im Fokus* 1.27.

Statistik Austria (2023c). *Vorläufige Energiebilanz Österreich 2022*.

Umweltbundesamt (2023a). *Austria's National Inventory Report 2023. Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protocol*.

Umweltbundesamt (2023b). *Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2022*.

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

12/2023 Economic Sentiment Deteriorates. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of July 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

The results of the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) in July show a significant deterioration of economic assessments across all sectors. Economic assessments and expectations were particularly sceptical in manufacturing. Capacity utilisation declined in all sectors. In the total economy, as in previous quarters, the "shortage of labour force" was the most important obstacle to business activity, although "insufficient demand" increased further in importance. Sales price expectations continue to show a downward trend.

September 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71083>

Frühere Ausgaben

11/2023 Digitalisation in Austria: Progress and Significance of Digital Platform Work

Julia Bock-Schappelwein, Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

Juli 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70897>

10/2023 Weak Growth Amid High Uncertainty. Economic Outlook for 2023 and 2024

Christian Glocker, Marcus Scheiblecker

Juli 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70852>

9/2023 Heterogeneous Development of Economic Assessments. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Juni 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70817>

8/2023 Upswing on the Labour Market Continued in 2022

Stefan Angel, Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel

Juni 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70808>

7/2023 Geopolitical Tensions, Energy Crisis and Inflation Shape Economic Activity. The Austrian Economy in 2022

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

Juni 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70807>

6/2023 Economic Recovery to set in in the Second Half of 2023. Economic Outlook for 2023 and 2024

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

April 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70740>

5/2023 Austrian Industrial Production in a Country Comparison

Marcus Scheiblecker

April 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70718>

4/2023 Business Location Quality and Trust in Public Institutions. Executive Opinion Survey 2022

Michael Peneder, Hans Pitlik, Alexandros Charos

April 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/70717>

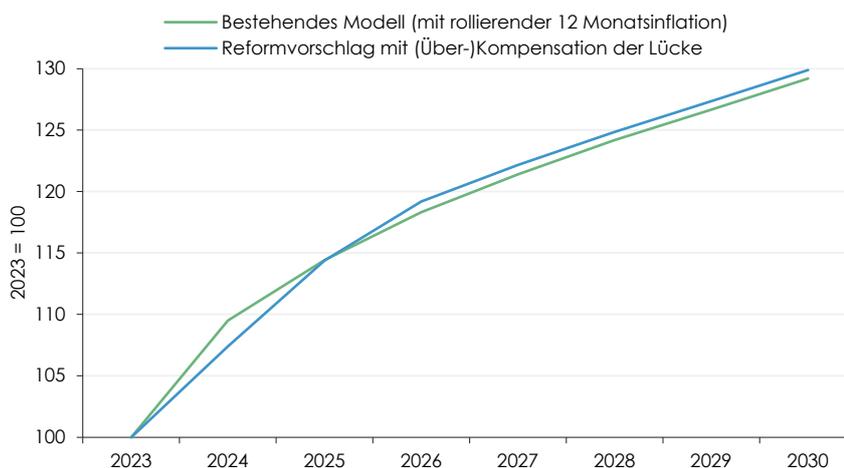
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_reports_on_austria

Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

Gabriel Felbermayr, Benjamin Bittschi, Josef Baumgartner

- Österreich weist gegenüber seinen Handelspartnern seit Mitte 2022 eine deutlich höhere Inflation auf; die für die Herbstlohnrunde maßgebliche rollierende Inflation liegt bei 9,5%.
- Gleichzeitig stehen weite Teile der österreichischen Volkswirtschaft in einer Rezession und die meisten Indikatoren deuten nicht auf eine schnelle Besserung hin.
- Die Reallohne sind in den letzten beiden Jahren gesunken, weil die Lohnsteigerungen hinter der Inflation zurückblieben.
- Zur Abmilderung der Herausforderungen in den Lohnverhandlungen wird ein Umstieg von der rollierenden auf die laufende Inflation laut VPI vorgeschlagen, verbunden mit einer Kompensation für die Arbeitnehmer:innen in den Folgejahren.
- Zudem sollten Einmalzahlungen stärker genutzt werden, insbesondere bei Beschäftigten, die ein Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage erzielen.
- Als zusätzliche Orientierungsgröße für die Produktivitätsentwicklung könnte die nominelle sektorale Bruttowertschöpfung dienen.

Übergang von rollierender zu aktueller Inflation in Lohnformel: Ein Beispiel



"Ein Umstieg von der rollierenden zur laufenden Inflation, verbunden mit einer Kompensation für die Beschäftigten, sowie eine gezielte Nutzung von Einmalzahlungen machen es möglich, einerseits die reale Lohnentwicklung zu stützen und andererseits die Inflationsspitzen abzumildern.

Durch einen Umstieg von der rollierenden zur laufenden Inflation, verbunden mit einer Kompensation für die Beschäftigten, würde die Inflationsspitze der rollierenden Inflation gedämpft und langfristig ein höherer Lohnpfad erreicht (Q: WIFO-Darstellung. Nominallöhne).

Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

Gabriel Felbermayr, Benjamin Bittschi, Josef Baumgartner

Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

Dieser Beitrag zeigt Lösungswege auf, wie in den Kollektivvertragsverhandlungen mit den aktuellen Herausforderungen umgegangen werden könnte, um einerseits die Real-löhne zu stützen und andererseits die hohe Inflation zu dämpfen. Zunächst wird die Inflationsentwicklung in Österreich mit jener im Euro-Raum verglichen. Anschließend werden die Beziehungen zwischen Löhnen und Preisen anhand der internationalen Literatur sowie die institutionellen Gegebenheiten für Lohnverhandlungen in Österreich beleuchtet. Als Änderungsvorschläge für die Lohnverhandlungen wird zunächst ein Umstieg von der rollierenden auf die laufende Inflation diskutiert, verbunden mit einer Kompensation für die Arbeitnehmer:innen. Anschließend wird auf die gezielte Nutzung von Einmalzahlungen eingegangen und als zusätzliche Orientierungsgröße für die Produktivitätsentwicklung auf die nominelle sektorale Bruttowertschöpfung verwiesen.

JEL-Codes: E31, J30, J31, J52 • **Keywords:** Inflation, Lohnverhandlungen, Reallöhne, Einmalzahlungen, nominelle sektorale Bruttowertschöpfung

Begutachtung: Stefan Schiman-Vukan, Christine Mayrhuber • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steininger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 10. 2023

Kontakt: Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at)

Collective Bargaining in Times of High Inflation

This article shows ways of dealing with the current challenges in collective bargaining in order to support real wage development on the one hand and to curb high inflation on the other. First, inflation developments in Austria are compared with those in the euro area. Then the relationship between income and prices is examined on the basis of the international literature as well as the institutional conditions for wage negotiations in Austria. Suggestions for changes in wage negotiations include a switch from rolling to current inflation, combined with compensation for employees, and then the targeted use of one-off payments. Finally, the nominal sectoral gross value added is referred to as an additional benchmark for productivity development.

1. Einleitung

Erstmals seit fast einem halben Jahrhundert erlebt die österreichische Volkswirtschaft derzeit eine Phase, in der die Inflation den einstelligen Bereich zeitweise klar überstiegen hat. Neu ist auch, dass Österreich im Vergleich zu seinen Handelspartnern seit Mitte 2022 eine deutlich höhere Inflation aufweist. Zwar entspannt sich die Lage seit dem Frühjahr 2023, die für die Herbstlohnrunde maßgebliche durchschnittliche Teuerungsrate der letzten 12 Monate ("rollierende Inflation") liegt jedoch bei 9,5%¹⁾. Gleichzeitig befinden sich weite Teile der österreichischen Volkswirtschaft bereits in einer Rezession und die meisten Indikatoren deuten nicht auf eine schnelle Besserung hin (Schiman-Vukan & Ederer, 2023). Die Real-löhne sind in den letzten beiden Jahren (teilweise stark) gesunken, weil die Lohnsteigerungen (deutlich) hinter der Inflation zurückblieben.

¹⁾ Die rollierende Inflationsrate wurde dabei als prozentuelle Veränderung der durchschnittlichen VPI-Indexwerte der letzten 12 Monate ermittelt. Würde

Es ist eine ökonomische Herausforderung, diese Verluste auszugleichen, ohne Arbeitsplätze zu gefährden bzw. die Inflation weiter zu verfestigen. Da die lohnpolitischen Entscheidungen der nächsten Monate für die weitere Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft von großer Bedeutung sind, will dieser Beitrag²⁾ Lösungswege aufzeigen, wie mit den Herausforderungen umgegangen werden kann. Die Zielsetzung ist dabei die Sicherung von Reallöhnen und Beschäftigung bei Berücksichtigung der hohen Heterogenität zwischen den einzelnen Branchen sowie eine möglichst rasche Rückkehr zu niedrigen Inflationsraten. Diese Ziele sollen zudem unter Beibehaltung der bisherigen "Spielregeln", d. h. einer Orientierung an der Benya-Formel auf Grundlage des Verbraucherpreisindex (VPI), erreicht werden, da andere Vorschläge wie z. B. ein Umstieg auf

man den Durchschnitt der letzten 12 Monatsinflationsraten verwenden, ergäbe sich ein Wert von 9,6%.

²⁾ Wir bedanken uns bei Klaus Neusser (IHS) für ausführliche Kommentare.

den BIP-Deflator oder Öffnungsklauseln für Kollektivverträge nach Ansicht der Autoren nicht sinnvoll oder nicht umsetzbar wären.

Die historisch hohe Inflation seit dem Jahr 2021 ist überall im Euro-Raum die Folge einer Doppelkrise: einerseits wirkt die COVID-19-Pandemie weiter nach, andererseits haben die Minderversorgung Europas mit russischem Erdgas ab dem Sommer 2021 und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine in vielen Bereichen empfindliche Preissteigerungen verursacht. Die Geldpolitik der EZB und anderer Zentralbanken blieb bis Anfang des Sommers 2022 äußerst akkommodierend, obwohl die Inflation schon vor Kriegsausbruch angezogen hatte. In einer ersten Phase stiegen vor allem die Preise von importierten Vorprodukten und Rohstoffen, allen voran von Energie. Neben dem direkten Effekt der Energiepreise wurden in der zweiten Phase die höheren Inputpreise auf die Verbraucherpreise für andere Güter und Dienstleistungen überwälzt. Aufgrund starker und/oder relativ preisunelastischer Nachfrage stiegen in einigen Branchen (Land- und Forstwirtschaft, Bau- und Energiewirtschaft) auch die Gewinnmargen. Durch explizite oder implizite Indexierung vieler Preise und Gebühren trieben die höheren Importpreise auch die inländischen Preise in Bereichen nach oben, in denen zunächst noch keine wesentlich erhöhten Kosten zu verzeichnen waren.

Hohe Inflationsraten, im Besonderen bei notwendigen Gütern (Nahrungsmittel, Wohnen, Energie), stellen vor allem einkommensschwache Haushalte vor finanzielle Probleme, da die Entwicklung der Löhne und Gehälter als wichtigster Einkommensquelle erst verzögert auf die Inflationsentwicklung reagiert. So lagen den Lohnverhandlungen im Herbst 2022 noch relativ moderate Inflationsraten zugrunde, wodurch die Inflation von September 2021 bis August 2022 (rollierende Inflation) mit 6,3% deutlich unter den laufenden Inflationsraten lag. Die Folge waren erhebliche Reallohnverluste im Jahr 2022, welche kurzfristig vor allem durch staatliche Transfers (z. B. Klima- und Anti-Teuerungsbonus) und auf längere Sicht auch durch steuerliche Erleichterungen wie den automatischen Ausgleich der kalten Progression und eine Ausweitung der Indexierung von Sozialleistungen abgemildert wurden.

Der derzeit laufenden Herbstlohnrunde der Metallindustrie liegen, wie angeführt, nochmals weit höhere Inflationsraten zugrunde. Diese persistent höheren Inflationsraten bedeuten für Österreich ein positives Inflations-

differenzial zu den wichtigsten Handelspartnern. Somit wird die Inflation, neben der finanziellen Belastung für die Haushalte, immer mehr zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem, weil sie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft vermindert. Ganz allgemein belasten hohe Inflationsraten das Wachstum, da Preissignale unklarer werden, die Unsicherheit steigt und wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen mit Nebenwirkungen einhergehen. Daher ist sich die wissenschaftliche Literatur einig, dass Inflationsraten um 2% optimal sind; deutlich höhere Raten sind volkswirtschaftlich schädlich und reduzieren den Wohlstand³).

Grundsätzlich ist für die Einhaltung der Inflationsziele die Geldpolitik und somit die Europäische Zentralbank (EZB) verantwortlich. Allerdings richtet die EZB ihre Politik nach der durchschnittlichen Inflationsrate im Euro-Raum aus; weicht die Inflation auf Länderebene über längere Zeit stark vom Durchschnitt ab, so besteht zusätzlich Handlungsbedarf für die nationale Fiskal-, Wettbewerbs- oder Regulierungspolitik. Anhaltend hohe Inflationsraten sind ein Zeichen für Versäumnisse in den genannten Bereichen, weshalb dort der Schwerpunkt entsprechender Gegenmaßnahmen liegen sollte. Viele Regierungen haben z. B. direkte preisdämpfende Maßnahmen ergriffen, insbesondere im Energiebereich, wie Senkungen von Steuern auf Energie und Nahrungsmittel, oder Preisregeln bzw. Subventionen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Solche Maßnahmen entfalten eine unmittelbare Wirkung auf die Inflationsraten. Österreich setzte hingegen vorrangig auf einkommensstützende Maßnahmen. Eine direkte Bekämpfung der Teuerung erfolgte lediglich durch die Einführung der Strompreisbremse sowie durch die Absenkung von Energiesteuern auf Strom und Gas und ein Aussetzen der von den Stromkund:innen zu entrichtenden Ökostromförderbeiträge.

Wenn die Versäumnisse jedoch struktureller Natur sind, können Verbesserungen zu lange dauern, um für eine unmittelbare Abmilderung der Inflation zu taugen⁴). Daher rücken nun zur Stabilisierung auch Bereiche in den Fokus, welchen üblicherweise keine Rolle in der Bekämpfung der Inflation zukommt, die jedoch Potenzial haben, eine unmittelbare Senkung der Inflationsrate herbeizuführen.

Durch den Schwerpunkt auf einkommensstützende Maßnahmen blieben die Inflationsraten in Österreich deutlich höher als in Ländern, die auf direkt preissenkende Maß-

³) Siehe dazu etwa Adam und Weber (2020) und die darin angeführte Literatur.

⁴) Strukturelle Probleme, die hohe Inflationsraten in Österreich begünstigen, liegen z. B. in der vielfach verschleppten energiepolitischen Wende (kritische Energieabhängigkeit von Russland, übermäßige umwelt-

schädliche Subventionen, die wiederum Zersiedelung befördern usw.), in vielfach ungenutzten Potenzialen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Bereich von Frauen mit Kinderbetreuungspflichten, sowie in einer im internationalen Vergleich unterausgestatteten Wettbewerbsbehörde.

nahmen gesetzt hatten⁵). Die hohe Inflation erzeugt gemeinsam mit dem wirtschaftlichen Abschwung große Herausforderungen, nicht zuletzt für die Tarifpartner. Vor diesem Hintergrund widmet sich dieser Beitrag insbesondere folgenden Fragen:

- Wie unterscheiden sich die Inflationsraten in Österreich von der Entwicklung im Euro-Raum?
- Inwieweit führen die zu erwartenden hohen nominellen Lohnsteigerungen zu einer Verfestigung der hohen Inflationsraten?
- Welche geeigneten Ansatzpunkte zum Umgang mit der hohen Teuerung bestehen im Rahmen der Lohnverhandlungen?

hen im Rahmen der Lohnverhandlungen?

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 2 erfolgen konzeptionelle Überlegungen zur Inflation sowie ein internationaler Überblick zur jüngsten Inflationsentwicklung. Kapitel 3 behandelt die Löhne. Dabei werden sowohl die institutionellen Gegebenheiten von Lohnverhandlungen in Österreich beschrieben als auch mögliche Überwälzungen der Löhne auf die Preise diskutiert. Kapitel 4 stellt einige Optionen für eine Anpassung der Lohnpolitik in Österreich vor und in Kapitel 5 werden die angestellten Überlegungen noch einmal zusammengefasst.

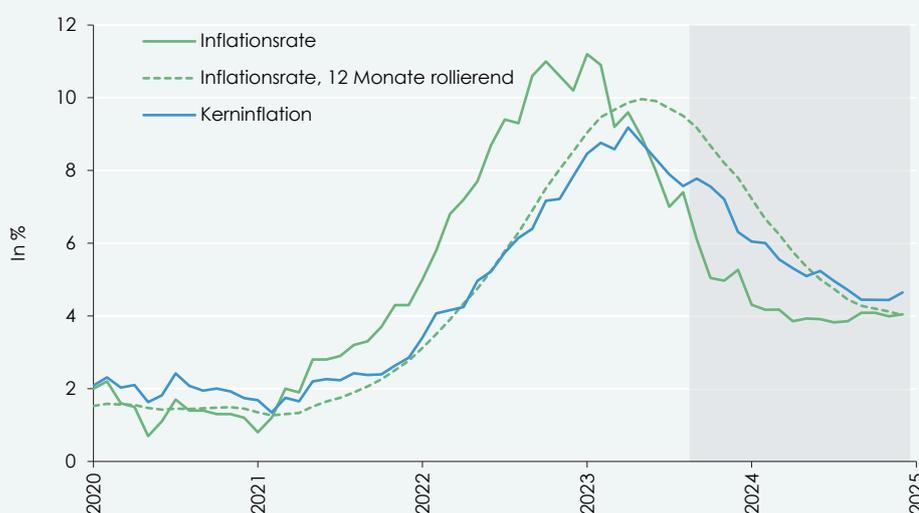
Die Inflation in Österreich beschleunigte sich ab dem Frühjahr 2021 und erreichte Ende 2022 bzw. Anfang 2023 ihren Höhepunkt.

2. Inflation: Konzepte, Ursachen, Vergleich mit dem Euro-Raum

Nach vielen Jahren relativ schwacher Inflation nahm die Steigerungsrate des nationalen Verbraucherpreisindex vom Frühjahr 2021 bis Oktober 2022 stetig zu. Danach verharrte sie bis Februar 2023 auf einem zweistelligen Niveau und nimmt seither vor allem wegen der Verbilligung von Mineralölprodukten wieder ab. Bis zum Jahresende 2023 rechnet das WIFO mit einem Rückgang auf 5% gegenüber dem Vorjahresmonat, für die Jahre 2023 und 2024 mit durchschnittlichen Inflationsraten von 7,7% bzw. 4% (Abbildung 1).

Abbildung 1 illustriert den Verlauf der rollierenden Inflation (Durchschnitt der Inflationsraten der letzten 12 Monate), die traditionell den Lohnverhandlungen, aber auch der Indexierung von Sozialleistungen oder Pensionen zugrunde liegt. In Zeiten steigender Inflation bleibt die rollierende Inflation deutlich hinter der laufenden Rate zurück. Die Arbeitnehmer:innen erleiden dadurch Reallohnverluste, während manche Unternehmen ihre Gewinne steigern können. Dieser Umstand setzt die Politik unter Druck, mit Steuermitteln Ausgleichsmaßnahmen einzuführen, die unter Umständen mehr schaden als nutzen.

Abbildung 1: Inflationsraten in Österreich (VPI)



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Graue Schattierung: Prognose.

Auffällig ist der Unterschied in der Dynamik zwischen der VPI-Gesamtinflation und der

Kerninflation, also der um volatile (internationale) Preise für Energie, Nahrungs- und Ge-

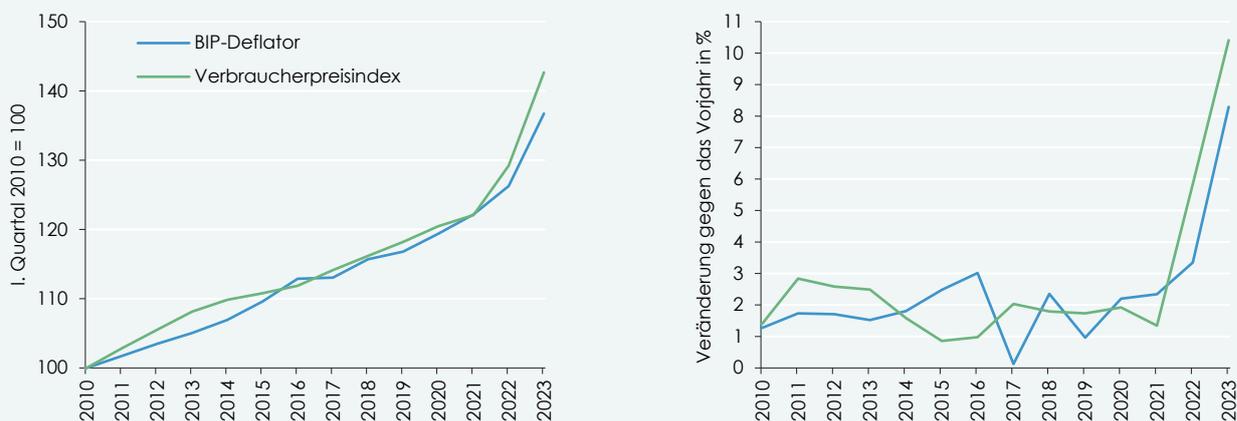
⁵ Gemäß den Prognosen des WIFO (Schiman-Vukan & Ederer, 2023) und der Europäische Kommission

(2023) wird Österreich auch 2024 zu den Euro-Ländern mit den höchsten Inflationsraten zählen.

nussmittel bereinigten Inflationsrate (Abbildung 1). Er macht deutlich, dass ein erheblicher Anteil der Inflation in Österreich zunächst importiert war; erst im Mai 2021 begann auch die Kerninflation, über die 2%-Marke zu steigen, lag jedoch bis Mai 2023 durchgehend unter der Gesamtinflation. Durch den Rückgang der Energiepreise (Mineralölprodukte) ergibt sich seit Juni 2023 ein umgekehrtes Bild, und die Kerninflation liegt über der Gesamtinflation. Dies dürfte in den nächsten Monaten so bleiben, da die Preisdynamik bei (arbeitsintensiven) Dienstleistungen stark von der Lohnentwicklung geprägt ist und die Lohnsteigerungen in Österreich – nicht zuletzt durch die höhere Teuerung in

der 2. Jahreshälfte 2022 – ab 2023 kräftiger ausfielen als im Euro-Raum. Die Überwälzung der importierten Inflation (insbesondere bei Energie) und der Arbeitskosten auf die Kerninflation bewirkt eine Verfestigung der Inflation, da die Preise der Komponenten der Kerninflation – industrielle Güter und Dienstleistungen – seltener angepasst werden und damit eine höhere Persistenz aufweisen (Baumgartner, 2006; Rumler et al., 2011). In Österreich war bzw. ist daher der Anstieg der Kerninflation ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern, wodurch die Gesamtinflation (Headline-Inflation) auch in den nächsten beiden Jahren höher bleiben dürfte als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Abbildung 2: Preisentwicklung des Verbrauchs der Inländer:innen und der Produktion im Inland in Österreich



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Tatsache, dass die Inflation in der Anfangsphase der Teuerungskrise weitgehend importiert war, führte zu großen Diskrepanzen der jährlichen Veränderungsrate des BIP-Deflators und des Verbraucherpreisindex (Abbildung 2). Diese beiden Preisindizes beziehen sich auf unterschiedliche Warenkörbe und beruhen auf unterschiedlichen Indexkonzepten. Der VPI gibt den durchschnittlichen Preis der von Inländer:innen konsumierten Waren und Dienstleistungen wieder⁶⁾. Der BIP-Deflator beschreibt dagegen die Preisentwicklung der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen. Wenn sich vor allem die Importe relativ zur heimischen Produktion stark verteuern, dann steigt der VPI schneller als der BIP-Deflator; wenn die Importe wieder billiger werden, gilt das Gegenteil. Die Veränderung des BIP-Deflators bestimmt auch den Verteilungsspielraum innerhalb einer Volkswirtschaft, denn er bezieht sich auf die im Inland erwirt-

schaftete Bruttowertschöpfung. Die Verbraucherpreisinflation hingegen misst die bei konstanten Nominallöhnen entstehende Minderung der Kaufkraft.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des harmonisierten VPI in Österreich und im Euro-Raum. Seit Jänner 2010 ist das Preisniveau in Österreich um 48% gestiegen, im Euro-Raum (einschließlich Österreich) lediglich um 36%. Dieser Vergleich ist wichtig, weil innerhalb einer Währungsunion keine Wechselkursveränderungen möglich sind, wie sie bei flexiblen Wechselkursen und einer Auseinanderentwicklung der Preisniveaus gemäß der Kaufkraftparitätentheorie erfolgen würden. Wenn die Lohnniveaus sich strikt am jeweiligen VPI orientieren würden (gegebenenfalls zuzüglich eines gleichen Produktivitätswachstumzuschlags), dann wären die Löhne in Österreich seit 2010 um 12,3 Prozentpunkte stärker gestiegen als im Euro-

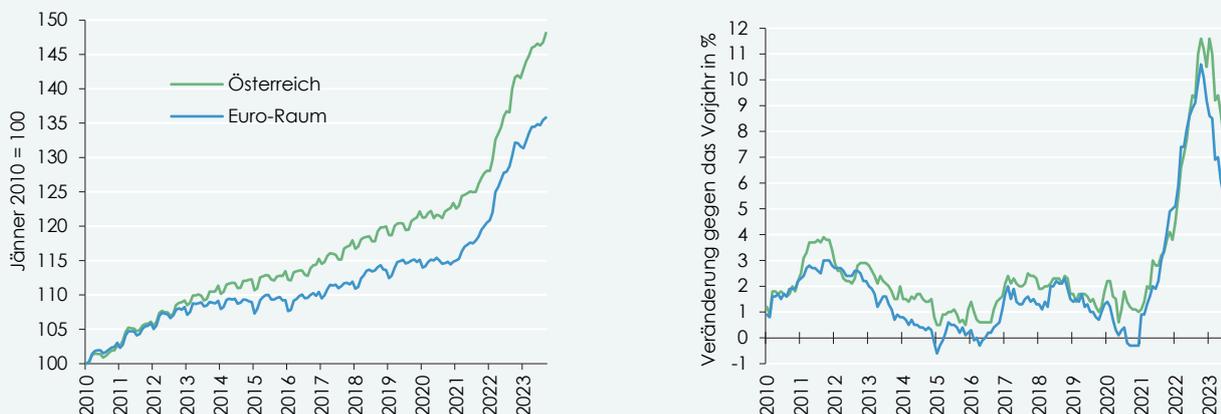
⁶⁾ Der österreichische VPI folgt dem Inländerprinzip, der (innerhalb der EU) harmonisierte VPI dem Inlandsprinzip. Daneben basiert der (H)VPI auf dem Laspeyres-Indexkonzept (mit konstanten Gewichten des Warenkorbes), der BIP-Deflator dagegen auf dem Paasche-Indexkonzept (mit variablen Gewichten). Der VPI deckt die Ausgaben der privaten Haushalte

ab, d. h. den privaten Konsum, wogegen der BIP-Deflator zusätzlich zum privaten Konsum auch die Preise der inländischen Wertschöpfung erfasst. In den BIP-Deflator gehen somit auch die Preisänderungen des öffentlichen Konsums, der Investitionen und der Exporte abzüglich der Importe ein.

Raum insgesamt⁷⁾. Würde man statt des VPI den BIP-Deflator als Preisreferenz verwenden (Abbildung 4), wäre der kumulierte Preisanstieg in Österreich um 11,7 Prozentpunkte höher ausgefallen als im Euro-Raum. Bei

flexiblen Wechselkursen entstünde Abwertungsdruck auf die Währung. Höhere Preise als im Ausland können zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen.

Abbildung 3: **Verbraucherpreise (HVPI) in Österreich und im Euro-Raum**



Q: Eurostat, Statistik Austria, WIFO-Darstellung.

Abbildung 4: **Preisentwicklung der inländischen Produktion in Österreich und im Euro-Raum**



Q: Eurostat, Statistik Austria, WIFO-Darstellung.

3. Löhne und Preise

3.1 Der Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen

Löhne sind ein bedeutender Einflussfaktor der Inflationsentwicklung. Einerseits sind sie in vielen Branchen ein wichtiger Bestandteil der Produktionskosten – steigen die Kosten, werden in der Regel auch die Preise angehoben. Andererseits beeinflussen die Löhne die Preise auch über die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Im Jahr 2021 betrug die konsumwirksamen Nettolöhne und -gehälter

117,0 Mrd. €, mehr als ein Viertel des BIP. Allerdings ist die Beziehung zwischen Löhnen und Preisen keine unmittelbare und kann durch verschiedene Faktoren abgeschwächt oder verstärkt werden (Deutsche Bundesbank, 2019).

Abbildung 5 veranschaulicht den Zusammenhang zwischen den Arbeitnehmerentgelten und der Preisentwicklung. Höhere Arbeitskosten führen zunächst zu steigenden

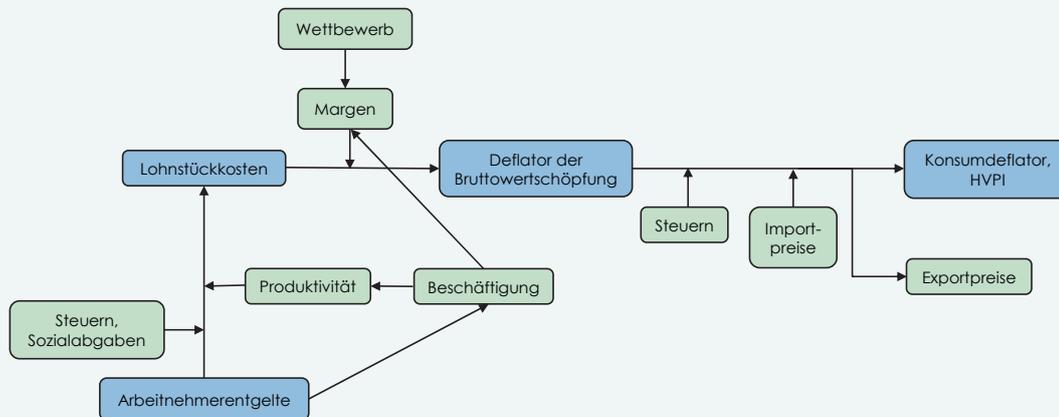
⁷⁾ Tatsächlich sind seit 2010 die Arbeitskosten pro Stunde in Österreich (+2,89% p. a.) deutlich stärker gestiegen als in den anderen Euro-Ländern (Ø +2,15%

p. a.) Ein ähnliches Bild zeigt der Vergleich des EZB-Wagetrackers für Tariflöhne ("negotiated wages") mit dem österreichischen Tariflohnindex.

Lohnstückkosten⁸⁾. Dieser Anstieg wird gedämpft, wenn steigende Löhne die Beschäftigungsnachfrage reduzieren, z. B. durch eine Konzentration auf profitablere Produkte. Bei steigenden Löhnen wird Kapital zudem relativ billiger und es entstehen Anreize zur Automatisierung, wodurch ebenfalls die Produktivität steigt. Ebenso ist eine Unterscheidung zwischen personal- und kapitalintensiven Branchen wichtig. Bei geringem Arbeitseinsatz sind auch Lohnkosten von untergeordneter Bedeutung. So liegt die Perso-

nalaufwandsquote in der österreichischen Gesamtwirtschaft bei 17% des Umsatzes (2021; Übersicht 1), schwankt allerdings zwischen 5% in der Energieversorgung und 41% im Bereich Erziehung und Unterricht. Der Umsatz aller Branchen addiert sich auf ein Vielfaches der gesamten Wertschöpfung (und mithin der Gesamtkosten) im Inland, weil die Verwendung von Outputs als Inputs in anderen Sektoren zu Doppelzählungen führt und ausländische Vorleistungen eingeschlossen sind.

Abbildung 5: Schematische Darstellung zum Zusammenhang von Löhnen und Preisen



Q: Deutsche Bundesbank (2019), WIFO-Darstellung.

Übersicht 1: Personalaufwandsquote nach Branchen ÖNACE-2008-Abschnitte

	Personalaufwand in % des Umsatzes	Personalaufwand in % der Bruttowertschöpfung
Bergbau	21	49
Herstellung von Waren	18	65
Energieversorgung	5	43
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	18	51
Bau	27	74
Handel	10	62
Verkehr	23	69
Beherbergung und Gastronomie	41	63
Information und Kommunikation	29	64
Finanz- und Versicherungsleistungen	20	50
Grundstücks- und Wohnungswesen	10	21
Freiberufliche und technische Dienstleistungen	29	58
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	39	65
Erziehung und Unterricht	41	67
Gesundheits- und Sozialwesen	31	48
Kunst, Unterhaltung und Erholung	29	58
Sonstige Dienstleistungen (ohne Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen)	35	56
Insgesamt	17	61

Q: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik 2021 (<https://www.statistik.at/statistiken/industrie-bau-handel-und-dienstleistungen/leistungs-und-strukturdaten>); WIFO-Berechnungen. Erstellt am 30. 6. 2023.

⁸⁾ Die Lohnstückkosten ergeben sich durch eine Division der Lohnsumme durch die Bruttowertschöpfung.

Gemessen an der Bruttowertschöpfung in den einzelnen Sektoren ist der Personalaufwand daher deutlich höher. Im Vergleich zum Umsatz sind bei dieser Betrachtung Vorprodukte aus anderen Sektoren sowie aus dem Ausland herausgerechnet. Wäre Österreich eine geschlossene Volkswirtschaft und gäbe es keine intersektoralen Verknüpfungen, dann wäre der Personalaufwand in Prozent der Bruttowertschöpfung als Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten zu interpretieren.

Um zu einem korrekten sektoralen Indikator zu gelangen, müsste also um Input-Output-Verflechtungen und im Ausland erbrachte Vorleistungen bereinigt werden; dies würde diesen Beitrag sprengen. Die wahre Relevanz des Faktors Arbeit für die sektoralen Kosten dürfte allerdings zwischen den Ergebnissen der beiden Berechnungsmethoden liegen (Übersicht 1).

Die Lohnstückkosten beeinflussen wiederum den Deflator der Bruttowertschöpfung. Allerdings gibt es auch hier mit den Gewinnmargen der Unternehmen einen zwischengeschalteten Kanal. Steigende Lohnstückkosten führen dann nicht zu steigenden Preisen, wenn die Unternehmen ihre Margen reduzieren, um den Anstieg der Arbeitskosten abzufedern. Weil die Margen langfristig und systematisch nicht negativ sein können (wollen die Unternehmen nicht in die Insolvenz schlittern), ist ein Abpuffern des Kostendrucks durch verminderte Gewinnaufschläge nur temporär möglich. Außerdem wird die Weitergabe erhöhter Arbeitskosten in die Preise u. a. durch das Wettbewerbsumfeld determiniert. In Branchen mit starkem Wettbewerb fällt die Nicht-Überwälzung schwerer.

Weiters erklärt die heimische Erzeugerpreisentwicklung nicht vollständig die Entwicklung der Verbraucherpreise. Zum einen wird diese durch den Staat über Steuern und Abgaben beeinflusst (z. B. über Änderungen der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchsteuer), zum anderen wirken die Importpreise. Stark steigende heimische Preise haben dann wenig Einfluss auf die Verbraucherpreise, wenn ein hoher Anteil der inländischen Produktion exportiert wird und umgekehrt ein hoher Anteil des heimischen Konsums aus importierten Gütern und Dienstleistungen besteht. Der Importanteil am österreichischen Endverbrauch lag nach Berechnungen der OECD auf Basis von Input-Output-Tabellen im Jahr 2014 bei etwa 30%). In der Zwischenzeit dürfte sich der Anteil nicht stark verändert haben. Allerdings zeigt eine aktuelle Arbeit von Dhyne et al. (2023) für Belgien, dass Input-Output-Analy-

sen gegenüber Auswertungen von Daten auf Unternehmensebene zu einer deutlichen Unterschätzung des Importanteils führen. Die Autoren schätzen für Belgien einen Anteil von 58%. Vermutlich liegt der aktuelle Importanteil im VPI in Österreich unter diesem Wert, aber über den von der OECD ausgewiesenen 30%. Der Rest auf 100% stammt aus heimischer Produktion, deren Preisdynamik sich am Deflator der Bruttowertschöpfung bemisst¹⁰⁾.

Schließlich ist zu bemerken, dass es starke sektorale Unterschiede gibt. Der (Branchen-)Deflator spielt für die Verbraucherpreise dann eine geringe Rolle, wenn die jeweilige Branche stark exportorientiert ist. Umgekehrt geht die Preisentwicklung von Unternehmen, welche hauptsächlich den heimischen Markt beliefern, mit einem höheren Gewicht in die Verbraucherpreise ein.

Für den Zusammenhang von Löhnen und Preisen müssen auch die Unterschiede zwischen dem VPI und dem BIP-Deflator beachtet werden. Wenn die Veränderung des Deflators deutlich unter jenem des VPI liegt, dann führt ein Ausgleich der Inflation über die Lohnverhandlungen zwingend zu einer Verschiebung der Kaufkraft von den Unternehmen zu den Arbeitnehmer:innen; gilt das Gegenteil, dann führt ein solches Vorgehen zu einer Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber:innen. Wenn die Lohnverhandlungen sich am Deflator orientieren, wird diese Umverteilung vermieden. Allerdings entstehen so in Phasen sich verschlechternder Terms-of-Trade¹¹⁾ vorübergehend Reallohnverluste für die Arbeitnehmer:innen, in Phasen sich verbessernder Terms-of-Trade hingegen Reallohngeinne. Wie die Gesamtinflation und die Kerninflation entwickeln sich auch der BIP-Deflator und der Verbraucherpreisindex langfristig sehr ähnlich, weil die Entwicklung der Terms-of-Trade keinen ausgeprägten Trends folgt. Allerdings gibt es Perioden, in denen Diskrepanzen existieren.

3.2 Internationale Literatur zum Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen

Hinsichtlich der empirischen Literatur zur Überwälzung von Lohnsteigerungen auf Preise muss man unterscheiden, welche Preise betrachtet werden. Aufgrund der oben diskutierten Mechanismen dürfte gerade in kleinen offenen Volkswirtschaften wie Österreich der Einfluss der heimischen Löhne auf die Verbraucherpreise schwächer sein als auf die Produzentenpreise.

Die aktuelle Literatur (Übersicht 2) kommt überwiegend zu dem Schluss, dass Veränderungen der Arbeitskosten lediglich in ein-

abzüglich Gütersubventionen). Letztere sind nur im BIP enthalten.

¹¹⁾ Die Terms-of-Trade verschlechtern sich, wenn die Importpreise stärker steigen als die Preise der heimischen Produktion.

Wie die aktuelle Literatur zeigt, werden Veränderungen der Arbeitskosten nur begrenzt auf den Verbraucherpreisindex übertragen.

⁹⁾ <https://www.oecd.org/investment/Austria-trade-investment-statistical-country-note.pdf>.

¹⁰⁾ Die Bruttowertschöpfung und das BIP unterscheiden sich durch die Nettogütersteuern (Gütersteuern

nem geringen Ausmaß auf den Verbraucherpreisindex überwälzt werden¹²⁾. Insbesondere seit den 1980er-Jahren ist eine Abschwächung der Überwälzung zu beobachten (Peneva & Rudd, 2017), welche sich in der Hochphase der Globalisierung ab Mitte der 1990er-Jahre nochmals beschleunigt hat (Boranova et al., 2021; Deutsche Bundesbank, 2019; Heise et al., 2022; Kohlscheen & Moessner, 2021¹³⁾; Peneva & Rudd, 2017). Mit Blick auf die Gesamtwirtschaft ergeben sich am aktuellen Datenrand (bis 2019/20) Preisüberwälzungen zwischen 0 und 0,1 in den USA, während in Europa die Überwälzung heterogener ist und durchschnittlich zwischen 0,2 und 0,3 liegt, mit deutlich höheren Werten z. B. in Frankreich, Spanien oder Italien. Im Einklang mit Kapitel 3.1 zeigt sich im Dienstleistungsbereich eine höhere Überwälzung als in der Herstellung von Waren. Die in Abbildung 5 genannten Einflussfaktoren werden auch in der Literatur als Gründe einer geringeren Überwälzung angeführt. Hierbei spielen insbesondere die Globalisierung, ein verschärfter Wettbewerb, günstige Importpreise und Gewinnmargen eine Rolle (Boranova et al., 2021; Heise et al., 2022; Kohlscheen & Moessner, 2021).

Eine korrekte ökonometrische Schätzung der Überwälzung – des sogenannten "Pass-Through" – ist sehr herausfordernd und liegt für Österreich derzeit nicht vor. Dies liegt daran, dass die korrekte Untersuchungsebene jene der Unternehmen und nicht jene der Branchen ist, und entsprechende Daten neben den Löhnen auch Informationen zu allen anderen in Abbildung 5 genannten Einflusskanälen bieten müssten, insbesondere zu den Margen und zur Produktivität. Für eine korrekte Identifizierung des "Pass-Through" wären zudem exogene Schocks auf einen Einflusskanal (z. B. eine Steuerbegünstigung für eine Branche) notwendig, welche einer vergleichbaren Branche nicht zugutekommen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse aus der Literatur ist zudem zu beachten, dass es sich bei den in Übersicht 2 genannten Elastizitäten um langfristige Werte handelt, d. h. um Mittelwerte über die jeweiligen Untersuchungszeiträume. Damit sind sie für die derzeitige Situation rasch ansteigender Inflationsraten nicht unbedingt aussagekräftig. In Österreich dürfte die Überwälzung der Löhne auf die Preise am aktuellen Rand (vor allem im Jahr 2022) eine untergeordnete

Rolle spielen, da die Lohnsetzung hierzu-landes gestaffelt erfolgt (Abbildung 6) und somit im Jahr 2022 für die Gewerkschaften nahezu keine Möglichkeit mehr bestand, auf die steigenden Preise zu reagieren. Diese Entwicklung dürfte sich erst im Jahr 2024 umkehren, da dann abnehmenden Inflationsraten hohe (nominelle) Lohnforderungen gegenüberstehen.

3.3 Lohnverhandlungen in Österreich

Abbildung 5 sieht die Löhne lediglich als Kostenfaktor für die Unternehmen. Die Löhne sind aber auch ein entscheidendes Element der Kaufkraftsicherung der privaten Haushalte. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die realen Einkommen nicht nur von den Reallöhnen, sondern auch von der Beschäftigung abhängen. Die Tarifpartner müssen daher eine Balance zwischen beiden Aspekten finden¹⁴⁾. In Zeiten stark schwankender Weltmarktpreise ist zusätzlich die Diskrepanz zwischen Kaufkraftsicherung und Verteilungsspielraum wichtig. Wenn die Exportpreise stark steigen, dann ist der Verteilungsspielraum größer als die heimische Inflationsrate anzeigt; steigen hingegen die Importpreise stark, ist es umgekehrt.

In Österreich finden Lohnverhandlungen gestaffelt über das Jahr statt, und durch über 800 Kollektivverträge wird ein Abdeckungsgrad von etwa 98% der Beschäftigten erreicht. Änderungen in den Kollektivverträgen treten vor allem zu drei Zeitpunkten in Kraft: rund 60% mit Jänner, fast 20% im Mai ("Frühjahrslohnrunde") und annähernd 10% im November (Abbildung 6). Die "Herbstlohnrunde" ist somit für die Kollektivvertragsabschlüsse von rund 70% der Beschäftigten relevant (Monate November bis Jänner). Die Verhandlungen werden arbeitgeberseitig durch die Fachverbände der Wirtschaftskammer geführt und arbeitnehmerseitig durch die Teilgewerkschaften. Die Verhandlungen erfolgen unabhängig und die Verhandlungsteams erhalten keine Vorgaben der Dachorganisationen. Dennoch ist eine informelle Lohnkoordination feststellbar: der Lohnabschluss der Metaller im November ist häufig der Orientierungspunkt für die nachfolgenden Kollektivvertragsverhandlungen anderer Branchen (Bittschi, 2023).

Wesentliche Verhandlungsgrundlagen sind, in Anlehnung an die sogenannte Benya-Formel, die Preisentwicklung und die Arbeits-

¹²⁾ Neben der Literatur zur Überwälzung der Lohnkosten auf die Preise beschäftigt sich ein weiterer Strang der Literatur mit der Frage, inwieweit Löhne zur Prognose von Preisentwicklungen geeignet sind. Generell wird dabei festgestellt, dass die Löhne kaum zur Vorhersage der Gesamtinflation taugen (siehe z. B. <https://www.frbsf.org/economic-research/publications/economic-letter/2015/november/are-wages-useful-in-forecasting-price-inflation/>).

¹³⁾ Für Österreich weisen Kohlscheen und Moessner (2021) eine besonders hohe Importpenetration (gemessen als Quotient der Importe in der Herstellung

von Waren und der heimischen Nachfrage) aus, welche in der letzten Dekade nur von Deutschland und den Niederlanden übertroffen wurde. Während Österreich somit in den letzten Jahren stark von diesem Preisdruck profitiert haben könnte (es werden keine länderspezifischen Koeffizienten ausgewiesen), könnten die Verwerfungen der Lieferketten im Zuge der COVID-19-Pandemie Österreich besonders getroffen haben.

¹⁴⁾ Ein weiterer wesentlicher Aspekt sind Verhandlungen über Nicht-Entgeltbestandteile wie Arbeitszeiten, Urlaubsbestimmungen u. Ä.

produktivität. Um real konstante Löhne zu gewährleisten, wird die Inflation zu Beginn der Lohnverhandlungen außer Streit gestellt. Dazu wird der Mittelwert der Inflationsraten der letzten 12 Monate herangezogen, die sogenannte rollierende Inflation (Abbildung 1). In früheren Jahren war auch die Inflation selbst dahingehend Verhandlungsgegenstand, ob die realisierte oder die prognostizierte Teuerung maßgeblich sein soll. Vorteile der derzeitigen Vorgangsweise sind, dass rasch ein Konsens über die Preisentwicklung erzielt wird und sichergestellt ist, dass die Löhne den Preisen folgen und es nicht umgekehrt zu erwartungsbasierten Lohn-Preis-Spiralen kommt – im Sinne von sich selbst erfüllenden Inflationserwartungen¹⁵⁾. Außerdem bremst die Benya-Formel bei schnell steigenden Inflationsraten den Lohnanstieg. Nachteile dieses Vorgehens sind, bei rasch ansteigenden Inflationsraten, starke Reallohnverluste, welche erst bei nachlassender Inflation wieder ausgeglichen werden. Zudem ist bei nachlassender Inflation eine lange Überwälzungsphase der Löhne auf die Preise und somit ein persisten-

ter Inflationsbeitrag der Löhne zu erwarten, da in die rollierende Inflation bis zu 24 Monate zurückliegende Preisniveaus eingehen. Die Lohnsteigerungen werden dann erst in einer Phase wirksam, in der die Gründe für den Inflationsanstieg schon wieder wegfallen. Dabei ist zwischen nachfrage- und angebotsseitigen Dynamiken zu unterscheiden. In einer nachfrageseitigen Überhitzung, die zu hoher Inflation führt, schafft die Benya-Formel eine automatische Stabilisierung, weil Reallohnverluste in der Überhitzungsphase die Konjunktur bremsen und die späteren Reallohnzuwächse in der Abkühlung belebend wirken. Handelt es sich bei der Inflation aber um ein angebotsseitiges Problem, etwa durch hohe Importpreise, dann bewirkt die Benya-Formel eine Destabilisierung, weil die Löhne erst dann steigen, wenn die hohen Importpreise (oder eine geldpolitische Reaktion) zu rezessiven Tendenzen führen. Abbildung 1 zeigt die großen Unterschiede zwischen der rollierenden und der laufenden Gesamtinflationsrate laut VPI, wenn die Teuerungsrate über einen längeren Zeitraum vom Inflationsziel von 2% abweicht.

Abbildung 6: **Staffelung der Kollektivvertragsverhandlungen**



Als Produktivitätsmaß ist arbeitnehmerseitig die mittelfristige gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, unter Rücksicht auf branchenspezifische Verteilungsspielräume, die Zielgröße. Dieser Ansatz soll im Wettbewerb stehenden Sektoren Konkurrenzfähigkeit ermöglichen, da dort das Produktivitätswachstum zumeist höher und somit eine moderate Preisentwicklung möglich ist. Umgekehrt ist vorgesehen, dass Sektoren mit geringerer Produktivität Preisüberwälzungen vornehmen, um Lohnsteigerungen bewältigen zu

können. In Summe sollte sich somit eine nichtinflationäre Lohnpolitik ergeben.

Zusammenfassend liegen die Vorteile der Benya-Formel erstens in ihrer Einfachheit und zweitens darin, dass sie erwartungsbasierte Lohn-Preis-Spiralen verhindert. Weiters hat sich die Benya-Formel insofern bewährt, als es in Österreich sehr selten zu Arbeitskämpfen kommt. Das hat vermutlich auch mit der überwiegenden Praxis einjähriger Laufzeiten zu tun. Erstrecken sich Kollektivverträge über

¹⁵⁾ D. h. nicht, dass Erwartungen bei der Lohnfindung keine Rolle spielen. So haben etwa Erwartungen zur

zukünftigen Beschäftigung eine hohe Bedeutung für die Verhandlungsstrategie der Tarifpartner.

mehrere Jahre und finden Verhandlungen seltener statt, sind die beiderseitig wahrgenommenen Korrekturbedarfe und damit das Konfliktpotenzial höher¹⁶⁾. Der Nachteil der Benya-Formel liegt erstens darin, dass das Produktivitätswachstum nicht gut messbar ist. Zweitens führt die rollierende Inflation zu einer Phasenverschiebung zwischen Inflations- und Lohnentwicklung, die bei anziehender Teuerung die Arbeitnehmer:innen und bei nachlassender Konjunktur die Arbeitgeber:innen belastet. Und drittens überschätzt der Verbraucherpreisindex bei sich verschlechternden Terms-of-Trade den Verteilungsspielraum, während er ihn bei einer Verbesserung der Terms-of-Trade unterschätzt.

3.4 Schwierige Rahmenbedingungen für die Kollektivvertragsverhandlungen

Die hohe Inflation setzt die bewährten Verhandlungsansätze einer harten Probe aus. Erstens befinden sich Industrie und Bauwirtschaft bereits in einer Rezession (Glocker & Scheiblecker, 2023; Baumgartner & Kaniowski, 2023b). Die Gesamtwirtschaft

dürfte nach drei Quartalen der Stagnation im II. Quartal 2023 um etwa 0,8% geschrumpft sein (gegenüber dem Vorquartal; Schiman-Vukan & Ederer, 2023). Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturfests vom September 2023 (Hözl et al., 2023) deuten zudem auf eine weitere Eintrübung hin. Die Arbeitslosigkeit steigt wieder, wenn auch bisher nur leicht. Im II. Quartal 2023 waren um etwa 8.000 mehr Personen arbeitslos als im II. Quartal des Vorjahres.

Zweitens führt die in Österreich deutlich höhere Inflationsrate als im Euro-Raum dazu, dass eine Anwendung der Benya-Formel höhere Lohnsteigerungen als im Ausland und mithin eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge haben könnte. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Lohnentwicklung allein noch keine Rückschlüsse auf die Wettbewerbsfähigkeit zulässt, weil ein rascheres Wachstum der Produktivität im Inland ein stärkeres Lohnwachstum kompensieren kann. Bei den derzeit hohen Inflationsdifferenzialen zwischen Österreich und dem Euro-Raum ist jedoch kein solcher Ausgleich zu erwarten.

4. Optionen für Anpassungen in der Lohnpolitik

4.1 Änderungsvorschlag 1: Übergang von der rollierenden zur laufenden Inflation

Auf der Basis der oben angestellten Überlegungen werden drei Anpassungsmöglichkeiten in der Lohnfindung zur Diskussion gestellt. Diese Anpassungen verfolgen zwei Ziele: den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Abmilderung der Zweitrundeneffekte von Lohnsteigerungen auf die Inflation. Die Lohnstafelung und die Unabhängigkeit der Verhandlungen sollen erhalten bleiben, da weder Universalösungen für die Vielzahl an Kollektivverträgen noch Vorgaben von außen durchsetzbar oder sinnvoll erscheinen. Dennoch gibt es sowohl bei der Inflationsmessung als auch im Bereich Produktivität Ansatzpunkte für Verbesserungen, wobei die oben beschriebenen Vorteile der Benya-Formel bewahrt werden sollen.

Ein Mechanismus zur schnellen Außerstellung der Preisentwicklung ist sinnvoll, um das Konfliktpotenzial zu reduzieren. Dies setzt realisierte und nicht revisionsanfällige Werte voraus. Allerdings nimmt eine institutionalisierte Lösung Verhandlungsspielraum und kann flexible Lösungen erschweren. So ist die beschriebene Persistenz der rollierenden Inflation derzeit problematisch. Durch eine Ori-

entierung am letzten realisierten Wert der Inflationsrate (laut VPI) vor Beginn der Verhandlungen, oder eine deutliche Verkürzung des Betrachtungszeitraumes, z. B. auf die durchschnittliche Inflationsrate der letzten drei statt der letzten 12 Monate, ließen sich Preissteigerungen zum Vorteil beider Seiten unmittelbarer erfassen. Für die Herbstlohnrunde 2022 wäre so eine Inflation von 9,3% statt von 6,3% außer Streit gestellt worden. Hingegen würde den diesjährigen Verhandlungen eine Inflationsrate von 7,4% anstelle von 9,5% zugrunde liegen. Dadurch würden bereits im laufenden Jahr und nicht erst 2024 deutlichere Reallohnsteigerungen realisiert.

Gegen diese einfache Berechnung kann eingewendet werden, dass sie die Überwälzung höherer Löhne auf die Preise außer Acht lässt. Allerdings hätten höhere Löhne auch die Notwendigkeit für staatliche Unterstützungsmaßnahmen reduziert. Ein um 3 Prozentpunkte stärkeres Lohnwachstum von 2022 auf 2023 hätte gemäß WIFO-Prognose die Bruttolöhne und -gehälter insgesamt um rund 5,4 Mrd. € erhöht. Dies entspricht in etwa den staatlichen Transfers in Höhe von 5,7 Mrd. €, welche aufgrund der Teuerungs- und Energiekrise beschlossen

Bei kürzeren Zeiträumen für die Inflationsbetrachtung würden Preissteigerungen unmittelbarer weitergegeben und Reallohnverluste vermieden.

¹⁶⁾ Dies wird in den wenigen Fällen von Kollektivverträgen mit zweijährigen Laufzeiten häufig vermieden. So beziehen sich solche Abschlüsse (z. B. im Bauwesen) für das zweite Jahr auf die Inflation der vergangenen 12 Monate, wodurch nur die Produktivitätskomponente über 2 Jahre verhandelt wird. Andere mehr-

jährige Kollektivverträge beinhalten Nachverhandlungsklauseln, sollte die Inflation gewisse Schwellenwerte überschreiten (zuletzt z. B. in den Bereichen Tourismus- und Freizeitwirtschaft bzw. Gastronomie).

wurden¹⁷⁾. Insofern kann man gut argumentieren, dass sich aus der angepassten Lohnsetzung kaum eine Veränderung der Inflation ergeben hätte.

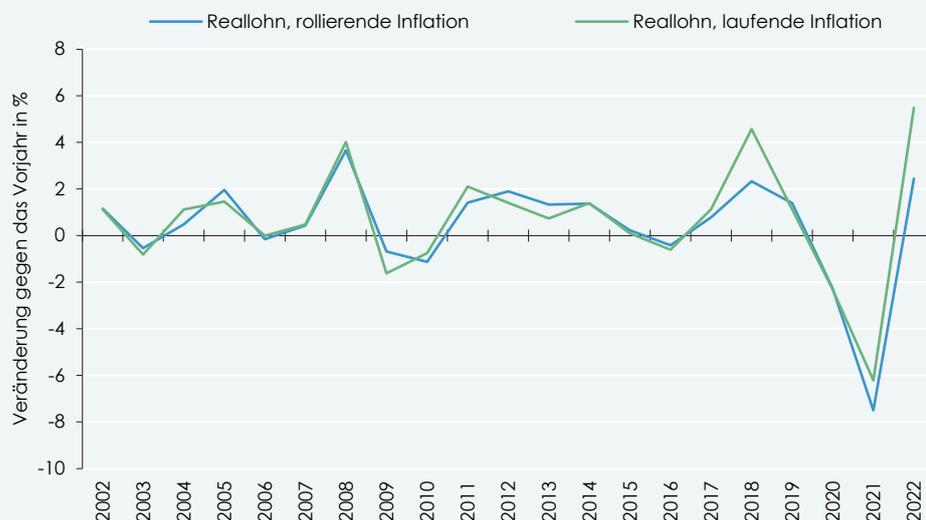
Selbst bei Berücksichtigung dynamischer Effekte durch höhere Lohnabschlüsse seit November 2022 ergäbe sich immer noch eine deutlich niedrigere Inflation als die laufende. Legt man die Metallerverhandlungen zugrunde und lässt den "Produktivitätszuschlag" unverändert (Abschluss 2022: 7,44%, rollierende Inflation: 6,3%), so ergibt sich ein hypothetischer Abschluss von 10,44% (Indexinflation 9,3% zuzüglich Zuschlags von 1,14 Prozentpunkten). Nimmt man einen Pass-Through in Höhe des Mittelwertes aus der Literatur von 0,3 an, wäre die erwartete Inflation für Oktober 2023 um rund 1 Prozentpunkt höher ((10,44% – 7,44%) × 0,3) und läge somit bei rund 6% statt 5%.

Für die Beibehaltung der bisherigen Praxis der rollierenden Inflation spricht, dass ein starker Anstieg der Inflationsrate oft mit einer

boomenden Wirtschaft einhergeht. Das System der rollierenden Inflation führt in einem solchen Fall tendenziell zu einer Konsumglättung, da im Boom noch niedrige Inflationsraten berücksichtigt werden, während bei einem Konjunkturückgang noch höhere Raten in die Lohnverhandlungen eingehen, wie dies in Österreich 2024 vermutlich der Fall sein dürfte. Aus ordnungspolitischer Sicht ist dies allerdings ein schwaches Argument, da Stabilisierungspolitik im Wesentlichen durch den Staat erfolgen sollte und nicht Aufgabe der Sozialpartner ist.

Die Verwendung der laufenden Verbraucherpreis-inflation anstelle der rollierenden Inflation würde das österreichische Modell näher an das belgische heranführen, ohne aber eine unflexible Automatik zu installieren¹⁸⁾. Damit nicht transitorische Schocks zu permanenten Lohneffekten und mithin Zweitrundeneffekten bei den Preisen führen, könnte man wie erwähnt auch Dreimonats-durchschnitte der Inflation heranziehen.

Abbildung 7: Reallohnentwicklung bei Lohnfindung auf Basis der rollierenden bzw. der laufenden Inflation am Beispiel des Metaller-Kollektivvertrags



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 7 zeigt, welche Reallohnentwicklung sich ergeben hätte, wenn an Stelle der rollierenden Inflation der jeweilige August-Indexwert des VPI die Grundlage der Metallerverhandlungen gebildet hätte. Der Produktivitätszuschlag laut Benya-Formel wird in der Gegenüberstellung konstant gehalten. Der hohe Reallohnverlust von 7,5% im Fall des rollierenden Modells ergibt sich aus der Tatsache, dass im Herbst 2021 eine Lohnsteigerung von etwa 3,6% verhandelt wurde,

die tatsächliche Inflation ein Jahr später (Oktober 2022) aber bei 11% lag. Ebenfalls negative Resultate hatte der Abschluss 2020 erbracht. Im Jahr 2022 wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich etwa 7,4% ausgehandelt. Die Inflation im Oktober 2023 dürfte laut WIFO-Prognose bei rund 5% liegen, sodass für das Jahr 2022 ein positiver Wert von 2,4% resultiert. Über die Jahre 2020, 2021 und 2022 ergibt sich somit ein kumulierter Reallohnverlust von 7,3%. Hätte nicht die rollie-

¹⁷⁾ Für eine Übersicht siehe die Auswertungen des Budgetdienstes: <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD-Einkommensentwicklung-seit-Beginn-der-COVID-19-Krise.pdf>.

¹⁸⁾ Für eine internationale Übersicht zu inflationsindexierten Lohnsetzungsprozessen siehe Europäische Zentralbank (2008). In Belgien wird der Verbraucherpreisindex um einzelne Produktkategorien wie Treibstoffe, Tabak und Alkohol bereinigt.

rende, sondern die laufende Inflation laut VPI als Orientierung bei den Lohnverhandlungen gedient, wäre der kumulierte Verlust lediglich bei 3% gelegen. Dass in Zeiten steigender Inflation auch bei Verwendung der laufenden Inflationsrate Reallohnverluste entstehen, liegt an der Vergangenheitsbezogenheit der Benya-Formel. Wie Abbildung 7 zeigt, ergeben sich bei Verwendung der unterschiedlichen Inflationsmaße kurzfristig große Unterschiede; in der langen Frist ist die Reallohnentwicklung aber fast identisch: Von 2002 bis 2019 liefert die rollierende Berechnung einen durchschnittlichen Reallohnzuwachs von 0,86% p. a., die Variante auf Basis der laufenden Inflation von 0,94% p. a.

Politökonomisch ist zu berücksichtigen, dass Regeländerungen schwer durchsetzbar sind, wenn die Lasten, die durch die Änderungen entstehen, ungleich verteilt sind. Eine Änderung des Status quo ("rollierende Inflation") würde derzeit klar zu Lasten der Arbeitnehmer:innen gehen, da die empfindlichen Reallohnverluste aus 2022 nicht ausgeglichen würden. Umgekehrt würden gedämpfte Lohnsteigerungen im Herbst 2023 für die Industrie und Bauwirtschaft aufgrund der Konjunkturschwäche Sinn machen. Ein möglicher Kompromiss wäre daher die Streckung des auf den hohen Inflationsraten basierenden Anteils der anfallenden Lohnsteigerungen. Allerdings müssten die Arbeitgeber:innen dazu glaubwürdige Signale setzen, den zunächst nicht kompensierten Teil der Inflation in den Folgejahren auszugleichen.

Ein Mechanismus könnte darin bestehen, im Herbst 2023 zunächst nicht die volle (rollierende) Inflation in Höhe von 9,5%, sondern z. B. nur 7,4% auszugleichen, also die Inflation vom August 2023. Dafür würde bereits in der aktuellen Lohnrunde kollektivvertraglich vereinbart, für die Abschlüsse in den Jahren 2024 und 2025 2,6 bzw. 1,3 Prozentpunkte (zuzüglich eines etwaigen Zuschlages für die Produktivitätszuwächse) zur dann aktuellen Inflationsrate hinzuzurechnen. Die Summe der Zuschläge für die Abschlüsse der Herbstverhandlungen in den Jahren 2024 und 2025 überträte dabei den Abschlag gegenüber der rollierenden Inflation im Jahr 2023 von 2,1 Prozentpunkten kumuliert um 1,8 Prozentpunkte. Selbstverständlich sind auch andere numerische Konfigurationen denkbar; das gewählte Beispiel soll nur das Prinzip illustrieren.

Der vorgeschlagene Mechanismus erhält die Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen, stellt einen Übergang von der rollierenden zur

laufenden Inflationsbemessung sicher, und gibt den Unternehmen mehr Zeit für die Anpassung an hohe nominelle Lohnsteigerungen¹⁹⁾. Zwar reduziert das Modell auf Dauer nicht die höheren Lohnabschlüsse im Vergleich zum Euro-Raum, Produktivitätseffekte und eine Verbesserung der Terms-of-Trade über die Zeit mildern die Nachteile aber ab. Das Modell glättet mithin den Lohnanstieg über die Zeit, ohne mit langfristigen Reallohnverlusten verbunden zu sein²⁰⁾.

Abbildung 8 illustriert die Wirkung einer solchen Anpassung ausgehend von einem Wert der Löhne von 100 im Jahr 2023. In dieser Illustration wurden durch die Reform ausgelöste zukünftige Produktivitätsveränderungen nicht berücksichtigt, d. h. es wurde implizit angenommen, dass die Produktivitätszuwächse im aktuellen und im Reformmodell gleich hoch ausfallen. Wird in der Herbstlohnrunde 2023 die rollierende Inflation angesetzt (bestehendes Modell), so steigen die Löhne 2024 um voraussichtlich 9,5%. Für die erwartete Steigerung in den Folgejahren wurden die Monatswerte der WIFO-Inflationsprognose (bis 2024) herangezogen, für den Zeitraum 2025/2028 die mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2023 (Baumgartner & Kaniowski, 2023a); für 2029/30 wurde das EZB-Ziel von 2% angenommen. Dabei wurden die Jahreswerte für die Inflationsrate gemäß VPI mittels linearer Extrapolation auf Monatswerte aufgeteilt und so die rollierende Inflation und der Augustwert ermittelt. Damit ergeben sich kumulierte nominelle Lohnsteigerungen (jeweils ohne Produktivitätszuschläge) von 21,4% bis 2027 bzw. von 29,2% bis 2030 (Abbildung 8, grüne Linie).

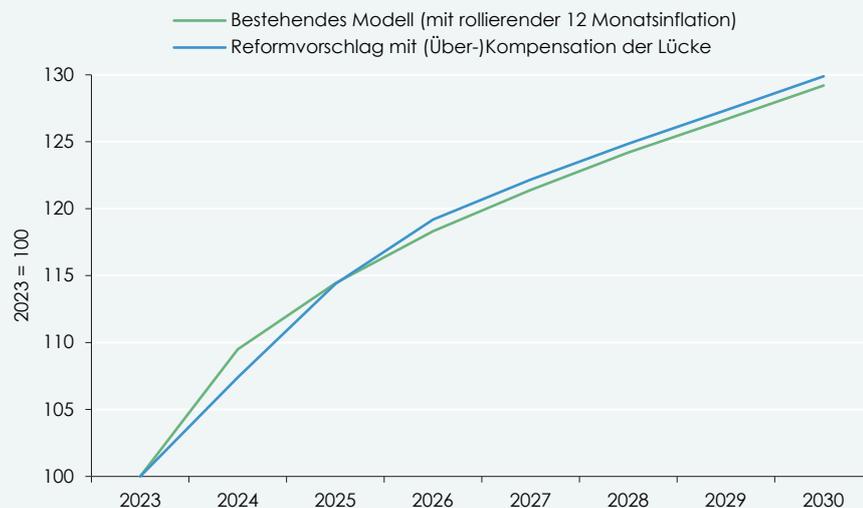
Der Reformvorschlag nimmt nicht die rollierende, sondern die laufende Verbraucherpreis-inflation vom August 2023 von 7,4% (der letzten Realisierung vor Beginn der Lohnverhandlungen) als Ausgangspunkt. Eine Anhebung der Löhne um 7,4% würde für das Jahr 2024 gemäß aktueller WIFO-Inflationsprognose einen Reallohnzuwachs von 3,4% ergeben. Allerdings bleibt die Lohnsteigerung um 2,1 Prozentpunkte unter einer Abgeltung mit der rollierenden Inflation. Dieser Fehlbetrag wird mit den Abschlüssen 2024 mit 2,6 Prozentpunkten und 2025 mit 1,3 Prozentpunkten so ausgeglichen, dass die Lohnlücke bis 2030 überkompensiert wird (Indexwert 129,9%). Der Lohnverzicht im Jahr 2023 wird somit mit einer Prämie in den Folgejahren abgegolten, sodass die Arbeitnehmer:innen langfristig spürbar bessergestellt sind (Abbildung 8, blaue Linie).

¹⁹⁾ Man beachte, dass diese Vorgangsweise keine Abweichung von der bewährten Einjährigkeit der Kollektivvertragsverhandlungen vorsieht, sondern dass zusätzlich zu den indexbasierten Verhandlungen für 2025

und 2026 Zahlungen erfolgen, die sonst schon 2024 zustünden.

²⁰⁾ Die im Frühjahr 2023 zwischen den Koalitionspartnern verhandelte (und gescheiterte) Mietpreisbremse wäre einer ähnlichen Glättungslogik gefolgt.

Abbildung 8: **Übergang von der rollierenden zur laufenden Inflation in der Lohnformel: Ein Beispiel**



Q: WIFO-Darstellung. Nominallohne.

Alternativ zu einer Kompensation durch Zuschläge auf die Lohnsteigerungen wäre auch ein Ausgleich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit denkbar. Diese müsste aber auch entsprechend stark ausfallen, damit die Stundenlohnverluste 2024 ausgeglichen bzw. überkompensiert werden.

Die Verwendung der laufenden statt der rollierenden Inflation hätte noch andere Vorteile. Erstens würden die Reallohneinbußen, die während eines Anstieges der Inflation entstehen, kleiner. Zweitens sind zahlreiche Preise (wie z. B. die Mieten) nicht an die rollierende, sondern an die laufende Inflation gebunden. In Phasen hoher Inflation steigen die Preise wichtiger Güter und Dienstleistungen somit stärker als die Löhne, was wiederum zu staatlichen Hilfsmaßnahmen nötig.

Das vorgeschlagene Modell hat allerdings auch Nachteile. Zum einen würden Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. in einen anderen Kollektivvertrag wechseln, nicht die für spätere Zeitpunkte vereinbarten Zuzahlungen erhalten. Zum anderen besteht natürlich die Gefahr, dass die Zuzahlungen eben nicht als Bestandteil des Kollektivvertrages 2023 (bzw. 2024) gesehen werden, sondern von Seiten der Arbeitgeber:innen mit als Verhandlungsmasse in die nachfolgenden Verhandlungen einbezogen werden.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, dass auch bei der Inflationsanpassung der Pensionen die rollierende und nicht die laufende Inflation verwendet wird. Dieser Umstand hat in der Vergangenheit bei Inflationsanstiegen dazu geführt, dass der temporäre Verlust der Kaufkraft mit Zusatzzahlungen an Niedrigpensionsbezieher:innen ausgeglichen wurde. In der Folge kam es aber nicht zu einem

nachträglichen Ausgleich, wenn die rollierende Inflation über die laufende stieg. Würde die laufende Inflationsrate bei der Pensionsberechnung verwendet, entfielen auch diese Problematik einer intertemporalen Überkompensation der kleinen Pensionen.

4.2 Änderungsvorschlag 2: Einmalzahlungen gezielt nutzen

In den Kollektivvertragsverhandlungen 2022 wurden Einmalzahlungen nicht gezielt genutzt. Der wesentliche Nachteil von Einmalzahlungen ist, dass zwar temporär Nettolohnsteigerungen erreicht werden, diese aber nicht dauerhaft sind und nicht die soziale Absicherung, die sich an den Bruttogehältern orientiert, verbessern. Insbesondere der letzte Punkt kann bei hohen Inflationsraten deutliche Auswirkungen haben und z. B. für junge Beschäftigte empfindliche Verluste in den Pensionsansprüchen bedeuten. Auch für Arbeitskräfte in instabilen Beschäftigungsverhältnissen sind spürbare Auswirkungen, z. B. auf das Arbeitslosengeld oder das Krankengeld, denkbar. Insofern ist die Skepsis gegenüber Einmalzahlungen aus diesen Gründen verständlich.

Andererseits gibt es viele Beschäftigte, deren Verdienst über der Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung liegt. In diesen Fällen hätte die Gewährung von Einmalzahlungen keine Konsequenzen für die soziale Absicherung. Laut den Daten des Dachverbandes der Sozialversicherung betraf dies im Jahr 2022 z. B. nahezu 25% der angestellten Männer (rund 52.000 Personen) in der Herstellung von Waren und rund 20% der angestellten Männer (rund 200.000 Personen) über alle Wirtschaftszweige hinweg. Die Inanspruchnahme der Einmalzahlungen

Über der Höchstbeitragsgrundlage beeinflussen Einmalzahlungen nicht die soziale Absicherung. Lohnerhöhungen könnten dafür später wirksam werden.

könnte somit für diese Personengruppen entweder generell mit niedrigeren Bruttolohnsteigerungen oder aber mit zeitverzögerten Lohnerhöhungen (z. B. erst ab Mai 2024) kombiniert werden. Dies würde den gesamten Lohnanstieg dämpfen, ohne zu realen Einkommenseinbußen oder zu Verlusten in der sozialen Absicherung zu führen.

Denkbar wäre auch, die Einmalzahlungen nur steuer-, aber nicht sozialversicherungsfrei zu stellen. Dies könnte den Bonus für einen deutlich größeren Personenkreis attraktiver machen und für viele Beschäftigte einen deutlichen Nettolohnvorteil erbringen, ohne die soziale Absicherung zu gefährden. In Kombination mit zeitlich verzögerten Bruttolohnanpassungen ergäbe sich auch hierdurch eine Lohndämpfung im Jahr 2024, ohne die realen Einkommen zu belasten.

4.3 Änderungsvorschlag 3: Nominelle sektorale Bruttowertschöpfung als zusätzliche Orientierungsgröße der Produktivität

Um eine bessere Orientierung über vorhandene Verteilungsspielräume zu erhalten, könnte die Benya-Formel adaptiert werden, sodass auch die Wachstumsrate der nominellen sektoralen Bruttowertschöpfung je Beschäftigten oder je Arbeitsstunde in den Lohnverhandlungen berücksichtigt wird.

Die sektorale Bruttowertschöpfung ist das Produkt aus dem sektoralen Deflator und der realen sektoralen Wertschöpfung (Produktionswert abzüglich importierter Vorleistungen). Die reale Wertschöpfung wiederum kann man als das Produkt der Arbeitsproduktivität und des Arbeitseinsatzes interpretieren. Mithin ist die Veränderung der nominellen sektoralen Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde näherungsweise gleich der Summe der Wachstumsraten des sektoralen Deflators und der Arbeitsproduktivität. Dies entspricht im Prinzip der Benya-Formel, nur würde statt der Verbraucherpreisinflation die Veränderungsrate des Wertschöpfungsdeflators verwendet. Ein Vorteil dieser adaptierten Benya-Formel bestünde darin, dass die Verhandler:innen nur die Veränderung der sektoralen Bruttowertschöpfung je eingesetzte Arbeitsstunde kennen müssten, die die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung quartalsweise mit einer Verzögerung von etwa drei Monaten zur Verfügung stellt. Dagegen wären für die Implementierung der adaptierten Formel weder die besonders revisionsanfälligen sektoralen Deflatoren noch eine Schätzung der Produktivität von Nöten, die typischerweise von methodischen Problemen belastet ist. In Zeiten volatiler Terms-of-Trade kann das vorgeschlagene Maß freilich nur als zusätzlicher Indikator neben der Verbraucherpreisinflation in die Lohnfindung

eingehen, damit es nicht zu Reallohnverlusten kommt.

Abbildung 9 zeigt die jährliche Veränderungsrate der nominellen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen für unterschiedliche Branchen. Dabei wird jeweils das II. Quartal eines Jahres mit dem gleichen Quartal des Vorjahres in Beziehung gesetzt²¹⁾. Die sektorale Variation ist erheblich. So ist z. B. im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung die nominelle Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen vom II. Quartal 2022 bis zum II. Quartal 2023 um fast 25% gestiegen. Grund ist der enorme Energiepreisanstieg. In diesem Sektor dürfte die Verteilmasse, die 2022 vornehmlich in den Bruttobetriebsüberschuss (Gewinn) geflossen war, somit zugenommen haben. Wenn die für die nächsten vier Quartale verhandelten Nominallöhne in dieser Branche entsprechend steigen, dann bleibt die Verteilung der Bruttowertschöpfung zwischen unselbständig Beschäftigten und Arbeitgeber:innen konstant. Hohe Wachstumsraten finden sich außerdem in der Kredit- und Versicherungswirtschaft (+35%; durch die Zinswende ab Mitte 2022) und im Bauwesen (+10%). Die vorliegende sektorale Gliederung laut VGR lässt keinen separaten Ausweis der Energiewirtschaft zu; die Zahlen implizieren aber sehr hohe Steigerungsraten in dieser Branche. In der Industrie hingegen ist die nominelle Bruttowertschöpfung pro Kopf nur um 3,3% gewachsen. Dies spricht für eine eingeschränkte Verteilmasse. Jede Lohnerhöhung über dieses Ausmaß hinaus würde in der Industrie die Verteilung der Wertschöpfung zugunsten der Arbeitnehmer:innen verschieben.

Die Anwendung der Benya-Formel sollte nicht kurzfristig durch das hier vorgestellte Modell ersetzt werden. Theoretisch zeigt es jedoch die richtige Vorgangsweise, wenn man die Verteilung der Wertschöpfung konstant halten möchte. Klar ist, dass eine sektorale Umsetzung der Benya-Formel in manchen Branchen zu Reallohnverlusten und in anderen zu Reallohnverlusten führen würde, da die Verbraucherpreisinflation nicht der Veränderung der nominellen Bruttowertschöpfung pro Kopf entspricht. Dennoch empfiehlt sich, das hier vorgeschlagene Maß als zusätzliche Orientierungshilfe einzusetzen, vor allem, weil es voraussetzungslos und relativ zeitnah in einer groben Sektorgliederung vorliegt. Zur besseren Vorbereitung von Kollektivvertragsverhandlungen wäre es sinnvoll, wenn Statistik Austria in eine raschere Verfügbarkeit der VGR-Daten und in eine stärkere sektorale Untergliederung investiert – wenn möglich angelehnt an die Branchenstruktur in den Verhandlungen. Zudem sollten Informationen über das Revisionsausmaß der nominellen und realen

²¹⁾ Ende August jeden Jahres sind in der Regel die Schätzungen für das II. Quartal verfügbar, sodass eine

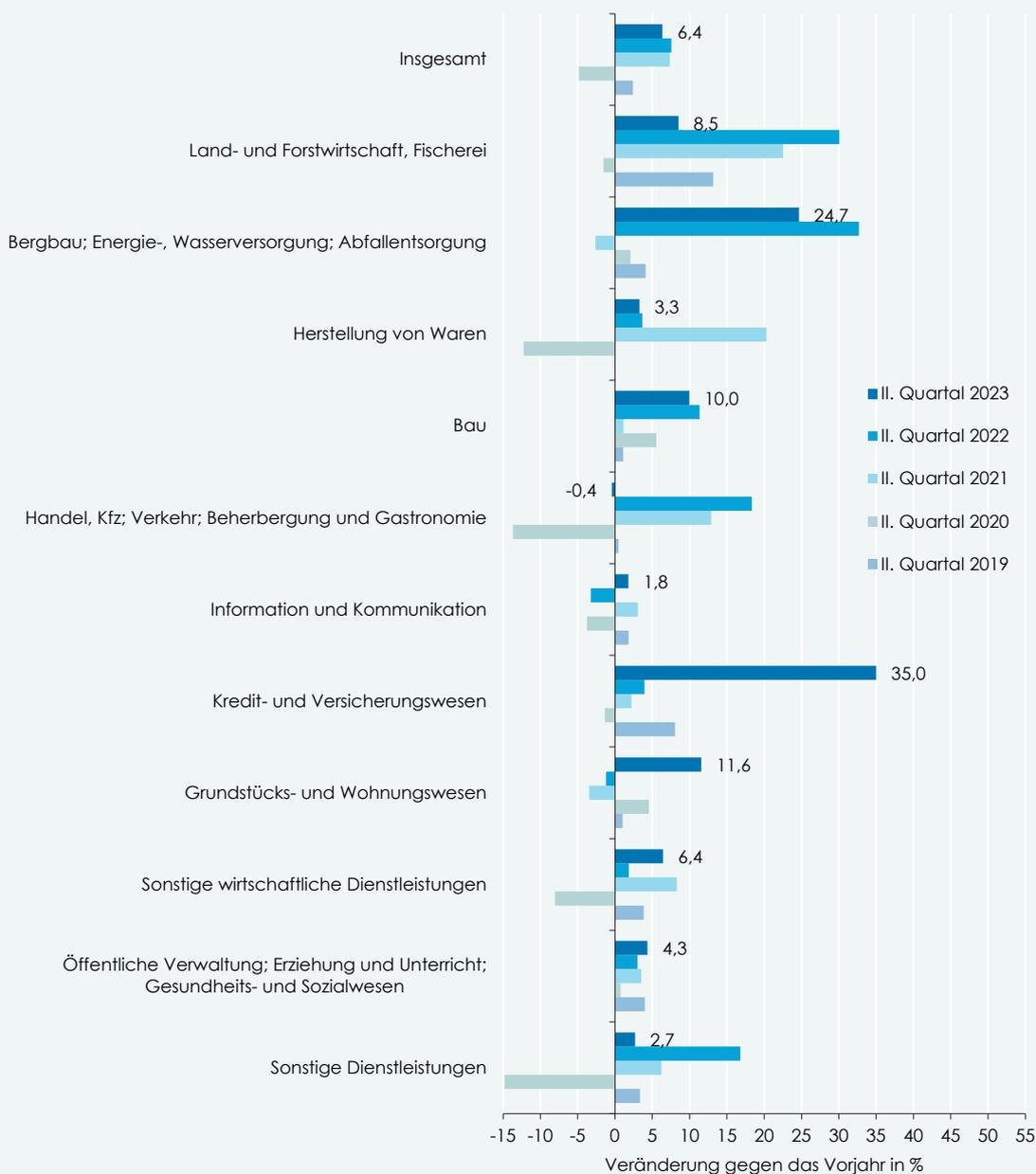
Berücksichtigung aktueller Daten in der Herbstlohnrunde möglich wäre.

Wertschöpfung sowie der Deflatoren zur Verfügung gestellt werden.

In der aktuellen Situation könnte gerade die Industrie mit hohen Lohnsteigerungen, deren Ursache in ganz anderen Sektoren (etwa im

Energiesektor oder in der Landwirtschaft) liegt (Abbildung 9), überfordert sein. Daher ist der in Kapitel 4.1 vorgeschlagene Anpassungsmechanismus gerade für die Industrie von hoher Relevanz.

Abbildung 9: **Nominelle Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Beschäftigungsverhältnisse laut VGR)**



Q: Statistik Austria, vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR); WIFO-Berechnungen.

Hinsichtlich der Produktivität stellt sich zudem ganz allgemein die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Ansatzes der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bzw. nach den tatsächlichen Auswirkungen der solidarischen Lohnpolitik auf das Preisniveau. Wie der Literaturüberblick (Übersicht 2) zeigt, finden Überwälzungen wesentlich stärker im auf das Inland orientierten Dienstleistungsbereich statt. Inso-

fern kann Lohnzurückhaltung im exportorientierten Sektor keinen Ausgleich für kräftigere Überwälzungen in den Dienstleistungen schaffen, zumal letztere einen wesentlich größeren Anteil an der Gesamtbeschäftigung haben. Zudem würde so ein gewollter Strukturwandel verhindert, der Beschäftigte dazu anreizt, in Branchen mit hoher Produktivität und folglich hohem Lohnwachstum zu

wecheln. Dies ist umso drängender, da der Strukturwandel in Richtung der Dienstleistungen das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum mindert (Duernecker &

Sanchez-Martinez, 2023). Daher sollten gerade im Bereich der Dienstleistungen vorhandene Produktivitätsspielräume für Lohnsteigerungen genutzt werden.

Übersicht 2: "Pass-Through"-Schätzwerte zur Überwälzung aus der Literatur

Quelle	Methode	Land	Zeitraum	Abhängige Variable	Lohnindikator	Sektor	Überwälzungsgrad ¹⁾	Horizont in Quartalen	Anmerkung		
Kohlscheen & Moessner (2021) ²⁾	"Mean Group"-Schätzung für dynamische heterogene Panels	21 Industrienationen	1980/2020	Verbraucherpreisindex	Lohnstückkosten	Gesamtwirtschaft	0,124		Signifikant auf einem Niveau von 1%		
			1980/1990				0,276				
			1990/2000				0,247				
			2000/2010				0,064		Insignifikant		
			2010/2020	-0,002							
						1980/2020	Kernverbraucherpreisindex	Lohnstückkosten	Gesamtwirtschaft	0,143	Signifikant auf einem Niveau von 1%
			1980/1990	0,246							
			1990/2000	0,28							
			2000/2010	0,036	Insignifikant						
			2010/2020	0,024							
Heise et al. (2022) ³⁾	Lokale Projektionen nach Jorda (2005)	USA	2003/2016	Produzentenpreisindex	Lohnwachstum	Gesamtwirtschaft	0,118	8	Signifikant auf einem Niveau von 1%		
			2003/2016					Herstellung von Waren	-0,0173	8	Insignifikant
			2003/2016					Dienstleistungen	0,193	8	Signifikant auf einem Niveau von 1%
			1993/2003					Herstellung von Waren	0,0788	8	Signifikant auf einem Niveau von 1%
			2003/2016				-0,0478	8	Insignifikant		
Peneva & Rudd (2017) ⁴⁾	VAR (4 Variablen: gewichtete relative Importpreis-inflation, Trendwachstum Lohnstückkosten, Kernpreis-inflation Arbeitslosen-lücke), zeitvarii-erende Parameter, stochastische Volatilität	USA	I. Quartal 1965 bis II. Quartal 2012	Kernpreisindex persönlicher Konsumausgaben	Lohnstückkostentrend	Gesamtwirtschaft	~0	12	Werte für rezenteste Periode (2012)		
			I. Quartal 1982 bis II. Quartal 2012							Kernpreisindex persönlicher Konsumausgaben	Arbeitskostenindex der Privatwirtschaft
Bobeica et al. (2019)	VAR (3 Variablen: Wachstumsraten 1. der realen Wertschöpfung, 2. der Lohnstückkosten und 3. des Wertschöpfungsdeflators)	Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien	I. Quartal 1985 bis I. Quartal 2018			DEU: Herstellung von Waren	~0,25	12			
						DEU: Bau	~0,17	12			
						DEU: Dienstleistungen	~0,45	12			
						DEU: Gesamtwirtschaft	~0,3	12			
						DEU: Hohe Inflation	~0,35	12			
						DEU: Niedrige Inflation	~0,05	12			
						FRA: Herstellung von Waren	~0,7	12			
						FRA: Bau	~0,9	12			
						FRA: Dienstleistungen	~0,7	12			
						FRA: Gesamtwirtschaft	~0,65	12			
						FRA: Hohe Inflation	~0,75	12			
						FRA: Niedrige Inflation	~0,2	12			
ITA: Herstellung von Waren	~0,05	12									

Q: WIFO-Darstellung. BWS . . . Bruttowertschöpfung. – 1) ~ . . . keine Angabe in Tabellenform, abgelesen aus VAR-Grafik. – 2) Österreich, Australien, Belgien, Kanada, Tschechien, Estland, Euro-Raum, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Südkorea, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, USA. – 3) Regressionsergebnisse aus den Regressionen mit der Kontrollvariable Gesamtfaktorproduktivität. – 4) 2,7 Prozentpunkte Schock (= 1 Standardabweichung) auf das Wachstum der Lohnstückkosten. – 5) Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Norwegen, Schweiz, Israel.

Übersicht 2:/Fortsetzung: **Pass-Through-Schätzwerte zur Überwälzung aus der Literatur**

Quelle	Methode	Land	Zeitraum	Abhängige Variable	Lohnindikator	Sektor	Überwälzungsgrad ¹⁾	Horizont in Quartalen	Anmerkung
Bobeica et al. (2019)	VAR (3 Variablen: Wachstumsraten 1. der realen Wertschöpfung, 2. der Lohnstückkosten und 3. des Wertschöpfungsdeflators)	Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien	I. Quartal 1985 bis I. Quartal 2018			ITA: Bau	~0,25	12	
						ITA: Dienstleistungen	~0,65	12	
						ITA: Gesamtwirtschaft	~0,5	12	
						ITA: Hohe Inflation	~0,5	12	
						ITA: Niedrige Inflation	~0,2	12	
						SPA: Herstellung von Waren	~0,5	12	
						SPA: Bau	~0,25	12	
						SPA: Dienstleistungen	~0,05	12	
						SPA: Gesamtwirtschaft	~0,38	12	
						SPA: Hohe Inflation	~0,1	12	
Boranova et al. (2021)	(Interacted) Panel Vector Autoregression	27 Europäische Länder ²⁾	I. Quartal 1995 bis I. Quartal 2019	Kerninflation	Um die Trendproduktivität bereinigte Löhne	Gesamtwirtschaft	0,308	12	
			Nach 2008	Kerninflation	Um die Trendproduktivität bereinigte Löhne	Gesamtwirtschaft	0,186	12	
Deutsche Bundesbank (2019)	Makroökonomisches Modell und strukturelles VAR mit zeitvariierenden Parametern	Deutschland	2010er-Jahre	BWS-Deflator	Lohnstückkosten		~0,3	4	
							~0,4	16	
							~0,4	4	
			2010er-Jahre	Konsumdeflator	Lohnstückkosten		~0,6	16	
							~0,06	4	
							~0,02	16	
				Stundenlöhne		0,1	4		
				Stundenlöhne		0,22	16		

Q: WIFO-Darstellung. BWS . . . Bruttowertschöpfung. – 1) ~ . . . keine Angabe in Tabellenform, abgelesen aus VAR-Grafik. – 2) Österreich, Australien, Belgien, Kanada, Tschechien, Estland, Euro-Raum, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Südkorea, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, USA. – 3) Regressionsergebnisse aus den Regressionen mit der Kontrollvariable Gesamtfaktorproduktivität. – 4) 2,7 Prozentpunkte Schock (= 1 Standardabweichung) auf das Wachstum der Lohnstückkosten. – 5) Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Norwegen, Schweiz, Israel.

Schwieriger zu bewerten sind hingegen gesellschaftlich relevante Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Pflege, welche sich häufig einer üblichen Produktivitätsmessung entziehen, die aber in Zukunft einen hohen Arbeitskräftebedarf aufweisen werden. Lohnsteigerungen, auch zur Hebung der Lohnniveaus, werden notwendig sein, um die fi-

nanzielle Attraktivität dieser Berufe sicherzustellen. Da es sich überwiegend um Beschäftigungsverhältnisse bei öffentlichen Gebietskörperschaften handelt, werden Lohnsteigerungen vor allem durch den fiskalischen Spielraum determiniert, und es ist eine gesellschaftliche und politische Debatte über den Wert dieser Arbeit notwendig.

5. Zusammenfassung

Die Lohnpolitik steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Es gilt, einen Inflationsschock zu verarbeiten, dessen Ausmaß in den letzten Jahrzehnten einmalig ist. Die Schwierigkeit ist in Österreich besonders ausgeprägt, weil hier die Inflationsdynamik seit Mitte 2022 höher ist als im Durchschnitt des Euro-Raumes und auch in den nächsten Jahren höher bleiben dürfte, obgleich das

WIFO eine Verringerung des Inflationsdifferenzials erwartet.

Die bisherige Vorgangsweise, den Lohnverhandlungen der Tarifpartner die rollierende Inflation zugrunde zu legen, erreicht ihre Grenzen. In der rezenten Phase steigender Inflation entstanden Reallohnverluste historischen Ausmaßes, die erst verzögert durch hohe Lohnabschlüsse ausgeglichen werden.

Diese hohen Abschlüsse treffen allerdings auf eine ungünstige Konjunktur. So befinden sich die Industrie und die Bauwirtschaft bereits jetzt in einer Rezession und stehen mittelfristig vor der großen strukturellen Herausforderung der Dekarbonisierung.

Die Grundsätze der sogenannten Benya-Formel, vor allem ihre Einjährigkeit und Vergangenheitsbezogenheit, haben sich bewährt und sollten beibehalten werden. An die Stelle der rollierenden Inflation könnte jedoch mittelfristig die laufende Inflation als Ausgangspunkt der Lohnverhandlungen treten, damit es nicht erneut zu hohen Reallohnverlusten kommen kann, deren Ausgleich in möglicherweise wirtschaftlich schwierige Zeiten fällt.

Für einen fließenden Übergang vom bestehenden in ein neues System könnte der Reallohn ausgleich nach Branchen differenziert und über die Zeit gestreckt werden. Niedrigere Abschlüsse im laufenden Jahr würden mit Zuschlägen im nächsten Jahr (oder in den Folgejahren) kompensiert, sodass am Ende der Anpassung dauerhafte Reallohn-gewinne für die Arbeitnehmer:innen stünden. Die Unternehmen (insbesondere in der Industrie) würden so wertvolle Anpassungs-

zeit gewinnen, und der aus höheren Löhnen resultierende Preisdruck würde teilweise in Jahre mit deutlich niedrigeren Inflationsraten geschoben. Weiters sollten – flankierend – Informationen über die Entwicklung der nominalen Bruttowertschöpfung der Sektoren in die Lohnverhandlungen einbezogen werden, um die Veränderung des Verteilungsspielraumes zu ermitteln.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Lohnpolitik der Tarifpartner zu unterstützen. Immerhin würde eine Verzögerung bei der Tarifanpassung zumindest einen temporären Lohnverzicht als Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität mit sich bringen. Eine bereits beschlossene unterstützende Maßnahme ist die Abschaffung der kalten Progression. Jede Maßnahme, die auf budgetneutrale Weise die Inflation dämpft, erleichtert die Aufgaben der Tarifpartner. Eine ähnliche Streckung der Preisanpassung, wie sie in diesem Beitrag für die Löhne vorgeschlagen wurde, wäre auch bei den Mieten sinnvoll. Zudem wäre auch für hohe Pensionen eine Anpassung unter der rollierenden Inflation und mit späteren Ausgleichszahlungen aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive vernünftig.

6. Literaturhinweise

- Adam, K., & Weber, H. (2020). Estimating the optimal inflation target from trends in relative prices. *American Economic Journal: Macroeconomics*, 15(3), 1-42.
- Baumgartner, J. (2006). Inflation Persistence in Austria: First Results for Aggregate and Sectoral Price Series. In OeNB (Hrsg.), *Price Setting and Inflation Persistence in Austria*. Workshops – Proceedings of OeNB Workshop, (8), 145-182. https://www.oenb.at/dam/jcr:d70deb6e-c72c-47d7-a3b0-866e9cefab2c/inflation_persistence_in_austria_tcm16-41239.pdf.
- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2023a). Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2028. WIFO (mimeo).
- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2023b). Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex. WWWI: 31. bis 38. Kalenderwoche 2023. WIFO. https://www.wifo.ac.at/news/woechentlicher_wifo-wirtschaftsindex_1 (abgerufen am 9. 10. 2023).
- Bitschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner? *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(2), 79-101. <https://dx.doi.org/10.59288/wug492.187>.
- Bobeica, E., Ciccarelli, M., & Vansteenkiste, I. (2019). The link between labor cost and price inflation in the euro area. *EZB Working Paper*, (2235).
- Boranova, V., Huidrom, R., Nowak, S., Topalova, P., Tulin, V., & Varghese, R. (2021). Wage growth and inflation in Europe: a puzzle? *Oxford Economic Papers*, 73(4), 1427-1453.
- Deutsche Bundesbank (2019). Zum Einfluss der Löhne auf die Preise in Deutschland: Ergebnisse ausgewählter empirischer Analysen. *Monatsbericht*, (September). <https://www.bundesbank.de/resource/blob/807702/77dd62a0ec3290719e5acd6e3f032838/mL/2019-09-lohnaenderungen-data.pdf>.
- Dhyne, E., Ayumu, K. K., Magne, M., & Tintelnot, F. (2023). Measuring the Share of Imports in Final Consumption. *Becker-Friedman-Institute for Economics Working Paper*, (2023-14). https://bfi.uchicago.edu/wp-content/uploads/2023/01/BFI_WP_2023-14.pdf.
- Duernecker, G., & Sanchez-Martinez, M. (2023). Structural change and productivity growth in Europe – Past, present and future. *European Economic Review*, 151(104329). https://www.wiwi.uni-frankfurt.de/fileadmin/user_upload/dateien_abteilungen/abt_ewf/LS_Klump/Artikel_Duernecker_Sanchez-Martinez.pdf.
- Europäische Kommission (2023). European Economic Forecast. Spring 2023. *European Economy*. https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-05/ip200_en_1.pdf.
- Europäische Zentralbank (2008). Wage indexation mechanisms in Euro Area countries. *ECB Monthly Bulletin*, (May), 51-52. https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/mb200805_focus05.en.pdf.
- Glocker, C., & Scheiblecker, M. (2023). Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 96(7), 435-449. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70859>.
- Heise, S., Karahan, F., & Şahin, A. (2022). The Missing Inflation Puzzle: The Role of the Wage-Price Pass-Through. *Journal of Money, Credit and Banking*, 54(S1), 7-51.

- Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2023). Konjunkturaussichten bleiben überwiegend pessimistisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom September 2023. *WIFO-Konjunkturtest*, (8). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71119>.
- Kohlscheen, E., & Moessner, R. (2021). Globalisation and the decoupling of inflation from domestic labour costs. *CESifo Working Paper*, (9281). <https://www.cesifo.org/en/publications/2021/working-paper/globalisation-and-decoupling-inflation-domestic-labour-costs>.
- Peneva, E. V., & Rudd, J. B. (2017). The passthrough of labor costs to price inflation. *Journal of Money, Credit and Banking*, 49(8), 1777-1802.
- Rumler, F., Stiglbauer, A., & Baumgartner, J. (2011). Patterns and Determinants of Price Changes: Analysing Individual Consumer Prices in Austria. *German Economic Review*, 12(3), 336-350. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0475.2010.00523.x>.
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2023). Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71123>.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022		2023			2023				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	7,2	6,2	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8
USA	8,1	5,4	3,6	3,6	3,6	3,5	3,6	3,6	3,5	3,4	3,7	3,6	3,5
Japan	2,8	2,8	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,8	2,6	2,6	2,5	2,7
Euro-Raum	8,0	7,7	6,7	6,7	6,7	6,6	6,5	6,6	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4
Belgien	5,6	6,3	5,6	5,4	5,7	5,6	5,6	5,6	5,6	5,6	5,6	5,6	5,5
Deutschland	3,7	3,6	3,1	3,1	3,1	3,0	2,9	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
Irland	5,8	6,3	4,5	4,3	4,5	4,1	4,2	4,1	4,1	4,2	4,1	4,2	4,1
Griechenland	17,6	14,8	12,4	12,3	11,7	11,3	11,3	11,4	11,2	11,6	11,2	11,0	10,8
Spanien	15,6	14,8	12,9	12,8	13,0	12,8	11,9	12,8	12,5	12,1	11,9	11,7	11,6
Frankreich	8,0	7,9	7,3	7,2	7,2	7,1	7,3	7,1	7,1	7,3	7,3	7,3	7,4
Italien	9,3	9,5	8,1	8,0	7,9	7,9	7,7	7,9	7,8	7,8	7,7	7,5	7,6
Luxemburg	6,7	5,4	4,6	4,6	4,9	4,9	5,1	4,9	4,9	5,0	5,0	5,2	5,2
Niederlande	4,9	4,2	3,5	3,7	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,5	3,6
Österreich	6,1	6,2	4,8	5,0	5,0	4,8	5,0	4,9	4,5	5,1	4,7	5,1	5,6
Portugal	7,1	6,6	6,1	6,0	6,4	6,9	6,4	6,9	6,8	6,5	6,4	6,3	6,3
Slowakei	6,6	6,8	6,2	6,0	6,0	6,0	5,9	6,0	6,0	5,9	5,9	5,8	5,8
Finnland	7,8	7,6	6,8	7,1	6,8	6,8	7,1	6,6	6,6	7,0	7,1	7,2	7,4
Tschechien	2,6	2,8	2,4	2,4	2,4	2,5	2,6	2,5	2,6	2,7	2,5	2,7	2,7
Ungarn	4,1	4,0	3,6	3,6	3,8	3,8	3,9	3,8	3,8	3,9	3,9	3,9	4,0
Polen	3,2	3,4	2,9	2,9	2,9	2,7	2,8	2,7	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8
Schweiz	4,8	5,1	4,3	4,2	4,3	4,2	-	-	-	-	-	-	-

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 1,3	+ 4,0	+ 9,6	+10,4	+10,1	+ 8,6	+ 6,5	+ 8,8	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,5	+ 5,7	+ 5,9
USA	+ 1,2	+ 4,7	+ 8,0	+ 8,3	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,0	+ 3,0	+ 3,2
Japan	- 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 0,3	+ 2,6	+ 8,4	+ 9,3	+10,0	+ 8,0	+ 6,2	+ 8,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,5	+ 5,3
Belgien	+ 0,4	+ 3,2	+10,3	+11,0	+11,2	+ 5,9	+ 2,6	+ 5,4	+ 4,9	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,7
Deutschland	+ 0,4	+ 3,2	+ 8,7	+ 9,4	+10,8	+ 8,7	+ 6,9	+ 9,3	+ 7,8	+ 7,6	+ 6,3	+ 6,8	+ 6,5
Irland	- 0,5	+ 2,4	+ 8,1	+ 9,1	+ 8,8	+ 7,5	+ 5,5	+ 8,1	+ 7,0	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,8	+ 4,6
Griechenland	- 1,3	+ 0,6	+ 9,3	+11,5	+ 8,6	+ 6,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 5,4	+ 4,5	+ 4,1	+ 2,8	+ 3,5
Spanien	- 0,3	+ 3,0	+ 8,3	+10,0	+ 6,5	+ 5,0	+ 2,8	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,1
Frankreich	+ 0,5	+ 2,1	+ 5,9	+ 6,5	+ 7,0	+ 7,0	+ 6,1	+ 7,3	+ 6,7	+ 6,9	+ 6,0	+ 5,3	+ 5,1
Italien	- 0,1	+ 1,9	+ 8,7	+ 8,9	+12,5	+ 9,5	+ 7,8	+ 9,8	+ 8,1	+ 8,6	+ 8,0	+ 6,7	+ 6,3
Luxemburg	+ 0,0	+ 3,5	+ 8,2	+ 8,9	+ 7,5	+ 4,5	+ 1,9	+ 4,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0
Niederlande	+ 1,1	+ 2,8	+11,6	+14,1	+13,0	+ 7,2	+ 6,3	+ 8,9	+ 4,5	+ 5,8	+ 6,8	+ 6,4	+ 5,3
Österreich	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 9,9	+11,1	+10,6	+ 8,6	+11,0	+ 9,2	+ 9,4	+ 8,7	+ 7,8	+ 7,0
Portugal	- 0,1	+ 0,9	+ 8,1	+ 9,5	+10,2	+ 8,4	+ 5,7	+ 8,6	+ 8,0	+ 6,9	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3
Slowakei	+ 2,0	+ 2,8	+12,1	+13,3	+14,9	+15,1	+12,5	+15,4	+14,8	+14,0	+12,3	+11,3	+10,3
Finnland	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,2	+ 8,1	+ 8,7	+ 7,5	+ 5,1	+ 8,0	+ 6,7	+ 6,3	+ 5,0	+ 4,1	+ 4,2
Tschechien	+ 3,3	+ 3,3	+14,8	+17,4	+16,5	+18,0	+12,6	+18,4	+16,5	+14,3	+12,5	+11,2	+10,2
Ungarn	+ 3,4	+ 5,2	+15,3	+18,0	+23,3	+25,9	+22,1	+25,8	+25,6	+24,4	+21,9	+19,9	+17,5
Polen	+ 3,7	+ 5,2	+13,2	+14,9	+15,9	+16,1	+12,5	+17,2	+15,2	+14,0	+12,5	+11,0	+10,3
Schweiz	- 0,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,1

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	- 4,3	+ 23,0	- 3,9	- 10,1	- 12,3	- 2,8	+ 4,6	+ 0,5	+ 5,3	+ 8,2	+ 8,9	+ 3,9	
Euro-Raum, STOXX 50	- 4,7	+ 22,9	- 6,6	- 13,7	- 11,5	+ 3,5	+ 17,1	+ 13,4	+ 17,0	+ 20,5	+ 23,9	+ 16,1	
Deutschland, DAX 30	+ 1,9	+ 23,3	- 8,8	- 16,7	- 12,8	+ 1,7	+ 14,5	+ 11,1	+ 13,9	+ 17,9	+ 23,8	+ 17,7	
Österreich, ATX	- 20,5	+ 42,5	- 7,0	- 17,8	- 19,6	- 8,2	- 0,5	- 0,3	- 1,6	+ 0,6	+ 9,7	+ 4,7	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 13,7	+ 11,6	+ 5,1	+ 3,0	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,9	+ 4,0	- 0,3	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 22,1	+ 20,4	- 14,6	- 27,8	- 28,9	- 15,0	+ 8,4	- 4,1	+ 10,0	+ 18,9	+ 29,5	+ 29,0	
Tschechien, PX 50	- 11,6	+ 29,1	+ 6,4	- 3,0	- 13,1	- 3,9	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,2	+ 6,7	+ 11,4	
Ungarn, BUX Index	- 10,2	+ 29,6	- 9,6	- 17,8	- 18,2	- 8,2	+ 13,2	+ 2,0	+ 12,1	+ 24,4	+ 28,6	+ 29,4	
Polen, WIG Index	- 13,9	+ 29,4	- 12,8	- 24,6	- 25,5	- 9,2	+ 11,4	- 2,5	+ 13,9	+ 22,1	+ 31,4	+ 28,5	
Russland, RTS Index	- 4,0	+ 28,0	- 27,1	- 30,2	- 38,6	- 27,9	- 11,9	- 0,4	- 12,2	- 20,7	- 12,6	- 9,8	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 2,0	+ 26,4	- 3,2	- 9,0	- 8,5	- 4,2	+ 2,9	- 1,7	+ 2,9	+ 7,9	+ 10,2	+ 5,7	
USA, S&P 500 Index	+ 10,5	+ 32,8	- 4,1	- 10,0	- 16,3	- 10,4	+ 2,4	- 6,1	+ 2,6	+ 11,4	+ 15,2	+ 7,2	
Brasilien, BM&FBOVESPA	- 1,9	+ 18,4	- 6,2	- 11,1	+ 4,6	- 4,1	+ 1,2	- 9,8	- 0,1	+ 12,9	+ 20,3	+ 6,9	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+ 4,7	+ 27,0	- 5,5	- 3,3	- 5,0	+ 0,5	+ 13,3	+ 4,6	+ 13,1	+ 21,5	+ 21,1	+ 13,5	
China, Shanghai Index	+ 7,2	+ 13,1	- 8,9	- 8,7	- 14,0	- 4,9	+ 3,0	+ 5,9	+ 6,2	- 2,4	- 2,7	- 2,1	
Indien, Sensex 30 Index	- 1,1	+ 41,8	+ 7,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,2	+ 11,9	+ 3,1	+ 13,4	+ 18,1	+ 20,9	+ 10,8	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	In %												
USA	0,6	0,1	2,2	2,8	4,3	4,8	5,1	4,9	5,0	5,2	5,2	5,4	5,4
Japan	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.
Kanada	0,6	0,2	2,6	3,4	4,4	4,7	4,9	4,8	4,8	4,8	5,0	5,2	5,2
Euro-Raum	- 0,4	- 0,5	0,3	0,5	1,8	2,6	3,4	2,9	3,2	3,4	3,5	3,7	3,8
Tschechien	0,9	1,1	6,3	7,3	7,3	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2	7,1	7,1
Dänemark	- 0,2	- 0,2	0,6	0,8	2,1	2,8	3,4	3,1	3,3	3,4	3,6	3,7	3,8
Ungarn	0,7	1,4	10,0	12,1	16,2	16,5	16,0	15,8	17,1	14,8	15,9	10,3	13,9
Polen	0,6	0,6	6,2	7,1	7,3	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,8	6,7
Schweden	- 0,1	- 0,2	0,7	1,1	1,8	3,0	3,5	3,2	3,4	3,5	3,5	3,7	3,8
Vereinigtes Königreich	0,3	0,1	2,0	2,3	3,6	4,2	4,8	4,3	4,5	4,7	5,1	5,5	5,5
Norwegen	0,7	0,5	2,1	2,6	3,4	3,4	4,0	3,7	3,7	3,9	4,4	4,7	4,7
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,1	0,1	0,6	1,1	1,5	1,4	1,5	1,5	1,5	1,7	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, comelia.schobert@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2020	2021	2022	2022		2023		März	April	2023			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			II. Qu.	Mai	Juni	Juli
USA	0,9	1,4	3,0	3,1	3,8	3,6	3,6	3,7	3,5	3,6	3,8	3,9	4,2
Japan	- 0,0	0,1	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,5	0,6
Kanada	0,8	1,4	2,8	3,0	3,2	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	3,3	3,5	3,7
Euro-Raum	0,2	0,2	2,0	2,3	3,0	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3	3,3
Belgien	- 0,1	- 0,0	1,7	2,0	2,7	2,9	3,1	3,0	3,1	3,0	3,1	3,1	3,2
Deutschland	- 0,5	- 0,4	1,1	1,3	2,1	2,3	2,4	2,4	2,4	2,3	2,4	2,5	2,5
Irland	- 0,1	0,1	1,7	2,0	2,6	2,8	2,8	2,9	2,8	2,8	2,8	2,9	3,0
Griechenland	1,3	0,9	3,5	3,8	4,5	4,3	4,0	4,3	4,2	4,0	3,7	3,9	3,9
Spanien	0,4	0,3	2,2	2,5	3,1	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,5	3,6
Frankreich	- 0,1	0,0	1,7	1,9	2,7	2,8	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	3,0	3,1
Italien	1,2	0,8	3,2	3,6	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,3	4,1	4,2	4,2
Luxemburg	- 0,4	- 0,4	1,7	2,1	2,8	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1
Niederlande	- 0,4	- 0,3	1,4	1,7	2,4	2,6	2,7	2,8	2,7	2,7	2,8	2,8	2,9
Österreich	- 0,2	- 0,1	1,7	1,9	2,8	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	3,1	3,2
Portugal	0,4	0,3	2,2	2,4	3,1	3,2	3,2	3,3	3,2	3,2	3,1	3,2	3,3
Finnland	- 0,2	- 0,1	1,7	2,0	2,8	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1	3,2
Dänemark	- 0,4	- 0,1	1,5	1,7	2,4	2,5	2,6	2,6	2,6	2,5	2,6	2,7	2,8
Schweden	- 0,0	0,3	1,5	1,7	2,1	2,3	2,4	2,4	2,4	2,3	2,5	2,5	2,8
Vereinigtes Königreich	0,3	0,7	2,4	2,6	3,5	3,5	4,0	3,5	3,6	4,0	4,3	4,4	4,5
Norwegen	0,8	1,4	2,8	3,1	3,3	3,1	3,3	3,1	3,1	3,2	3,5	3,6	3,8
Schweiz	- 0,5	- 0,3	0,8	0,8	1,2	1,3	1,0	1,2	1,1	1,0	0,9	0,9	1,0

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2020	2021	2022	2022		2023		April	Mai	2023			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.			II. Qu.	Juni	Juli	August
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,14	1,18	1,05	1,07	1,01	1,02	1,07	1,09	1,10	1,09	1,08	1,11	1,09
Yen	121,78	129,86	138,01	138,14	139,20	144,22	141,98	149,53	146,51	148,93	153,15	155,94	157,96
Schweizer Franken	1,07	1,08	1,01	1,03	0,97	0,98	0,99	0,98	0,98	0,98	0,98	0,97	0,96
Pfund Sterling	0,89	0,86	0,85	0,85	0,86	0,87	0,88	0,87	0,88	0,87	0,86	0,86	0,86
Schwedische Krone	10,49	10,14	10,63	10,47	10,62	10,94	11,20	11,46	11,34	11,37	11,68	11,63	11,81
Dänische Krone	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,45	7,45	7,45	7,45	7,45	7,45
Norwegische Krone	10,72	10,16	10,10	10,02	10,06	10,39	10,98	11,66	11,52	11,73	11,72	11,35	11,41
Tschechische Krone	26,46	25,65	24,56	24,63	24,58	24,39	23,78	23,58	23,44	23,60	23,70	23,89	24,11
Russischer Rubel	82,65	87,23	73,88	71,97	60,66	64,61	78,64	88,71	89,12	86,07	90,95	100,20	104,43
Ungarischer Forint	351,21	358,46	390,94	385,33	403,46	410,89	388,65	372,77	375,34	372,37	370,60	379,04	385,05
Polnischer Zloty	4,44	4,56	4,68	4,65	4,74	4,73	4,71	4,54	4,63	4,53	4,46	4,44	4,46
Neuer Rumänischer Leu	4,84	4,92	4,93	4,94	4,91	4,92	4,92	4,95	4,94	4,95	4,96	4,94	4,94
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,87	7,63	7,08	7,04	6,90	7,26	7,34	7,64	7,56	7,59	7,77	7,95	7,91
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,5	+ 0,6	- 1,5	- 2,0	- 2,3	- 0,9	+ 0,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,6
Industriewaren	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	- 2,0	- 2,3	- 0,7	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,8
Real	+ 1,8	+ 0,2	- 2,0	- 2,9	- 2,5	- 0,6	+ 1,4	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,2	.
Industriewaren	+ 1,7	+ 0,2	- 1,7	- 2,7	- 2,2	+ 0,0	+ 2,0	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,7	+ 4,6	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2020	2021	2022	2022		2023		März	April	2023			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			II. Qu.	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 23,3	+ 87,6	+ 57,2	+ 63,6	+ 14,2	- 26,5	- 40,2	- 44,9	- 35,5	- 41,0	- 44,1	- 41,6	- 45,2
Ohne Energierohstoffe	+ 2,9	+ 43,2	+ 4,8	- 4,0	- 9,1	- 18,6	- 21,8	- 25,6	- 23,8	- 23,0	- 18,2	- 8,2	- 12,0
Auf Euro-Basis	- 24,9	+ 82,4	+ 76,4	+ 91,7	+ 28,1	- 23,4	- 41,5	- 43,4	- 36,4	- 42,6	- 45,5	- 46,3	- 49,2
Ohne Energierohstoffe	+ 0,8	+ 38,5	+ 17,4	+ 12,4	+ 1,9	- 15,0	- 23,5	- 23,4	- 24,9	- 25,1	- 20,2	- 15,5	- 18,3
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,6	+ 33,5	+ 33,8	+ 36,0	+ 17,8	- 2,2	- 17,6	- 12,5	- 15,4	- 19,8	- 17,7	- 14,3	- 17,8
Industrierohstoffe	- 0,7	+ 41,3	+ 8,7	+ 0,0	- 7,0	- 22,1	- 27,2	- 29,6	- 30,5	- 28,5	- 22,0	- 16,4	- 18,7
Energierohstoffe	- 31,4	+ 98,6	+ 91,7	+ 111,2	+ 33,1	- 25,0	- 44,7	- 46,6	- 38,6	- 45,8	- 49,6	- 50,6	- 53,1
Rohöl	- 33,4	+ 60,3	+ 56,0	+ 55,7	+ 22,1	- 13,0	- 31,8	- 28,0	- 22,3	- 34,2	- 37,8	- 29,4	- 18,2

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2022				2023		
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)														
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes														
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 4,8	.	.	+ 9,2	+ 6,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	- 1,1	
Exporte	+ 5,2	+ 4,0	- 10,7	+ 9,6	+ 9,6	.	.	+ 18,3	+ 11,2	+ 7,8	+ 2,5	+ 5,1	+ 5,0	
Importe	+ 5,3	+ 2,1	- 9,2	+ 13,7	+ 6,4	.	.	+ 14,3	+ 7,0	+ 5,5	- 0,0	+ 0,1	+ 1,2	
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	+ 3,1	.	.	+ 7,0	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,8	- 1,3	- 3,4	
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	+ 3,8	.	.	+ 10,4	+ 5,7	- 1,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,0	
Private Haushalte ²⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 5,7	.	.	+ 13,9	+ 9,0	- 0,4	+ 1,9	+ 1,8	- 0,7	
Staat	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	- 0,6	.	.	+ 2,8	- 1,8	- 4,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,8	
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,1	- 0,7	- 4,8	+ 11,4	+ 1,4	.	.	- 0,4	- 0,1	+ 6,4	+ 0,1	- 4,8	- 8,9	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 0,3	.	.	+ 0,8	- 4,9	- 0,3	+ 3,3	+ 4,0	+ 0,5	
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 1,2	+ 1,6	- 9,5	+ 16,0	- 0,1	.	.	+ 0,2	- 14,9	+ 1,2	+ 14,6	+ 5,7	+ 4,9	
Bauten	+ 5,6	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	- 3,1	.	.	- 0,3	- 2,0	- 4,7	- 4,7	- 2,9	- 7,3	
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 6,8	+ 10,8	- 3,4	+ 5,1	+ 5,7	.	.	+ 4,7	+ 5,4	+ 7,2	+ 5,7	+ 14,9	+ 12,0	
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen														
Herstellung von Waren	+ 4,5	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 4,2	.	.	+ 6,1	+ 5,3	+ 2,1	+ 3,2	+ 0,9	- 2,8	

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,3	+ 2,1	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,7							
Exporte	+ 0,7	+ 3,2	+ 0,6	- 0,7	+ 1,3	+ 3,7							
Importe	+ 2,6	- 0,6	+ 0,2	- 0,7	+ 0,8	+ 1,0							
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	- 0,1	- 0,7	- 0,2	+ 0,0	- 2,5							
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,4	+ 0,2	- 0,6	+ 0,4	+ 0,7	- 0,4							
Private Haushalte ²⁾	+ 2,8	+ 0,6	- 0,5	- 0,7	+ 2,1	- 1,4							
Staat	- 1,8	- 0,7	- 0,7	+ 3,3	- 2,6	+ 1,9							
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 3,6	+ 1,3	- 3,5	- 1,9	- 0,7	- 2,1							
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,6	- 0,3	- 0,8	+ 4,3	+ 0,0	- 2,1							
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 3,6	- 3,5	+ 0,5	+ 14,1	- 5,9	- 2,4							
Bauten	- 0,7	+ 0,4	- 3,3	- 0,7	+ 1,2	- 3,3							
Sonstige Anlagen ⁴⁾	- 0,9	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,5	+ 6,8	+ 0,4							
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 2,5	+ 1,4	- 1,2	+ 0,8	- 0,9	- 1,0							

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Stand 1. 9. 2023. 2023 und 2024: Prognose (Veröffentlichung im Oktober 2023). – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2022				2023		
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,3	+ 3,8	- 2,9	+ 6,1	.	.	.	+ 9,8	+ 8,6	+ 6,0	+ 6,3	+ 10,5	+ 9,1	
Arbeitnehmerentgelte	+ 5,1	+ 4,2	- 0,3	+ 4,7	+ 7,6	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,4	+ 7,2	+ 7,4	.	.	+ 4,9	+ 2,6	+ 8,0	+ 13,4	+ 11,9	+ 7,4	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität														
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,2	- 4,6	+ 2,1	+ 1,6	.	.	+ 3,8	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 2,2	
BIP nominell	Mrd. €	385,27	397,17	381,04	406,15	447,06	.	.	104,01	112,43	112,18	118,44	114,79	119,57
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	43.594	44.738	42.733	45.372	49.383	.	.	11.556	12.436	12.363	13.021	12.598	13.105
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 4,8	+ 2,9	.	.	+ 6,5	+ 2,7	- 0,9	+ 3,6	+ 3,0	+ 0,6	
Stundenproduktivität Gesamt-wirtschaft ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	+ 1,9	.	.	+ 2,5	+ 3,7	+ 3,0	- 1,3	- 1,0	- 1,6	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Stand 1. 9. 2023. 2023 und 2024: Prognose (Veröffentlichung im Oktober 2023). – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	2023			2023				
					II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamt-wirtschaft	+ 20,2	+ 8,1	+ 4,2	+ 5,5	+ 4,9	+ 4,7	+ 10,9	+ 4,8	- 0,9	- 5,2	- 8,9	
Index der aktuellen Lage-beurteilungen	+ 25,9	+ 13,2	+ 8,5	+ 10,0	+ 8,6	+ 7,7	+ 12,7	+ 9,5	+ 3,7	- 2,0	- 7,7	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 14,6	+ 3,0	- 0,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 9,3	+ 0,2	- 5,3	- 8,3	- 10,0	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	+ 17,9	+ 5,8	- 1,9	- 1,1	- 4,8	- 1,4	+ 0,3	- 4,4	- 10,4	- 12,7	- 17,9	
Bauwirtschaft	+ 39,2	+ 29,6	+ 27,6	+ 19,4	+ 10,7	+ 15,1	+ 15,7	+ 11,8	+ 4,6	+ 0,4	- 0,6	
Dienstleistungen	+ 23,3	+ 9,7	+ 6,5	+ 9,3	+ 12,1	+ 8,7	+ 18,9	+ 11,6	+ 5,7	- 0,4	- 3,7	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Sommerseason 2022			Mai bis Juli 2023			
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Insgesamt	Übernachtungen ²⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland	
Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2019 in %								
Österreich	+ 2,4	- 1,4	+ 4,4	- 3,8	+ 14,5	+ 2,0	+ 3,2	+ 1,5
Wien	- 14,8	- 17,2	+ 0,4	- 20,7	+ 11,8	- 1,2	+ 6,7	- 2,8
Niederösterreich	- 3,4	- 9,9	- 4,6	- 18,7	+ 12,1	- 2,3	- 1,2	- 4,2
Burgenland	- 0,2	- 3,5	- 0,7	- 11,3	+ 21,4	+ 6,4	+ 5,7	+ 8,2
Steiermark	+ 13,4	+ 6,5	+ 0,1	+ 6,5	+ 22,9	+ 7,0	+ 1,1	+ 15,5
Kärnten	+ 8,5	+ 2,9	+ 11,5	- 3,0	+ 12,9	- 1,9	+ 5,2	- 6,9
Oberösterreich	+ 11,7	- 0,9	+ 3,9	- 6,2	+ 24,3	+ 4,7	+ 5,5	+ 3,9
Salzburg	+ 3,5	+ 0,5	+ 8,8	- 2,0	+ 17,8	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,5
Tirol	+ 6,9	+ 1,2	+ 6,5	+ 1,3	+ 17,6	+ 1,9	+ 0,4	+ 2,1
Vorarlberg	+ 10,7	+ 2,3	+ 5,5	+ 1,9	+ 21,4	+ 5,0	+ 7,9	+ 4,6

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Schätzung. – 2) Endgültige Werte. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, anna.burton@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2022	2023	2022	2023	2020	2021	2022	2023	Februar	März	2023	April	Mai	Juni
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Warenexporte insgesamt	194,7	102,2	100,0	100,0	- 7,1	+ 16,1	+ 17,6	+ 5,9	+ 4,7	+ 13,4	+ 6,3	- 0,9	+ 3,4	
Intra-EU 27 (ab 2020)	133,7	70,5	68,7	69,0	- 5,9	+ 17,0	+ 18,5	+ 5,5	+ 4,6	+ 12,1	+ 5,5	- 1,2	+ 2,6	+ 2,6
Deutschland	58,0	30,7	29,8	30,1	- 3,6	+ 15,0	+ 16,2	+ 7,5	+ 8,3	+ 8,9	+ 3,5	+ 2,6	+ 6,7	+ 6,7
Italien	13,2	6,5	6,8	6,3	- 9,5	+ 27,1	+ 18,1	- 5,3	- 2,8	- 4,6	- 7,1	- 11,6	- 9,0	- 9,0
Frankreich	7,8	3,8	4,0	3,7	- 9,2	+ 2,9	+ 23,5	+ 0,9	+ 2,9	+ 5,6	- 1,0	- 4,9	+ 0,4	+ 0,4
EU-Länder seit 2004	38,7	19,6	19,9	19,2	- 5,6	+ 19,9	+ 22,6	- 0,7	+ 3,8	- 3,7	- 7,4	- 3,0	+ 0,9	+ 0,9
5 EU-Länder ¹⁾	30,9	15,5	15,9	15,1	- 5,5	+ 19,5	+ 21,5	- 2,2	+ 0,8	- 5,7	- 8,2	- 3,5	+ 0,4	+ 0,4
Tschechien	7,1	3,7	3,6	3,6	- 6,0	+ 18,6	+ 17,5	+ 0,7	+ 10,6	- 4,0	- 6,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,4
Ungarn	7,7	3,8	4,0	3,7	- 11,4	+ 24,0	+ 26,1	- 5,1	- 3,1	- 10,2	- 16,9	- 5,9	+ 4,3	+ 4,3
Polen	7,4	3,7	3,8	3,7	+ 6,6	+ 19,3	+ 12,0	- 0,5	- 7,8	+ 1,3	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,5
Extra-EU 27 (ab 2020)	61,0	31,7	31,3	31,0	- 9,6	+ 14,4	+ 15,5	+ 6,9	+ 5,0	+ 16,3	+ 8,2	- 0,4	+ 4,9	+ 4,9
Schweiz	10,0	5,1	5,1	5,0	+ 3,0	+ 9,3	+ 22,3	+ 4,6	- 3,2	+ 0,7	+ 1,3	- 1,8	+ 22,3	+ 22,3
Vereinigtes Königreich	5,1	2,7	2,6	2,7	- 9,3	+ 8,8	+ 15,0	+ 5,0	+ 4,4	+ 5,1	+ 12,8	- 8,5	+ 29,9	+ 29,9
Westbalkanländer	2,0	1,1	1,0	1,1	- 10,4	+ 21,4	+ 20,2	+ 7,0	+ 14,3	+ 3,4	+ 1,3	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,0
GUS-Europa	2,0	0,8	1,0	0,8	- 11,6	- 3,4	- 8,6	- 23,7	- 40,2	+ 9,4	- 7,6	- 15,6	- 31,8	- 31,8
Russland	1,8	0,7	0,9	0,7	- 10,3	- 5,7	- 8,0	- 26,2	- 41,3	+ 6,1	- 7,9	- 19,3	- 35,0	- 35,0
Industrieländer in Übersee	21,3	11,3	10,9	11,0	- 11,9	+ 18,4	+ 17,6	+ 11,6	+ 17,8	+ 39,0	+ 10,4	- 3,8	- 5,5	- 5,5
USA	12,9	6,9	6,6	6,8	- 9,2	+ 19,4	+ 16,3	+ 13,7	+ 21,8	+ 44,5	+ 12,9	- 8,5	- 0,6	- 0,6
China	5,3	2,5	2,7	2,5	- 12,2	+ 23,1	+ 9,1	- 6,5	- 16,4	- 11,5	+ 6,1	+ 4,5	+ 5,4	+ 5,4
Japan	1,8	0,8	0,9	0,8	- 5,6	+ 12,0	+ 4,9	- 8,2	- 16,8	+ 6,0	- 23,5	- 18,1	- 15,1	- 15,1
Agrarwaren	15,1	8,0	7,8	7,8	+ 3,1	+ 8,6	+ 15,9	+ 9,7	+ 13,8	+ 10,7	+ 0,2	+ 7,6	+ 6,3	+ 6,3
Roh- und Brennstoffe	14,1	6,7	7,3	6,5	- 14,8	+ 41,2	+ 41,3	- 10,3	- 6,5	- 19,3	- 20,1	- 3,6	- 3,2	- 3,2
Industriewaren	165,4	87,5	85,0	85,6	- 7,5	+ 15,4	+ 16,1	+ 7,0	+ 4,9	+ 16,8	+ 9,4	- 1,5	+ 3,6	+ 3,6
Chemische Erzeugnisse	29,1	16,2	14,9	15,8	+ 2,8	+ 14,0	+ 15,0	+ 10,9	- 17,0	+ 41,5	+ 37,5	+ 0,4	+ 2,6	+ 2,6
Bearbeitete Waren	42,8	21,1	22,0	20,7	- 9,9	+ 23,0	+ 21,0	- 4,8	- 0,3	- 3,1	- 9,4	- 11,2	- 9,5	- 9,5
Maschinen, Fahrzeuge	69,5	38,5	35,7	37,7	- 11,9	+ 12,7	+ 13,4	+ 15,0	+ 18,9	+ 25,5	+ 14,4	+ 4,7	+ 13,4	+ 13,4
Konsumnahe Fertigwaren	20,3	10,0	10,4	9,8	- 7,3	+ 10,8	+ 14,4	+ 5,3	+ 9,8	+ 7,1	- 1,5	- 0,0	+ 3,1	+ 3,1
Warenimporte insgesamt	215,3	105,6	100,0	100,0	- 8,5	+ 23,6	+ 20,6	- 0,2	+ 6,2	+ 0,0	- 6,0	- 8,0	- 2,4	- 2,4
Intra-EU 27 (ab 2020)	140,2	67,5	65,1	63,9	- 8,4	+ 20,4	+ 17,9	- 2,5	+ 4,6	- 0,6	- 7,0	- 10,9	- 6,7	- 6,7
Deutschland	69,0	33,2	32,1	31,4	- 8,5	+ 17,1	+ 16,7	- 2,0	+ 4,7	- 1,8	- 5,2	- 10,4	- 7,1	- 7,1
Italien	13,4	6,6	6,2	6,2	- 12,0	+ 26,9	+ 16,1	- 3,6	+ 2,4	- 1,8	- 10,0	- 11,9	- 6,8	- 6,8
Frankreich	5,1	2,8	2,4	2,6	- 11,4	+ 21,4	+ 12,7	+ 9,4	+ 11,7	+ 25,0	- 4,1	- 4,7	+ 28,7	+ 28,7
EU-Länder seit 2004	34,5	16,1	16,0	15,3	- 6,6	+ 26,6	+ 20,8	- 4,0	+ 1,3	- 1,7	- 8,0	- 12,6	- 6,5	- 6,5
5 EU-Länder ¹⁾	29,4	13,9	13,7	13,1	- 8,6	+ 25,7	+ 21,6	- 3,4	+ 1,7	- 1,4	- 6,9	- 12,6	- 4,6	- 4,6
Tschechien	9,8	4,5	4,6	4,3	- 9,3	+ 29,1	+ 26,5	- 4,4	+ 5,8	- 6,1	- 8,9	- 20,5	- 2,4	- 2,4
Ungarn	5,3	2,7	2,5	2,5	- 9,9	+ 21,0	+ 14,2	- 0,8	+ 5,2	+ 4,2	+ 6,6	- 14,0	- 11,0	- 11,0
Polen	7,0	3,4	3,3	3,2	- 3,4	+ 28,3	+ 21,8	- 1,7	+ 0,6	+ 6,1	- 11,0	- 8,4	- 2,7	- 2,7
Extra-EU 27 (ab 2020)	75,0	38,1	34,9	36,1	- 8,7	+ 30,3	+ 26,1	+ 4,2	+ 9,2	+ 1,2	- 4,1	- 2,3	+ 6,8	+ 6,8
Schweiz	10,0	5,5	4,7	5,2	+ 25,5	+ 27,7	+ 3,1	+ 9,2	+ 11,5	+ 9,5	+ 13,2	- 7,1	+ 22,0	+ 22,0
Vereinigtes Königreich	3,5	1,9	1,6	1,8	- 24,2	+ 29,6	+ 25,7	- 7,6	+ 1,3	+ 0,2	- 62,5	- 34,6	+ 3,4	+ 3,4
Westbalkanländer	2,0	1,0	0,9	1,0	- 10,3	+ 25,0	+ 25,7	+ 4,6	+ 9,8	+ 9,5	- 5,1	+ 0,6	- 4,9	- 4,9
GUS-Europa	8,3	2,4	3,9	2,3	- 20,7	+ 110,5	+ 75,5	- 44,9	- 30,0	- 49,8	- 65,4	- 60,6	- 51,1	- 51,1
Russland	8,3	2,4	3,8	2,3	- 21,4	+ 115,1	+ 76,7	- 45,2	- 30,3	- 50,1	- 65,6	- 61,0	- 51,6	- 51,6
Industrieländer in Übersee	12,2	7,2	5,7	6,8	- 19,4	+ 12,2	+ 22,6	+ 30,6	+ 50,0	+ 25,7	+ 23,7	+ 18,6	+ 18,8	+ 18,8
USA	7,3	4,1	3,4	3,9	- 25,9	+ 8,4	+ 27,3	+ 32,9	+ 81,2	+ 13,3	+ 24,3	+ 6,4	+ 13,3	+ 13,3
China	17,5	7,8	8,1	7,4	+ 3,7	+ 28,7	+ 33,2	- 3,9	+ 8,7	- 6,1	- 1,2	- 11,3	- 12,5	- 12,5
Japan	2,5	1,5	1,2	1,4	- 8,7	+ 9,4	+ 12,4	+ 20,5	- 6,0	+ 43,7	+ 21,8	+ 5,8	+ 36,2	+ 36,2
Agrarwaren	14,8	7,8	6,9	7,4	- 0,4	+ 8,1	+ 17,4	+ 10,5	+ 18,3	+ 11,9	+ 2,6	+ 5,1	+ 8,2	+ 8,2
Roh- und Brennstoffe	36,1	13,9	16,8	13,1	- 23,4	+ 57,3	+ 63,2	- 21,3	- 8,1	- 27,5	- 33,2	- 33,1	- 28,5	- 28,5
Industriewaren	164,4	83,9	76,3	79,5	- 7,1	+ 21,1	+ 14,4	+ 3,5	+ 8,1	+ 5,2	- 0,4	- 3,9	+ 1,8	+ 1,8
Chemische Erzeugnisse	29,7	15,2	13,8	14,4	- 4,1	+ 25,2	+ 13,1	+ 1,2	+ 9,5	+ 9,3	+ 0,8	- 20,0	- 0,2	- 0,2
Bearbeitete Waren	34,9	16,0	16,2	15,1	- 6,1	+ 26,9	+ 20,0	- 11,8	- 6,4	- 10,4	- 15,2	- 17,5	- 14,6	- 14,6
Maschinen, Fahrzeuge	65,9	35,6	30,6	33,7	- 11,2	+ 17,1	+ 11,4	+ 12,8	+ 18,8	+ 15,9	+ 8,2	+ 9,1	+ 9,2	+ 9,2
Konsumnahe Fertigwaren	27,4	14,8	12,7	14,0	- 7,9	+ 12,8	+ 11,3	+ 13,3	+ 3,5	+ 14,9	+ 20,8	+ 19,7	+ 10,9	+ 10,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2019	2020	2021	2022	2022			2023			2023			
					II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Marktentwicklung														
Milchanlieferung ¹⁾	3.378	3.384	3.403	3.500	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1	
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.691	2.962	2.736	2.453	
BEE ³⁾ Rindfleisch ⁴⁾	215	205	200	196	+ 1,2	- 2,6	- 2,6	+ 11,2	- 1,8	+ 11,5	- 10,3	- 1,5	+ 7,6	
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	6	+ 17,7	- 47,3	- 12,5	
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	475	479	456	- 3,7	- 5,5	- 4,8	+ 1,6	- 1,8	+ 3,4	- 5,1	- 0,3	+ 0,0	
Geflügelschlachtungen ⁵⁾	116	125	129	125	- 5,3	- 8,6	+ 1,8	+ 2,5	+ 6,7	+ 7,3	+ 20,7	- 4,7	+ 6,7	
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)														
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	366	384	494	+ 24,3	+ 35,4	+ 40,3	+ 33,9	+ 11,2	+ 27,0	+ 19,2	+ 9,5	+ 5,2	
Qualitätsweizen ⁶⁾	166	161	225	344	+ 83,4	+ 42,5	+ 20,1	- 2,8	- 33,9	- 14,5	- 33,0	- 34,2	- 34,6	
Körnermais ⁶⁾	143	143	204	293	+ 55,2	+ 33,1	+ 44,2	+ 18,3	- 15,7	+ 8,1	- 4,9	- 19,2	- 22,7	
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁷⁾⁸⁾	3.703	3.650	3.990	4.788	+ 26,1	+ 19,1	+ 15,3	+ 7,9	- 3,2	+ 2,5	- 5,6	- 4,5	+ 0,7	
Schweine (Handelsklasse E) ⁷⁾	1.757	1.678	1.565	1.983	+ 22,5	+ 32,1	+ 41,6	+ 44,4	+ 22,1	+ 30,5	+ 17,5	+ 22,2	+ 26,7	
Masthühner grillfertig, lose ⁹⁾	2.694	2.719	2.818	3.388	+ 18,4	+ 24,7	+ 25,6	+ 24,0	+ 9,0	+ 22,9	+ 15,3	+ 11,7	+ 0,9	

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Ab 2023: Rind- und Kalbfleisch. – ⁵⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁶⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁷⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁸⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁹⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitstagsbereinigt)													
Insgesamt	- 7,1	+ 11,0	+ 6,1	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,1	- 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 0,2	- 1,5	- 2,4	- 1,0
Vorleistungen	- 4,6	+ 10,9	+ 5,9	+ 4,0	+ 1,0	- 3,8	- 7,4	- 3,8	- 4,8	- 4,4	- 9,9	- 7,9	- 5,4
Investitionsgüter	- 12,4	+ 15,4	+ 6,9	+ 8,6	+ 6,0	+ 5,5	+ 4,7	+ 6,8	+ 6,3	+ 5,5	+ 7,0	+ 2,0	+ 1,0
Kfz	- 17,7	+ 8,2	+ 0,8	+ 10,3	+ 11,0	+ 11,8	+ 8,8	+ 14,2	+ 24,1	+ 13,1	+ 9,8	+ 4,4	+ 6,3
Konsumgüter	- 3,0	+ 4,4	+ 5,8	+ 3,9	+ 5,8	+ 6,1	+ 3,5	+ 5,1	+ 8,1	+ 2,6	+ 3,8	+ 4,1	+ 6,9
Langlebige Konsumgüter	- 0,9	+ 13,6	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,6	+ 8,2	- 2,5	+ 8,0	+ 9,6	+ 2,0	- 2,9	- 6,6	- 0,6
Kurzlebige Konsumgüter	- 3,6	+ 2,1	+ 5,6	+ 3,6	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,4	+ 4,3	+ 7,6	+ 2,8	+ 6,0	+ 7,2	+ 9,0
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	- 1,3	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	.	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	.	.
Geleistete Stunden	- 4,6	+ 5,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 4,2	.	+ 2,9	+ 2,5	- 0,3	- 3,6	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 5,9	+ 10,3	+ 3,9	+ 3,0	+ 1,5	- 0,6	.	- 0,4	+ 0,2	- 1,2	- 2,8	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 2,1	+ 5,2	+ 3,6	+ 2,4	+ 1,0	- 2,1	.	- 1,6	- 1,4	- 2,3	- 0,5	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 7,4	+ 30,0	+ 9,1	+ 14,1	+ 2,1	- 1,6	.	- 0,6	- 3,3	- 12,7	- 4,9	.	.
Inland	- 4,5	+ 28,7	+ 10,3	+ 2,7	+ 7,2	+ 3,7	.	- 3,4	+ 5,9	- 13,5	- 6,5	.	.
Ausland	- 8,3	+ 30,4	+ 8,7	+ 17,9	+ 0,5	- 3,3	.	+ 0,3	- 6,3	- 12,4	- 4,4	.	.
Auftragsbestand	- 1,6	+ 20,4	+ 22,0	+ 20,1	+ 15,3	+ 8,3	.	+ 8,9	+ 6,1	+ 2,4	+ 1,4	.	.
Inland	+ 6,2	+ 23,5	+ 23,3	+ 19,7	+ 11,7	+ 6,2	.	+ 6,0	+ 3,1	+ 0,4	- 0,7	.	.
Ausland	- 3,2	+ 19,7	+ 21,7	+ 20,2	+ 16,2	+ 8,8	.	+ 9,6	+ 6,8	+ 2,9	+ 1,9	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2023: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2022		2023		2023						
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾										
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+ 17,9	+ 5,8	- 1,9	- 1,1	- 4,8	- 1,4	+ 0,3	- 4,4	- 10,4	- 12,7	- 17,9
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 25,4	+ 12,6	+ 4,6	+ 2,2	- 4,4	+ 0,6	- 1,2	- 3,1	- 9,0	- 11,4	- 17,6
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 10,4	- 1,0	- 8,5	- 4,3	- 5,3	- 3,4	+ 1,7	- 5,8	- 11,8	- 14,2	- 18,4
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)										
Auftragsbestände zumindest ausreichend	87,8	80,3	74,9	71,5	68,1	69,4	70,7	68,6	64,9	61,5	55,3
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	81,3	74,8	70,0	66,5	63,9	64,9	64,2	66,9	60,5	58,9	53,3
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)										
Fertigwarenlager zur Zeit	- 4,4	+ 1,8	+ 7,3	+ 8,1	+ 14,2	+ 7,5	+ 11,8	+ 15,6	+ 15,4	+ 13,9	+ 15,4
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 12,8	+ 0,6	- 4,7	- 0,6	- 2,2	- 1,4	+ 7,5	- 4,4	- 9,6	- 10,6	- 11,4
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+ 1,5	- 13,7	- 23,2	- 14,9	- 12,1	- 12,1	- 4,2	- 13,5	- 18,5	- 21,0	- 26,8
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 67,3	+ 54,1	+ 51,2	+ 32,1	+ 9,8	+ 23,7	+ 16,9	+ 8,3	+ 4,1	+ 2,4	- 0,1

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	- 1,7	+ 16,7	+ 13,0	+ 11,5	+ 9,9	+ 8,4	.	+ 4,4	+ 0,8	- 6,6	.	.	.
Hochbau	- 2,9	+ 20,8	+ 13,8	+ 12,1	+ 5,5	- 3,1	.	+ 0,3	- 6,9	- 14,9	.	.	.
Tiefbau	- 2,4	+ 14,5	+ 11,9	+ 11,9	+ 11,7	+ 0,3	.	- 5,6	+ 6,5	- 8,2	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	- 0,6	+ 14,7	+ 12,9	+ 11,0	+ 12,2	+ 18,0	.	+ 9,7	+ 4,6	- 0,2	.	.	.
Auftragsbestände	- 0,9	+ 18,4	+ 8,3	+ 6,5	+ 7,1	- 4,8	.	- 5,5	- 6,9	- 4,8	.	.	.
Auftragsgänge	+ 2,3	+ 19,6	+ 2,0	+ 9,3	+ 6,5	+ 0,5	.	- 2,9	- 7,1	+ 7,4	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 0,1	+ 5,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	- 0,2
Arbeitslose	+ 29,9	- 18,7	- 12,8	- 10,6	- 1,5	+ 3,0	+ 6,4	+ 6,2	+ 4,5	+ 6,3	+ 8,6	+ 10,0	+ 7,2
Offene Stellen	+ 2,2	+ 24,9	+ 3,1	- 6,7	- 7,2	- 21,1	- 25,4	- 20,4	- 22,3	- 26,8	- 27,2	- 29,1	- 29,7
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,6	+ 5,3	+ 9,8	+ 10,3	+ 10,0	+ 8,9	+ 5,9
Hochbau	+ 3,2	+ 8,2	+ 15,5	+ 16,4	+ 15,6	+ 13,9	+ 8,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,2	+ 8,0	+ 15,0	+ 15,8	+ 15,2	+ 13,6	+ 8,7
Sonstiger Hochbau	+ 3,1	+ 8,6	+ 16,3	+ 17,3	+ 16,2	+ 14,5	+ 8,8
Tiefbau	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2022: Fortschreibung der endgültigen Werte 2021 mit den Veränderungsraten der vorläufigen Datenstände zum Zeitpunkt *t* und *t* – 1. – ²⁾ Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – ³⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	- 5,3	+ 11,2	+ 11,6	+ 11,8	+ 9,0	+ 5,4	- 1,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 1,4	- 2,9	- 2,8	+ 1,1
Kfz-Handel und -Reparatur	- 10,7	+ 12,1	- 1,5	+ 0,1	+ 5,6	+ 16,5	+ 13,4	+ 13,9	+ 13,8	+ 20,9	+ 9,5	+ 12,5	+ 17,8
Großhandel	- 7,0	+ 14,9	+ 17,0	+ 16,6	+ 9,9	+ 2,2	- 7,0	+ 9,7	+ 4,4	- 4,8	- 7,1	- 8,6	- 5,2
Einzelhandel	+ 0,1	+ 5,1	+ 8,1	+ 8,2	+ 8,9	+ 6,7	+ 2,8	+ 7,7	+ 6,9	+ 5,8	± 0,0	+ 2,4	+ 6,2
Nettoumsätze real ¹⁾	- 4,8	+ 4,7	- 1,2	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 3,9	- 1,1	- 3,1	- 3,6	- 6,9	- 4,7	- 0,1
Kfz-Handel und -Reparatur	- 12,5	+ 9,2	- 10,8	- 10,6	- 5,6	+ 5,4	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 9,8	+ 0,4	+ 4,2	+ 9,8
Großhandel	- 5,3	+ 4,6	+ 1,1	- 0,2	- 1,9	- 4,4	- 6,0	- 0,7	- 4,5	- 7,2	- 8,0	- 7,1	- 2,8
Einzelhandel	- 0,2	+ 3,0	- 0,8	- 2,0	- 1,6	- 2,9	- 4,0	- 2,9	- 3,4	- 2,5	- 7,9	- 4,4	+ 0,4
Beschäftigte ²⁾	- 1,7	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,8	- 0,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0
Großhandel	- 1,5	+ 0,4	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9
Einzelhandel	- 1,8	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,9	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,9	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – ¹⁾ Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – ²⁾ Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	- 8,0	+ 3,6	+ 5,7	- 0,4	+ 1,9	+ 1,8	- 0,7
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,2	+ 4,4	+ 10,8	+ 13,6	+ 17,8	- 1,5	- 7,0
Sparquote ¹⁾													
	13,3	12,0	8,5	9,4	8,5	8,8
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 10,1	- 4,9	- 24,5	- 32,0	- 29,6	- 24,2	- 23,6	- 23,9	- 24,0	- 24,5	- 22,3	- 21,1	- 22,3
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 2,7	- 5,5	- 17,2	- 23,4	- 24,1	- 22,0	- 22,6	- 23,3	- 22,4	- 24,1	- 21,4	- 19,3	- 21,7
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 0,3	+ 2,7	- 18,8	- 26,6	- 23,1	- 14,1	- 12,3	- 13,0	- 13,2	- 13,7	- 10,0	- 9,2	- 8,6
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 21,8	- 3,2	- 34,8	- 44,4	- 38,9	- 28,4	- 28,0	- 27,2	- 29,2	- 27,3	- 27,4	- 24,2	- 28,0
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 16,0	- 13,6	- 27,2	- 33,7	- 32,2	- 32,1	- 31,6	- 31,9	- 31,3	- 33,1	- 30,5	- 31,7	- 31,0

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2020	2021	2022	2022		2023		2023						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	
													Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Güterverkehr														
Verkehrsleistung														
Straße	- 0,9	+ 4,4	.	- 5,6	+ 0,1	- 4,3	- 4,7
Schiene	- 5,7	+ 6,3	+ 1,6	- 0,1	- 3,9	- 8,1
Luftfahrt ¹⁾	- 26,6	+ 19,4	- 4,4	- 1,3	- 9,0	+ 0,3	+ 3,3	+ 10,9	- 1,5	+ 2,7	+ 9,3	.	.	.
Binnenschifffahrt	- 10,2	- 1,5	- 20,7	- 56,7	- 29,5	- 28,1	.	- 25,4	- 24,1
Lkw-Fahrleistung ²⁾	- 4,6	+ 8,8	+ 0,1	- 1,0	- 1,6	- 1,3	- 4,0	- 2,4	- 5,2	- 5,0	- 1,8	- 2,7	- 3,9	.
Neuzulassungen Lkw ³⁾	- 17,1	+ 60,5	- 66,2	- 68,2	- 64,5	+ 27,2	+ 18,0	+ 23,2	+ 7,5	+ 25,5	+ 20,8	+ 73,3	+ 73,8	.
Personenverkehr														
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 24,5	- 3,6	- 10,3	- 1,6	+ 3,8	+ 20,4	+ 13,2	+ 27,4	+ 13,1	+ 20,6	+ 7,7	+ 9,4	+ 5,5	.
Bahn (Personenkilometer)	- 44,4	+ 6,5	+ 44,3
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	- 74,3	+ 20,1	+137,6	+ 71,3	+ 75,6	+ 75,8	+ 26,1	+ 58,7	+ 36,8	+ 26,8	+ 17,5	.	.	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 3,8	- 0,4	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	.
Arbeitslose	+ 52,0	- 22,6	- 22,9	- 14,9	- 6,9	- 1,2	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,4	+ 2,6	.
Offene Stellen	- 31,4	+ 63,8	+ 41,6	+ 26,1	+ 6,1	- 5,5	- 22,8	- 14,1	- 14,7	- 23,0	- 29,3	- 27,2	- 25,6	.
Kraftstoffpreise														
Dieselmotoren	- 12,8	+ 17,4	+ 47,7	+ 55,8	+ 34,8	+ 6,5	- 19,4	- 12,6	- 13,1	- 18,9	- 25,5	- 24,2	- 9,0	.
Normalbenzin	- 12,4	+ 17,9	+ 35,6	+ 42,0	+ 17,6	+ 0,9	- 14,3	- 12,0	- 5,8	- 12,0	- 23,3	- 22,6	- 8,1	.

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2020	2021	2022	2022		2023		2023						
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu. In %	II. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	
Geld- und Kapitalmarktzinssätze														
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,6	0,3	1,6	2,5	3,0	2,9	2,9	3,0	3,4	3,4	.
Taggeldsatz (€STR)	- 0,6	- 0,6	1,6	- 0,6	0,4	1,6	2,6	3,2	2,9	3,1	3,2	3,4	3,6	.
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,2	1,0	2,1	2,9	3,5	3,2	3,4	3,5	3,7	3,8	.
Sekundärmarkttrendite Bund														
Benchmark	- 0,2	- 0,1	1,7	2,1	2,5	2,7	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1	3,2	.
Umlaufgewichtete														
Durchschnittstrendite	- 0,3	- 0,3	1,3	1,4	1,8	2,4	3,0	3,0	2,8	2,9	3,0	3,1	.	.
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
An private Haushalte														
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,3	4,9	4,7	5,2	5,7	6,2	7,5	6,0	6,3	7,5	7,1	.	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,5	1,3	2,1	2,0	2,4	2,8	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,5	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen														
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,6	2,0	1,6	2,1	3,2	4,2	4,8	4,7	4,8	4,8	5,1	.	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,3	1,8	1,3	2,0	3,2	4,1	4,7	4,3	4,5	4,7	5,0	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen														
In Yen	1,4	1,3	1,3	1,2	1,4	1,5	1,2	1,1	2,3	1,1	1,1	1,1	.	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,1	1,1	1,0	1,4	2,2	2,3	2,5	2,6	2,3	2,9	.	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
Einlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,1	0,8	1,7	2,2	2,7	2,4	2,6	2,7	2,9	.	.
Über 2 Jahre	0,5	0,4	1,0	0,8	1,1	2,0	2,6	2,8	2,5	2,7	2,8	3,0	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,1	0,8	1,5	2,1	2,7	2,3	2,5	2,7	2,8	.	.
Über 2 Jahre	0,4	0,5	1,2	1,0	1,3	2,1	2,7	2,9	2,7	2,8	2,9	3,0	.	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %														
Einlagen und Kredite														
Einlagen insgesamt	+ 8,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 2,7	+ 4,8	+ 1,7
Spareinlagen	+20,0	+ 0,7	+ 0,0	- 1,3	- 1,0	+ 0,0
Einlagen ohne Bindung	+13,5	+ 8,6	- 0,1	+ 5,6	+ 7,1	- 0,1
Einlagen mit Bindung	- 2,2	- 7,9	+ 7,1	- 5,1	- 1,8	+ 7,1
Forderungen an inländische Nichtbanken														
	+ 3,8	+ 6,5	+ 5,0	+ 7,4	+ 7,7	+ 5,0

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2021		2022			2023				2023			
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	± 0,0	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Arbeitslose	- 7,0	- 6,1	- 2,9	+ 1,1	- 1,2	+ 0,5	+ 3,2	± 0,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,3
Offene Stellen	+ 8,1	+ 8,3	+ 2,2	- 1,8	+ 0,5	- 6,9	- 6,2	- 3,0	- 0,7	- 3,1	- 1,9	- 2,7	+ 1,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,9	6,4	6,3	6,3	6,2	6,2	6,4	6,2	6,3	6,4	6,5	6,6	6,6
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	5,3	4,6	4,4	5,0	5,0	4,8	5,0	4,5	5,1	4,7	5,1	5,6	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.717	3.805	3.914	3.964	3.921	3.922	3.956	3.950	3.922	3.958	3.988	4.025	4.000
Männer	1.991	2.042	2.098	2.133	2.097	2.085	2.123	2.114	2.105	2.126	2.139	2.157	2.147
Frauen	1.726	1.763	1.816	1.832	1.825	1.837	1.833	1.836	1.817	1.832	1.849	1.868	1.853
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.644	3.734	3.845	3.897	3.853	3.853	3.887	3.880	3.853	3.888	3.919	3.958	3.934
Männer	1.983	2.035	2.090	2.125	2.090	2.078	2.115	2.106	2.097	2.118	2.131	2.149	2.139
Frauen	1.661	1.699	1.754	1.772	1.763	1.775	1.772	1.774	1.756	1.771	1.788	1.809	1.794
Ausländische Arbeitskräfte	777	840	927	953	940	962	977	973	951	979	1.001	1.005	1.001
Herstellung von Waren	620	623	637	643	641	643	645	645	645	645	646	655	650
Bauwesen	271	285	289	303	286	269	299	290	297	300	301	303	303
Private Dienstleistungen	1.707	1.756	1.832	1.865	1.833	1.845	1.838	1.846	1.810	1.838	1.867	1.898	1.882
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	970	993	1.009	1.003	1.018	1.021	1.021	1.023	1.022	1.022	1.020	1.017	1.015
Arbeitslose	410	332	263	241	272	290	249	259	259	248	239	250	261
Männer	224	181	147	126	155	175	136	148	141	135	130	135	138
Frauen	186	151	116	114	117	115	113	112	117	113	109	116	124
Personen in Schulung	57	70	70	63	69	74	71	75	73	73	68	60	59
Offene Stellen	63	95	126	133	115	111	117	113	115	117	119	114	110
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	- 80,1	+ 87,8	+ 108,7	+ 71,2	+ 74,9	+ 62,6	+ 45,8	+ 55,0	+ 49,1	+ 45,0	+ 43,2	+ 55,1	+ 38,1
Männer	- 43,1	+ 51,4	+ 55,4	+ 35,8	+ 35,4	+ 27,0	+ 20,0	+ 23,6	+ 21,5	+ 19,7	+ 18,6	+ 26,3	+ 14,5
Frauen	- 37,1	+ 36,4	+ 53,3	+ 35,4	+ 39,5	+ 35,6	+ 25,8	+ 31,4	+ 27,5	+ 25,3	+ 24,6	+ 28,9	+ 23,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 72,9	+ 77,3	+ 65,3	+ 46,6	+ 56,7	+ 50,0	+ 45,2	+ 44,7	+ 55,6	+ 39,7
Männer	- 43,0	+ 51,6	+ 55,1	+ 35,5	+ 35,4	+ 27,9	+ 20,1	+ 23,8	+ 21,5	+ 19,5	+ 19,3	+ 26,0	+ 14,8
Frauen	- 33,1	+ 38,8	+ 55,1	+ 37,4	+ 41,9	+ 37,5	+ 26,5	+ 32,9	+ 28,4	+ 25,7	+ 25,4	+ 29,7	+ 24,9
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 68,8	+ 71,4	+ 68,7	+ 55,1	+ 63,1	+ 57,1	+ 54,3	+ 54,0	+ 57,9	+ 49,1
Herstellung von Waren	- 9,5	+ 3,9	+ 13,6	+ 12,9	+ 14,0	+ 13,5	+ 10,9	+ 12,8	+ 11,7	+ 11,0	+ 10,1	+ 11,3	+ 7,8
Bauwesen	- 0,3	+ 13,9	+ 4,3	+ 1,7	+ 0,5	± 0,0	+ 0,6	± 0,0	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,5	- 0,7
Private Dienstleistungen	- 73,6	+ 48,7	+ 75,7	+ 45,7	+ 46,5	+ 35,2	+ 19,9	+ 28,5	+ 20,1	+ 20,6	+ 19,0	+ 24,5	+ 13,9
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,4	+ 11,9	+ 14,7	+ 14,6	+ 13,7	+ 13,4	+ 15,0	+ 12,4	+ 13,5	+ 15,7	+ 17,6
Arbeitslose	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	- 38,8	- 26,2	- 9,0	+ 8,2	- 2,5	+ 3,9	+ 10,2	+ 10,4	+ 14,7	+ 12,3
Männer	+ 57,3	- 43,1	- 33,8	- 18,6	- 10,9	- 1,4	+ 6,2	+ 1,7	+ 4,2	+ 7,0	+ 7,3	+ 10,0	+ 9,2
Frauen	+ 51,0	- 34,8	- 34,8	- 20,2	- 15,4	- 7,5	+ 2,0	- 4,2	- 0,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 4,7	+ 3,1
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	- 0,4	- 1,3	+ 1,0	- 0,8	+ 0,5	± 0,0	- 1,2	- 1,1	- 0,8	- 1,0
Offene Stellen	- 14,3	+ 32,3	+ 30,4	+ 19,8	+ 10,2	- 7,0	- 19,1	- 11,2	- 13,7	- 21,0	- 22,6	- 24,0	- 23,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 2) ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	9,9	8,0	6,3	5,7	6,5	6,9	5,9	6,2	6,2	5,9	5,7	5,9	6,1
Männer	10,1	8,1	6,5	5,6	6,9	7,8	6,0	6,5	6,3	6,0	5,7	5,9	6,0
Frauen	9,7	7,9	6,0	5,9	6,0	5,9	5,8	5,7	6,1	5,8	5,6	5,8	6,3
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	11,2	9,6	7,8	7,1	8,0	8,5	7,5	7,8	7,8	7,5	7,2	7,2	7,4
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,6	9,1	9,7	10,5	10,2	9,9	9,9	9,8	10,0	9,9	9,9	10,6	11,2
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	28,5	39,7	34,0	34,5	28,8	26,4	30,0	29,1	29,0	30,1	31,0	29,5	28,8
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,5	3,5	2,1	1,8	2,4	2,6	2,1	2,3	2,2	2,1	2,0	2,2	2,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Einschließlich Personen in Schulung. – 2) Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 9,9	+11,1	+10,6	+ 8,6	+ 9,2	+ 9,4	+ 8,7	+ 7,8	+ 7,0	+ 7,5
Verbraucherpreisindex	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 9,8	+10,6	+10,4	+ 8,8	+ 9,2	+ 9,6	+ 8,9	+ 8,0	+ 7,0	+ 7,4
Ohne Saisonwaren	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+ 9,8	+10,6	+10,4	+ 8,9	+ 9,2	+ 9,6	+ 9,0	+ 8,0	+ 7,1	+ 7,4
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,3	+ 0,8	+10,7	+13,1	+15,2	+15,9	+12,2	+14,5	+13,2	+12,3	+11,1	+10,5	+ 9,8
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,3	+ 6,3	+ 7,1	+ 7,4	+ 8,0	+ 6,7	+ 6,5	+ 6,6	+ 6,1
Bekleidung und Schuhe	- 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,1	+ 4,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 7,0	+ 5,5	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,9	+ 6,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,4	+ 3,6	+12,6	+15,4	+17,7	+16,7	+14,6	+14,1	+14,6	+15,1	+14,1	+11,0	+10,1
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,9	+ 1,8	+ 7,6	+ 8,4	+11,6	+11,0	+ 8,7	+ 9,8	+10,0	+ 8,5	+ 7,6	+ 6,7	+ 6,1
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,5	+ 5,1	+ 6,0	+ 5,2	+ 5,3	+ 5,0	+ 5,6
Verkehr	- 1,7	+ 6,6	+16,2	+18,7	+13,9	+ 8,6	- 0,2	+ 4,1	+ 2,5	+ 0,2	- 3,0	- 4,2	+ 0,2
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 2,9	- 0,7	- 1,4	- 2,5	- 4,8	- 3,4	- 5,2	- 3,4	- 3,1	- 3,7	- 2,7	- 3,1
Freizeit und Kultur	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,3	+ 4,6	+ 8,5	+ 4,7	+ 9,1	+ 8,5	+ 7,9	+ 8,4	+ 8,2
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,9	+ 4,4	+ 5,6	+ 4,7	+ 5,6	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,7	+ 5,7
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,3	+ 8,9	+ 9,9	+11,7	+13,0	+13,6	+13,2	+14,2	+13,6	+12,9	+12,3	+12,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,9	+ 2,8	+ 4,9	+ 7,2	+ 8,3	+ 7,5	+ 8,2	+ 8,3	+ 8,3	+ 8,3	+ 8,0
Großhandelspreisindex	- 4,1	+10,4	+20,9	+21,6	+17,3	+ 7,4	- 4,7	- 0,4	- 1,9	- 4,7	- 7,3	- 6,3	- 3,5
Ohne Saisonprodukte	- 4,3	+10,5	+21,1	+21,8	+17,4	+ 7,3	- 5,0	- 0,6	- 2,2	- 5,0	- 7,6	- 6,6	- 3,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariftlöhne

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,5	+ 6,6	+ 7,6	+ 6,6	+ 7,0	+ 7,9	+ 7,8	+ 7,9	+ 8,0
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,6	+ 6,5	+ 7,6	+ 6,6	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,9	+ 7,9	+ 8,0
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,9	+ 6,3	+ 7,8	+ 6,3	+ 6,4	+ 8,4	+ 8,5	+ 8,7	+ 8,7
Angestellte	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,3	+ 6,6	+ 7,4	+ 6,8	+ 7,1	+ 7,6	+ 7,6	+ 7,5	+ 7,6
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 7,4	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,7	+ 7,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariftlohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	- 0,2	+ 4,8	+ 7,7	+ 6,0	+ 6,3	+10,6	+ 9,1						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 0,5	+ 4,0	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,1	+ 8,4	+ 7,7						
Netto	+ 3,0	+ 1,7	.										
Netto, real ²⁾	+ 1,6	- 1,1	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	- 1,1	+ 4,1	+ 6,8	+ 6,0	+ 8,1	+ 7,2	.	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,4	+ 6,6	+ 7,7	+10,7
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 0,2	+ 3,5	+ 4,7	+ 3,9	+ 5,8	+ 5,4	.	+ 7,0	+ 5,7	+ 5,5	+ 4,9	+ 6,2	+ 9,2
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,2	+ 2,7	+ 5,1	+ 4,5	+ 6,8	+ 4,5	.	+10,1	+ 3,6	+ 5,0	+ 5,0	+ 7,9	+ 7,9
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,6	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,1	+ 6,2	+ 4,3	.	+ 3,9	+ 4,7	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,5	+ 9,6
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,4	+ 2,7	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,7	+ 6,1	.	+ 2,3	+ 6,8	+ 6,4	+ 5,3	+ 5,4	+10,5
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,1	+ 1,8	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,3	+ 5,1	.	+ 5,6	+ 4,0	+ 5,6	+ 5,7	+ 6,5	+ 8,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, marion.kogler@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.341	2.364	2.380	2.419	2.467	2.450	1.143	1.175	1.212	1.213	1.307	1.352
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.945	1.966	1.980	2.016	2.058	2.078	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321	1.366
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.069	1.073	1.076	1.086	1.092	1.089	892	917	945	986	1.021	1.055
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	877	893	904	930	966	954	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649	1.700
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	360	362	364	368	374	372	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233	1.273
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	188	193	196	202	211	208	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455	1.487
Landwirtschaft ²⁾	171	170	168	166	163	164	811	835	863	912	945	980
Neuzuerkennungen insgesamt	117	123	132	145	143	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	97	102	111	121	120	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	54	56	58	62	61	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	44	47	52	60	59	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	19	20	22	21	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	12	12	13	16	15	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	2.467	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Direktpensionen	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.977	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394	1.440
Invalidityspensionen ¹⁾	165	159	153	147	142	133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230	1.255
Alle Alterspensionen ²⁾	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.844	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407	1.454
Normale Alterspensionen	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.759	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367	1.410
Vorzeitige Alterspensionen	88	79	74	75	83	85	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250	2.364
Bei langer Versicherungsdauer	3	2	2	2	2	2	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462	2.515
Korridorpensionen	17	18	20	21	23	24	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995	2.047
Für Langzeitversicherte ³⁾	53	18	20	21	25	26	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685	2.875
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	9	11	14	18	21	24	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221	2.291
Witwen- bzw. Witwerpensionen	455	452	449	447	444	443	738	747	742	762	787	808
Waisenpensionen	48	47	47	47	47	47	368	373	382	393	407	422
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	143	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422	1.429
Direktpensionen	84	86	91	101	113	108	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620	1.654
Invalidityspensionen ¹⁾	19	17	16	17	17	13	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197	1.256
Alle Alterspensionen ²⁾	65	69	75	84	96	95	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696	1.710
Normale Alterspensionen	37	42	46	56	62	65	984	1.035	1.098	1.232	1.327	1.386
Vorzeitige Alterspensionen	28	27	29	28	34	30	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371	2.417
Bei langer Versicherungsdauer	3	1	0	0	0	1	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463	2.542
Korridorpensionen	7	8	9	9	10	10	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951	2.015
Für Langzeitversicherte ³⁾	12	11	11	9	15	11	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801	2.880
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	3	4	5	6	6	1	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270	2.354
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26	26	26	26	27	30	725	732	745	769	801	800
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	297	300	286	305	320	326

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	61,9	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5	59,9
Invalidityspensionen	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	55,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4	51,6
Alle Alterspensionen	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	63,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6	60,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	5.787,8	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4	15,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	1.563,1	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2	37,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	1.654,2	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6	84,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at, lydia.grandner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Österreich	- 35,9	- 18,7	+ 72,1	+ 4,7	+ 38,1	+ 27,0	+ 8,4	+ 30,3	+ 6,5	+ 8,6	+ 14,7	+ 4,4	+ 4,8
Wien	- 73,9	+ 8,9	+ 164,3	+ 75,1	+ 124,8	+ 107,2	+ 27,8	+ 114,5	+ 62,9	+ 44,6	+ 22,7	+ 18,7	+ 22,2
Niederösterreich	- 40,5	+ 9,4	+ 32,0	+ 3,6	+ 27,9	+ 29,4	+ 10,7	+ 31,5	+ 19,7	+ 14,6	+ 10,6	+ 8,3	+ 12,1
Burgenland	- 27,3	+ 9,6	+ 17,0	- 15,4	+ 13,0	+ 14,3	+ 9,6	+ 15,8	+ 8,2	- 2,4	- 3,4	+ 28,8	+ 2,3
Steiermark	- 24,6	- 10,6	+ 45,3	- 3,2	+ 22,1	+ 18,3	+ 5,6	+ 20,5	+ 4,0	+ 3,8	+ 4,8	+ 7,1	- 4,9
Kärnten	- 17,0	- 7,8	+ 25,7	- 3,2	+ 21,4	+ 32,5	- 0,3	+ 37,9	+ 6,9	+ 18,5	+ 1,2	- 5,0	- 1,1
Oberösterreich	- 36,4	+ 5,2	+ 39,3	+ 5,5	+ 34,0	+ 30,5	+ 8,3	+ 35,2	+ 12,8	+ 10,7	+ 9,5	+ 5,8	+ 5,4
Salzburg	- 32,3	- 31,1	+ 93,2	+ 5,8	+ 40,9	+ 27,0	+ 8,1	+ 29,0	+ 5,4	+ 3,8	+ 21,0	+ 4,4	+ 6,7
Tirol	- 33,5	- 28,9	+ 89,8	+ 2,5	+ 26,3	+ 22,3	+ 2,8	+ 27,0	- 0,5	- 3,8	+ 22,6	- 0,7	+ 3,8
Vorarlberg	- 30,5	- 28,4	+ 86,2	- 1,8	+ 18,7	+ 17,1	+ 7,6	+ 24,9	- 1,7	+ 4,4	+ 21,9	+ 2,4	+ 5,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2020	2021	2022	2022		2023	2022	Jänner	Februar	2023			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.			Dezember	März	April	Mai
Österreich	- 8,8	+ 18,3	+ 15,9	+ 18,7	+ 13,6	+ 12,7	+ 7,9	+ 9,3	+ 12,2	+ 7,4	+ 5,3	- 1,3	- 3,8
Wien	+ 8,4	+ 18,0	+ 5,2	+ 2,9	+ 7,6	+ 5,3	+ 4,1	- 0,1	+ 9,8	+ 5,2	- 0,5	- 2,0	- 1,2
Niederösterreich	- 13,8	+ 20,8	+ 19,0	+ 24,4	+ 11,7	+ 12,1	+ 5,5	+ 17,1	+ 13,7	+ 5,2	+ 0,1	- 3,6	- 8,9
Burgenland	- 11,7	+ 10,0	+ 16,2	+ 13,8	+ 21,1	+ 17,7	+ 15,7	+ 11,0	+ 20,6	+ 8,9	+ 17,9	+ 3,4	+ 0,9
Steiermark	- 12,9	+ 16,8	+ 12,9	+ 19,9	+ 10,8	+ 11,0	+ 10,2	+ 10,9	+ 13,8	+ 9,4	+ 8,2	- 2,3	- 3,8
Kärnten	- 4,8	+ 22,3	+ 20,6	+ 25,3	+ 19,0	+ 14,8	+ 13,3	+ 7,4	+ 13,1	+ 13,1	+ 13,7	+ 10,8	- 4,1
Oberösterreich	- 9,2	+ 18,0	+ 18,2	+ 20,3	+ 17,6	+ 14,5	+ 6,7	+ 4,2	+ 8,0	+ 6,5	+ 5,8	+ 0,9	- 2,1
Salzburg	- 5,8	+ 18,1	+ 22,9	+ 20,5	+ 17,7	+ 25,0	+ 20,5	+ 21,2	+ 27,7	+ 25,2	+ 11,8	- 5,9	+ 0,3
Tirol	- 6,7	+ 16,5	+ 12,2	+ 12,7	+ 7,1	+ 12,4	+ 5,0	+ 13,9	+ 6,0	+ 2,9	+ 6,1	- 2,1	- 3,2
Vorarlberg	- 7,9	+ 17,9	+ 11,3	+ 12,9	+ 12,3	+ 4,6	+ 0,9	+ 3,0	+ 11,5	- 4,5	- 2,1	- 7,9	- 5,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2020	2021	2022	2022		2023	2022	Jänner	Februar	2023			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.			Dezember	März	April	Mai
Österreich	- 1,7	+ 16,7	+ 13,0	+ 14,9	+ 11,5	+ 9,9	+ 8,4	+ 5,6	+ 12,5	+ 10,4	+ 4,4	+ 0,8	- 6,6
Wien	- 6,2	+ 16,3	+ 10,0	+ 12,2	+ 9,2	- 0,0	- 1,1	- 3,3	- 1,1	- 14,6	+ 13,0	+ 7,8	- 8,4
Niederösterreich	+ 0,1	+ 15,6	+ 16,6	+ 14,0	+ 14,5	+ 17,7	+ 9,7	+ 13,9	+ 15,8	+ 9,3	+ 6,2	+ 0,7	- 0,3
Burgenland	- 0,7	+ 11,5	+ 14,0	+ 16,5	+ 5,1	+ 6,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 19,2	+ 11,8	- 9,0	+ 18,5	+ 2,6
Steiermark	- 0,4	+ 16,8	+ 14,4	+ 14,3	+ 12,5	+ 16,7	+ 17,4	+ 5,5	+ 15,3	+ 25,8	+ 13,0	+ 2,8	- 7,1
Kärnten	- 4,5	+ 13,5	+ 16,2	+ 19,0	+ 18,9	+ 17,5	+ 24,4	+ 14,3	+ 21,7	+ 48,6	+ 10,4	- 7,3	- 1,6
Oberösterreich	- 2,9	+ 21,8	+ 9,8	+ 13,4	+ 9,3	+ 3,9	+ 8,7	- 1,5	+ 15,9	+ 18,4	- 1,6	- 1,6	- 13,0
Salzburg	+ 3,7	+ 14,3	+ 14,7	+ 16,7	+ 16,3	+ 13,8	+ 9,6	+ 9,9	+ 20,5	+ 9,7	+ 2,6	+ 2,6	- 4,5
Tirol	- 0,8	+ 12,7	+ 10,9	+ 16,7	+ 9,0	+ 7,9	+ 9,8	+ 7,1	+ 12,1	+ 20,2	+ 1,1	- 0,7	- 9,5
Vorarlberg	+ 5,6	+ 19,2	+ 19,9	+ 23,6	+ 9,0	+ 20,6	+ 1,4	+ 26,5	+ 13,1	+ 9,5	- 12,0	- 16,8	+ 0,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: Fortschreibung der endgültigen Werte 2021 mit den Veränderungsraten der vorläufigen Datenstände zum Zeitpunkt t und $t-1$. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022		2023		2023					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Österreich	3.644	3.734	3.845	3.897	3.853	3.853	3.887	3.880	3.853	3.888	3.919	3.958	3.934
Wien	831	858	887	893	896	893	906	899	902	907	908	909	906
Niederösterreich	611	625	638	647	640	632	648	640	644	649	650	655	652
Burgenland	103	107	110	113	109	107	112	110	111	112	113	114	113
Steiermark	510	523	536	544	536	532	541	538	538	541	544	548	546
Kärnten	206	212	218	226	215	212	221	215	217	222	225	230	227
Oberösterreich	651	666	681	689	683	678	690	685	687	690	691	698	693
Salzburg	248	252	263	267	263	269	262	267	257	262	268	274	271
Tirol	322	327	344	349	343	357	341	355	333	339	351	359	356
Vorarlberg	161	164	168	169	168	172	167	172	165	167	169	172	170
Österreich	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 72,9	+ 77,3	+ 65,3	+ 46,6	+ 56,7	+ 50,0	+ 45,2	+ 44,7	+ 55,6	+ 39,7
Wien	- 20,5	+ 26,9	+ 29,2	+ 23,7	+ 25,2	+ 19,9	+ 17,5	+ 18,1	+ 18,5	+ 17,2	+ 16,8	+ 18,9	+ 15,7
Niederösterreich	- 3,9	+ 14,2	+ 13,1	+ 9,6	+ 10,2	+ 8,2	+ 6,0	+ 7,2	+ 7,1	+ 5,5	+ 5,5	+ 8,8	+ 5,5
Burgenland	- 0,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2
Steiermark	- 10,0	+ 12,8	+ 12,7	+ 8,9	+ 8,7	+ 5,4	+ 3,6	+ 4,8	+ 4,5	+ 3,0	+ 3,2	+ 4,8	+ 2,1
Kärnten	- 5,9	+ 6,5	+ 5,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,8
Oberösterreich	- 8,9	+ 15,0	+ 14,7	+ 10,7	+ 11,2	+ 9,1	+ 7,3	+ 8,2	+ 8,4	+ 6,7	+ 6,7	+ 8,3	+ 4,9
Salzburg	- 8,4	+ 4,1	+ 10,7	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,5
Tirol	- 14,4	+ 5,1	+ 16,6	+ 6,9	+ 8,2	+ 10,6	+ 5,2	+ 8,8	+ 4,5	+ 5,4	+ 5,6	+ 6,0	+ 5,1
Vorarlberg	- 3,2	+ 2,4	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2020	2021	2022	2022		2023		März	April	2023			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			in 1.000	in 1.000	in 1.000	in 1.000
Österreich	410	332	263	241	272	290	249	259	259	248	239	250	261
Wien	150	127	105	100	105	110	104	105	103	104	104	105	109
Niederösterreich	65	52	41	37	41	46	36	40	37	36	36	39	40
Burgenland	11	9	7	7	8	9	7	8	7	6	7	7	7
Steiermark	48	37	30	27	31	36	28	31	29	28	27	29	30
Kärnten	27	21	17	14	19	21	14	17	16	14	13	14	15
Oberösterreich	47	36	29	27	30	33	26	28	26	25	25	29	30
Salzburg	20	15	10	9	12	11	10	10	12	10	8	9	9
Tirol	29	23	15	11	17	15	15	13	18	16	11	10	10
Vorarlberg	14	12	9	9	10	9	9	8	10	9	8	9	9
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Österreich	+108,3	-77,9	-68,6	-38,8	-26,2	-9,0	+8,2	-2,5	+3,9	+10,2	+10,4	+14,7	+12,3
Wien	+34,8	-23,0	-21,8	-16,3	-9,9	-4,7	+4,2	-2,2	+1,1	+5,8	+5,6	+8,0	+6,1
Niederösterreich	+14,2	-13,0	-11,0	-7,4	-6,1	-3,3	-0,2	-2,1	-0,8	+0,0	+0,2	+1,3	+1,3
Burgenland	+2,5	-1,9	-1,6	-0,9	-0,7	-0,0	+0,1	+0,0	-0,0	+0,2	+0,3	+0,2	+0,3
Steiermark	+13,9	-10,7	-7,1	-3,9	-2,5	+0,3	+1,8	+1,0	+1,2	+2,1	+2,1	+2,4	+2,0
Kärnten	+6,0	-5,8	-4,0	-1,3	-1,5	-0,4	+0,1	-0,0	-0,1	+0,2	+0,1	+0,2	+0,3
Oberösterreich	+12,5	-10,6	-7,2	-4,0	-2,5	-0,1	+0,7	+0,4	+0,1	+0,7	+1,1	+1,8	+1,8
Salzburg	+7,4	-5,0	-4,9	-1,5	-0,8	+0,1	+0,7	+0,4	+1,1	+0,5	+0,5	+0,4	+0,4
Tirol	+12,6	-5,8	-8,4	-2,3	-1,6	-0,8	+0,3	-0,2	+0,7	+0,1	-0,0	-0,2	-0,4
Vorarlberg	+4,4	-2,2	-2,6	-1,2	-0,6	-0,2	+0,6	+0,1	+0,7	+0,6	+0,5	+0,5	+0,5

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022		2023		März	April	2023			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			in % der unselbständigen Erwerbspersonen			
Österreich	9,9	8,0	6,3	5,7	6,5	6,9	5,9	6,2	6,2	5,9	5,7	5,9	6,1
Wien	15,1	12,7	10,5	10,0	10,4	10,8	10,1	10,3	10,1	10,1	10,2	10,3	10,7
Niederösterreich	9,4	7,5	5,9	5,4	5,9	6,6	5,2	5,7	5,4	5,2	5,1	5,5	5,7
Burgenland	9,4	7,7	6,3	5,5	6,5	7,7	5,5	6,4	5,6	5,4	5,4	5,6	5,9
Steiermark	8,4	6,5	5,2	4,7	5,5	6,2	4,9	5,3	5,0	4,8	4,7	5,0	5,2
Kärnten	11,3	8,8	7,1	5,7	7,8	8,8	5,9	7,4	6,7	5,7	5,3	5,6	6,0
Oberösterreich	6,5	5,0	4,0	3,7	4,1	4,6	3,5	3,8	3,6	3,5	3,5	3,9	4,1
Salzburg	7,3	5,6	3,7	3,0	4,2	4,0	3,7	3,4	4,5	3,6	3,0	3,0	3,2
Tirol	8,1	6,5	4,0	3,0	4,8	4,0	4,1	3,5	5,2	4,3	2,9	2,6	2,8
Vorarlberg	7,7	6,5	5,0	4,8	5,3	4,8	5,1	4,6	5,6	5,1	4,6	4,8	5,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,8	48,7	56,8	56,1	52,7
Staatseinnahmenquote	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,8	50,3	49,5
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,2	42,7	43,8	43,5
Indikator 2	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,7	42,1	43,3	43,1
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,8	-3,2
Bund	-3,3	-2,3	-2,1	-2,0	-2,8	-1,2	-1,2	-0,9	-0,1	0,4	-7,2	-5,2	-3,8
Länder	0,2	-0,5	-0,4	0,4
Gemeinden	-0,1	-0,1	0,1	0,2
Wien	0,0	-0,2	-0,3	0,0
Sozialversicherungsträger	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission ¹⁾													
Primärsaldo	-3,2	-2,6	-1,8	-1,1	-0,6	-0,1	-1,2	-1,1	-0,8	-0,6	-4,9	-4,5	-3,8
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	82,9	82,3	78,4
Bund	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	71,7	71,1	68,4
Länder	5,3	5,9	6,0	5,3
Gemeinden	2,3	2,5	2,4	2,2
Wien	1,9	2,2	2,5	2,2
Sozialversicherungsträger	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3	0,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – 1) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

Der Finanzausgleich als Hebel zur Umsetzung der österreichischen Klimaziele

Handlungsfelder und konzeptionelle Grundlagen

Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller



Die österreichischen Bundesländer haben umfangreiche Kompetenzen in für die grüne Transformation wesentlichen Bereichen, es gibt aber in Hinblick auf den energetischen Endverbrauch auch beträchtliche bundesländerspezifische Unterschiede. Für die Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Aufgabe Klimaschutz ist die Beteiligung aller gebietskörperschaftlichen Ebenen in einem kohärenten Politikrahmen erforderlich. Der Finanzausgleich wird als Hebel zur Implementierung der österreichischen Klimaziele bislang nur wenig genutzt. Die Studie stellt Überlegungen konzeptionell-theoretischer Natur an, um die Basis für eine Entwicklung konkreter Maßnahmen und Instrumente für eine stärkere Ökologisierung des Finanzausgleichs zu schaffen. Abschließend werden grob kurz- und mittelfristig umsetzbare Optionen für die Ökologisierung des österreichischen Finanzausgleichs skizziert.

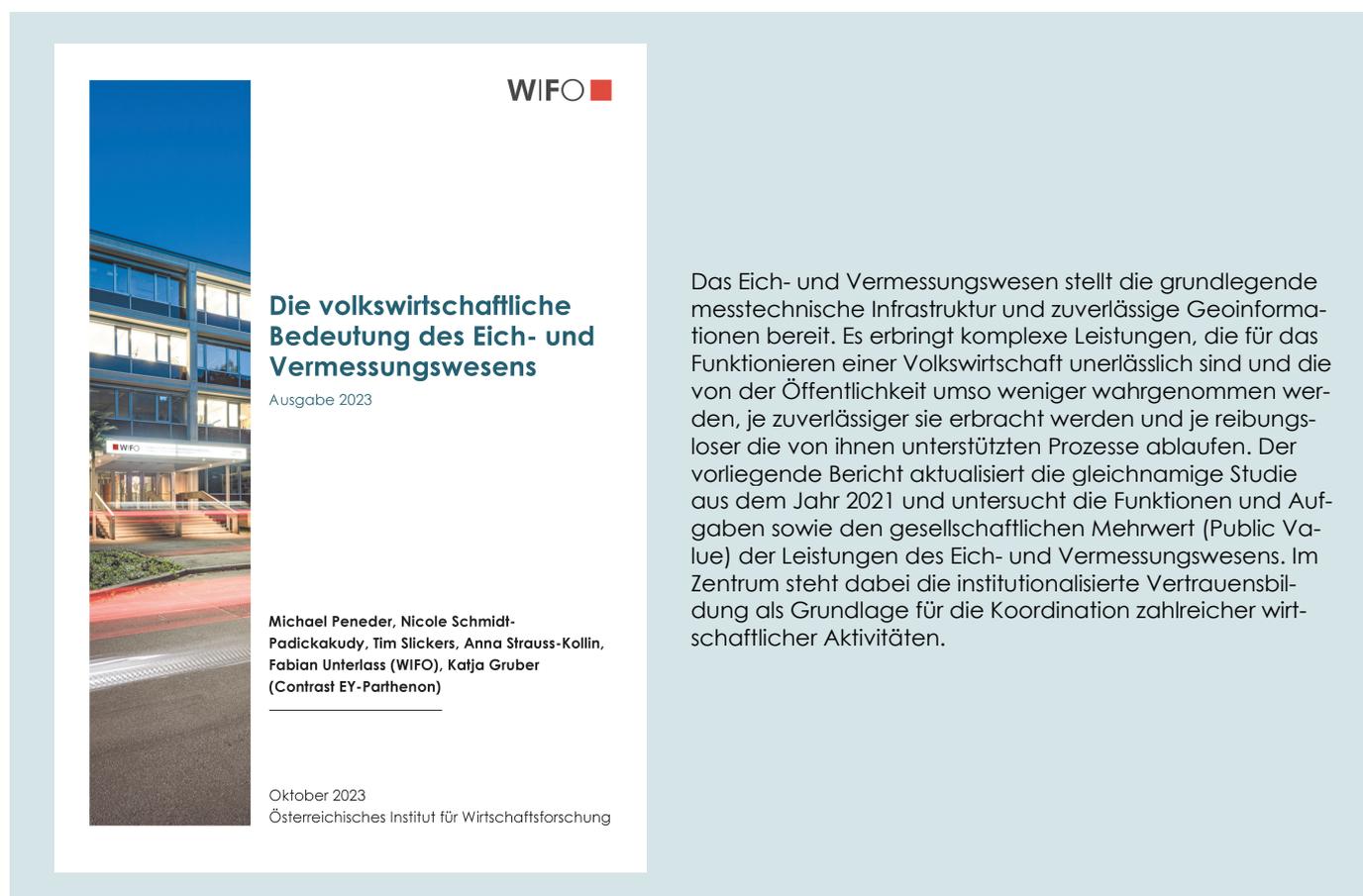
Im Auftrag von Erneuerbare Energie Österreich • Juni 2023 • 46 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70785>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens

Ausgabe 2023

Michael Peneder, Nicole Schmidt-Padickakudy, Tim Slickers, Anna Strauss-Kollin, Fabian Unterlass (WIFO), Katja Gruber (Contrast EY-Parthenon)



Im Auftrag des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen • Oktober 2023 • 115 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71051>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

- 11/2022** Österreichs Wirtschaft im Sog des internationalen Konjunkturabschwungs • Abschwung setzt sich fort. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2022 • Teuerung und geopolitische Unsicherheit belasten Tourismus • Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten • Welcher Kurs wirkt für wen? Effektivität der Qualifizierungsförderungen des Arbeitsmarktservice Österreich
- 12/2022** Konjunktur trotz schlechter Stimmung • Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022 • Privatkonkurse in Österreich. Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995
- 1/2023** Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende • Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024 • Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022 • Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"
- 2/2023** Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung • Leichte Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023 • Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation. Euroconstruct-Prognose bis 2025 • Krieg mit anderen Mitteln
- 3/2023** Schwache Baukonjunktur belastet die Wirtschaftsentwicklung • Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise • Standortqualität und Vertrauen in öffentliche Institutionen. Executive Opinion Survey 2022 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich • Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen
- 4/2023** Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Prognose für 2023 und 2024 • Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027 • Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022 • Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik
- 5/2023** Unternehmerische Erwartungen verbessern sich trotz hoher Inflation • Heterogene Entwicklung der Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2023 • Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hielt 2022 an • Hohe Energiepreise dämpften die Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2022 • Nutzung digitaler Plattformen in Österreich. Hauptergebnisse einer WIFO-Unternehmensbefragung
- 6/2023** Stagnation der Wirtschaftsleistung bei nach wie vor hoher Inflation • Unternehmensinvestitionen wachsen 2023 nur verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2023 • Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022 • Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen 2022 gekürzt
- 7/2023** Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen hoher Inflation und Konjunkturflaute im Euro-Raum • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit • Regionalwirtschaftliche und touristische Effekte von Sportgroßveranstaltungen
- 8/2023** Auf Stagnation folgt Abschwung – Frühindikatoren verschlechtern sich weiter • Konjunktüreinschätzungen trüben sich ein. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2022 leicht rückläufig • Abgabenbelastung bei Kombination von Pensions- und Erwerbseinkommen

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Damingler, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Kliem, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Corina van Dyck, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mmbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugereit, Josef Zweimüller

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Luca Pilmes, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Sara Aref Zahed

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Michael Buschbacher, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Lucia Glinsner, Claudia Hirsenschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Sarah Ledl, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Dobhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

